

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 317/318 · 27. JAHRGANG · WINTERAUSGABE VOM 21. DEZEMBER 2021 · ERSCHEINT MONATLICH · 2 EURO

4/5 | **Der Landkreis  
kauft ein Stück Wald**  
Schulcampus unter der Hochspannung

16 | **Baerbock  
setzt Prioritäten**  
Außen- oder Kriegsministerin?

24 | **Die Dunkelziffer  
bestimmt unser Leben**  
Coronastatistiken in der BRD

Stadtverordnete warnen vor gesundheitlichen Schäden

## Strom-Masten wachsen gen Himmel

Ein »Schulcampus« unter der Hochspannungsleitung

Das Gerichtsurteil des Leipziger Bundesverwaltungsgerichts zur Klage der Bürgerinitiative »Nicht über unsere Köpfe« wird zwar erst für das II. Quartal 2022 erwartet, nichtsdestotrotz ist der Leitungsbauer 50 Hertz fleißig dabei, vollendete Tatsachen zu schaffen. Nachdem 50 Hertz durch die Zahlung von »Beschleunigungszuschlägen« in sechsstelliger Höhe sich das Wohlwollen der Eberswalder Verwaltungsführung erkauf hat (BBP 4, 5 und Sommer/2021), begannen auch im Stadtgebiet von Eberswalde die Arbeiten.



Foto: GERD MARKMANN

Nach dem im vorigen Winter die Bäume auf der Trasse gefällt wurden und im Laufe des Sommerhalbjahres erste Berichte über Mastbauten südlich und später auch nördlich von Eberswalde bekannt wurden (BBP 2/2021), kann man seit Ende November nun auch südwestlich des Brandenburgischen Viertels in direkter Nähe der Wohnbebauung der Schwärzeseestraße die Masten für die geplante Höchstspannungsleitung gen Himmel wachsen sehen.

Auch an dem neuen Erna-Bürger-Weg zwischen der Eberswalder Straße und dem Finowkanal waren Fundamentarbeiten zu sehen. »Hier baut die 50 Hertz AG einen neuen Mast für die Leitungen, die dann über den Finowkanal gehen«, wie CHRISTIN ZIERACH vom Eberswalder Tiefbauamt dem fraktionslosen Stadtverordneten CARSTEN ZINN mitteilte, der eine entsprechende Bürgeranfrage an die Stadtverwaltung weitergeleitet hatte.

Indes hatten die beiden Vertreter der Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung Oskar Dietterle und Mirko Wolfgramm die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. November dazu genutzt, in der Diskussion zu den Aufstellungsbeschlüssen zum Bebauungsplan »Schulcampus« an der Eberswalder Straße und der damit zusammenhängenden Änderung des Flächennutzungsplans auf die von der geplanten Höchstspannungsleitung ausgehenden elektromagnetischen Strahlung

und den daraus resultierenden Gefährdungen für die Schülerinnen und Schüler, die einmal in die dort geplante Schule gehen werden, aufmerksam zu machen.

»Wegen dieser Gefährdungen«, so Oskar Dietterle, »halte ich diesen Standort für ungeeignet. Allerdings gibt es auch noch weitere Gründe, die gegen diesen Schulstandort sprechen. Da ist zum einen die direkte Lage an der Hauptstraße, was dort zu einer besonders starken Lärmbelastung führen wird. Außerdem wohnen dort ausgesprochen wenig Kinder und Jugendliche. Das heißt, alle Schülerinnen und Schüler müssen herantransportiert werden. Diese zusätzliche Belastung für den ÖPNV muß nicht sein, wenn wir diese neue Schule an einen Standort platzieren, wo die Kinder und Jugendlichen, die dort zur Schule gehen sollen, auch wirklich wohnen. Beispielsweise haben wir im Brandenburgischen Viertel Standorte, wo in den vergangenen Jahren Schulen abgerissen wurden. Dort sind Flächen vorhanden, die weitaus geeigneter für diesen Schulneubau sind.«

Von den Gefährdungen durch die geplante 380-kV-Freileitung sind im übrigen auch die Wohnbebauungen im Westen des Brandenburgischen Viertels und im Osten von Finow-Ost betroffen. Auch der bereits begonnene Neubau des Hortes »Kinderinsel« in der Kyritzer Straße liegt im möglicherweise durch die Freileitung gefährdeten Bereich.

GERD MARKMANN  
(siehe auch Seite 6/7)

## Flaute an Kap Horn

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, Ihre persönliche physische und psychische Widerstandsfähigkeit bleibt weiterhin von bislang ungeahnter, lebenserhaltender Bedeutung. Nunmehr hat es wohl der langsamste Denker verstanden. Wir werden den Virus so schnell nicht los. Bleiben Sie auf dem langen und beschwerlichen Weg zum geordneten Leben optimistisch und so weit es geht entspannt.

Für Ihre physische Gesundheit stehen ausreichend Mittel zur Verfügung, die in Kombination noch wirksamer werden. Wenden Sie diese Mittel beharrlich an! Achten Sie auf Ihre Mitmenschen! Unsere gesellschaftliche Kooperation funktioniert. Wir haben fast alle Dinge, die wir brauchen. Wohnung, Essen, Trinken, Krankenversorgung sowie ausreichend Impfstoff und Medikamente stehen zur Verfügung. Der Umgang mit dem neuartigen Virus sollte einer hoch entwickelten Gesellschaft eigentlich gelingen.

Leider müssen wir mit schmerzlichem Bedauern erkennen, daß unsere Anstrengungen für viele Mitmenschen nicht ausreichen. In Ihrem Schmerz wollen wir Angehörigen und Freunden beistehen. Immer mehr Menschen leiden unter den Folgen einer Infektion, deren Nach- und Nebenwirkungen sowie dem Mangel an Perspektiven.

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser ihre psychische Widerstandsfähigkeit wird weiterhin arg strapaziert. Fatalerweise müssen wir eine weit verbreitete Konfusion in den Äußerungen der Gesellschaft und ihrer Institutionen zur Kenntnis nehmen. Die gesellschaftliche Kommunikation erscheint zwischen depressiver Betriebsamkeit, assoziativer Rhetorik, algorithmischem Wirrwarr, ängstlicher Entschiedenheit und endzeitlichem Frohlocken und verbissener Rechthaberei in kollektiver Unzuständigkeit gefangen. Künstliche Intelligenz, Experten und Aktivisten türmen ständig düstere Gebirge fragmentarischer Textbausteine in verschachtelter Rhetorik auf, vermischt mit gelehrten Anglizismen und altbackenen Offenbarungen, die willkürlich über Äther, Drähte und Blätter auf uns hereinbrechen. Wie sollen das unsere Kinder verstehen?

Das kann so nicht weiter gehen. Der Mangel an Führung und Zielen ist offensichtlich.

Unserer reichen Gesellschaft fehlt der Sinn. Ein Mangel an Gemeinsamkeit ist unübersehbar. Wir führen kaum noch Gespräche zur gegenseitigen Verständigung. Gedanken bleiben im Gehäuse. Man wurstelt so vor sich hin. Wie sollen unter diesen Umständen abgestimmte Handlungen entstehen? Ergebenst bitten manche Leute um Anweisungen der überforderten Obrigkeit. Andere demonstrieren gegen einen Virus. Noch ist Flaute an Kap Horn. Nutzen Sie die Atempause. Denken Sie nach und schreiben Sie Ihre Gedanken auf. Wir sorgen für deren Verbreitung.

Dr. MANFRED PFAFF

## Gewalt gegen grünes Bürgerbüro



Foto: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BARNIM

In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember verübten Unbekannte einen massiven Gewaltanschlag auf das Bürgerbüro von Bündnis 90/Die Grünen in der Friedrich-Ebert-Straße in Eberswalde. Die Schaufensterscheibe sowie zwei große Glasscheiben der Eingangstür gingen durch Steinwürfe zu Bruch. Es entstand erheblicher Sachschaden. Polizei und Staatsschutz ermitteln.

SARAH POLZER-STOREK, Sprecherin der Barnimer Grünen erklärt dazu: »Wir verurteilen diese Tat aufs Schärfste. Es handelt es sich um eine feige und sinnlose Sachbeschädigung. Was will man damit erreichen? Wir stehen jederzeit für ei-

nen sachlichen, auch kontroversen Meinungsaustausch unter gegenseitigem Respekt zur Verfügung.« Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag, HEIKE WÄHNER, ergänzt: »Wir machen als Kreistagsfraktion Kommunalpolitik über Parteigrenzen hinweg und orientieren uns am Wohl der Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis. Aktuell setzen wir uns beispielsweise dafür ein, daß Klassenräume in Förderschulen mit mobilen Luftfilteranlagen ausgestattet werden. Umso verachtenswerter ist diese Gewalttatkende, die einen Angriff auf ehrenamtliche Arbeit und demokratisches Engagement darstellt.«

SARAH POLZER-STOREK, Kreissprecherin

## Digitale Bürgerbeteiligung in Eberswalde

Bahnhofsquartier von morgen: Beteiligungsplattform bis 16. Januar verlängert

**Eberswalde (prest-ew/bbp).** Seit November 2021 gibt es für die Eberswalderinnen und Eberswalder eine neue Möglichkeit, sich in den aktuellen Stadtdiskurs einzubringen: Die erste Testphase der Beteiligungsplattform »Eberswalde 2035« läuft und wurde jetzt bis zum 16. Januar 2022 verlängert.

Mit der Plattform EBERSWALDE2035.DE verfolgt Eberswalde zwei Ziele. Einerseits erweitert die Stadt ihr Repertoire und leitet in die digitale Bürgerbeteiligung über. Jede und jeder soll sich über die Plattform informieren, aktuelle Debatten mitverfolgen und selbst daran teilnehmen können. So soll sich die Plattform auch künftig als Instrument des gemeinsamen »Stadtmachens« etablieren.

Konkret lädt die Stadtverwaltung derzeit dazu ein, sich über die Beteiligungsplattform zur Planung des Bahnhofsumfeldes zu äußern. Räumlich gehören die Bereiche in Westend bis zur Trasse der alten Finowfurter Eisenbahn und teilweise darüber hinaus bis zur Triftstraße dazu, während im Osten das Areal bis zur Grabowstraße reicht und auch größere Bereiche

südlich des Bahnwerks bis zur Rudolf-Breitscheid-Straße erfaßt. Das Bahnhofsquartier ist mit seiner Zentralität und guten Anbindung ein attraktiver Standort in der Stadt, der in den kommenden Jahren einem Transformations- und Gestaltungsprozeß unterzogen werden soll. In dem Rahmen läuft nun die erste Debatte. Offen und experimentell soll sie sein und verschiedene Blickwinkel, Anregungen und Wünsche zusammentragen. So entsteht eine erste Richtung zur weiteren Entwicklung des Bahnhofsbereichs. Nach Abschluß der Umfrage werden die Ergebnisse ausgewertet und in einem Beteiligungsbericht an die Stadtpolitik weitergeleitet, die unter anderem auf Grundlage dessen über den weiteren Fortgang des Quartiers entscheidet.

»Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, die Chance zu nutzen und zur Zukunft des ehemaligen Busbahnhofs, heute P&R Parkplatz 2, des Westendparks, der Fläche von Lidl und Co. oder die Brachflächen zwischen Eisenbahnflächen und Bahnwerk mitzudiskutieren«, so Silke Leuschner vom Stadtentwicklungsamt.

Stadtverordnetenversammlung Eberswalde:

# Hintenrum durch die kalte Küche

*Still und heimlich sollte dem LIVESTREAMING das Geld gestrichen werden*

**Eberswalde (bbp).** Am 14. Dezember beschlossen die Eberswalder Stadtverordneten den Zweijahreshaushalt für die Jahre 2022 und 2023. Alle Interessierten konnten und können den öffentlichen Teil der Stadtverordnetensitzung dank des Anfang des Jahres eingeführten Streamings live oder im Nachhinein verfolgen. Besonders interessante Passagen können so auch mehrfach angeschaut und angehört werden. Doch beinahe wäre die Dezembersitzung die letzte mit Livestream gewesen.

Dafür hätte ein unscheinbarer Änderungsantrag zur Haushaltssatzung gesorgt. Die Fraktionen SPD/BFE und CDU hatten vorgeschlagen, mit zusätzlichen 30.000 Euro die investive Sportförderung zu unterstützen. Mit dem Geld sollten insbesondere kleine Vereine ihre Eigenanteile für die Beteiligung an Landes- oder Bundesförderprogrammen sichern können. Eine löbliche Angelegenheit, fanden auch die meisten anderen Fraktionen.

Der Teufel lag wie immer im Detail. Dem ursprünglichen CDU-Antrag war am 6. Dezember die Fraktion SPD/BFE beigetreten, die einen Finanzierungsvorschlag zur Deckung der Kosten mitbrachten: »Die Kosten sollen durch die Einsparung im Bereich 'Live-Streaming' der Stadtverordnetenversammlung in Höhe von 34.300 Euro finanziert werden.«

Der Beschluß zur Verlängerung des zunächst probeweise beschlossenen Livestreamings der StVV-Sitzungen lief im Dezember aus. Die Verwaltung hatte dennoch vorausschauend die entsprechenden Mittel auch in den künftigen Haushalt eingestellt. Zur nun beendeten Probephase gibt es bislang weder öffentlich zugängliche Auswertungen, noch ist bekannt, wann darüber diskutiert werden soll.

Die Fraktion SPD/BFE nutzte nun die Gelegenheit, ohne die Auswertung und Diskussion zum Livestream abzuwarten, um mit ihrem Eintritt in den Änderungsantrag einem künftigen Livestream still und heimlich von vornherein die finanzielle Grundlage zu entziehen.

Als der geänderte Änderungsantrag am 7. Dezember im Wirtschafts- und Finanzausschuß erstmals öffentlich zur Diskussion stand, gab es umfangreiche Diskussionen zum Inhalt der beabsichtigten Änderung. Lediglich einem sachkundigen Einwohner war aufgefallen, das mit diesem Antrag zur Sportförderung ganz nebenbei »hinten durch die kalte Küche« dem künf-

tigen Livestream der Stadtverordnetenversammlungen der Todesstoß versetzt werden sollte.

Die Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR griff das schließlich auf und reichte nun ihrerseits einen Änderungsantrag zum Haushalt ein, mit dem der zwecks Sportförderung gestrichene Betrag für das Livestreaming wieder im Haushalt gelistet werden sollte.

Der Finanzdezernent Maik Berendt wies die Einreicher – durchaus zurecht – darauf hin, daß ein StVV-Beschluß zur Streichung der Streaming-Mittel nicht in gleicher Sitzung durch einen nachfolgenden gegenteiligen Beschluß wieder aufgehoben werden könne. Das sei rechtlich nicht zulässig.

Zwei Tage nach dem AWF tagte am 9. Dezember der Hauptausschuß. Im Vorfeld führte OSKAR DIETTERLE von der Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE für Umwelt und Natur intensive Gespräche mit den Einreichern und dem Verwaltungsdezernenten. Natürlich wollte nach Mißlingen des stillen Coups niemand der Beteiligten die etwaigen Folgen gewollt haben. Zur Hauptausschußsitzung gaben die Einreicher bekannt, daß sie den von SPD/BFE eingefügten Satz zur Finanzierung durch die Mittel des StVV-Streamings streichen wollen. Zugleich sicherte die Verwaltung zu, daß die beabsichtigte zusätzliche investive Sportförderung auch aus anderen Quellen finanziert werden könne.

Oskar Dietterle zeigte sich nach der Sitzung zufrieden, wies aber zugleich darauf hin, daß »nun auch Nägel mit Köpfen« gemacht werden müßten und bis zur nächsten StVV-Sitzung im Februar ein fundierter Vorschlag zur dauerhaften Weiterführung des Livestreams vorgelegt werden müsse, in den auch die gemachten Erfahrungen einfließen sollten.

**In ihrem Änderungsantrag zur Weiterführung des Livestreams hatte die Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE für Umwelt und Natur zugleich Hinweise zur Verbesserung der bisherigen Verfahrensweise gegeben. In der Sachverhaltsdarstellung schrieb die Fraktion:**

»Mit dem Livestreaming der Stadtverordnetenversammlungen wurde den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit gegeben, die Aktivitäten ihrer gewählten Volksvertreter zu verfolgen, ohne sich persönlich auf den Weg zur Tagungsstätte machen zu müssen.

Zusätzlich hatten alle Interessierten die Möglichkeit, die Stadtverordnetenversammlung auch zeitversetzt zu verfolgen und gegebenenfalls für sie wichtige Passagen sich wiederholt anzuschauen und anzuhören.

Der Livestreaming war zunächst probeweise eingerichtet worden. Eine Anfrage zum Zwischenstand bis Mitte des Jahres ergab, daß sich die Nutzung des Streamingangebotes in Grenzen hielt. Die Gründe wurden nicht analysiert. Auch gab es keine Informationen, wie sich die Nutzung im weiteren entwickelte. Eine Beschlußvorlage zur Weiterführung des Livestreaming wurde nicht vorgelegt. Ein Bericht über die Erfahrungen der Probephase wurde ebenfalls nicht vorgelegt. Vielmehr verschwindet das Transparenzangebot für die Bürgerinnen und Bürger sang- und klanglos.«

Die Fraktion forderte, daß die für das Livestreaming vorgesehenen Mittel weiterhin zur Verfügung stehen. Damit würden »die Voraussetzungen geschaffen, das Livestreaming der StVV auch in Zukunft weiter fortzuführen. Da dem Beschluß zum probeweisen Streaming die Fortsetzungsoption fehlt, wird ein neuer Beschluß der Stadtverordnetenversammlung notwendig werden. Um dafür den nötigen finanziellen Rahmen bereitzustellen, soll im Haushalt 2022/2023 die entsprechende Summe eingestellt werden.

Zu prüfen wäre dann, ob es gegebenenfalls preiswertere Angebote gibt oder ob die Leistungen insgesamt oder teilweise durch die eigenen Fachleute der Stadtverwaltung erbracht werden können. Zumal die tatsächlichen Kosten offenbar ohnehin niedriger sind als geplant. Zuletzt waren sie mit 2.126,44 Euro pro Sitzung angegeben. Das sind bei zehn Stadtverordnetenversammlungen im Jahr nur 21.264,40 Euro, also etwa 12.000 Euro weniger als im weggesparten Planansatz vorgesehen waren. Da kein Bericht zu den Ergebnissen der Probephase vorliegt, bleiben das allerdings Vermutungen. Aus den Erfahrungen der Probephase wären gewiß auch inhaltliche Änderungen vorzuschlagen, was aber der erwähnten künftigen Beschlußvorlage vorbehalten bleiben sollte.

Zur Kostendeckung schlagen wir vor, auf eingesparte Mittel für nicht besetzte Stellen aus dem aktuellen Haushaltsjahr oder auf die Mittel in der Rücklage zurückzugreifen.«

## Gefahr für die Ebertwiese

**Eberswalde (bbp).** Ende Oktober/Anfang November, so berichtete die Baudezernentin und amtierende Bürgermeisterin Anne Fellner, habe der Friedrich-Ebert-Straße-Süd-Investor Schomaker dem Rathaus einen Besuch abgestattet. Er informierte darüber, daß er nun einen neuen Anlauf zur Bebauung des Areals unternehmen will. Es sei nunmehr geplant, so Fellner, demnächst einen städtebaulichen Ver-

trag aufzusetzen und mit der Schomakergesellschaft einen Kaufvertrag über die Grundstücke der Ebertwiese abzuschließen. Zu beachten ist, daß ein Teil der Grundstücke der städtischen WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH gehört.

Die Vorbereitungen für die städtebaulichen und Kaufverträge, so Fellner, würden noch bis zum Frühjahr 2022 dauern.

## Schulen ins Wohngelände

Wir begrüßen die Absicht des Landkreises Barnim, nach den zum Teil unnötigen Schulschließungen der vergangenen Jahrzehnte in Eberswalde eine neue Oberschule zu errichten. Untertänige Dankesbekundungen sind dabei jedoch fehl am Platz. Der geplante Standort an der Eberswalder Straße ist aus unserer Sicht ungeeignet.

Der gültige Landschaftsplan Eberswalde verortet an dieser Stelle ausdrücklich eine »grüne Zäsur« (Nord-Süd-Grünzug). In dem Bereich gibt es verschiedene Quellen und Fließe, die den Finowkanal speisen und wertvolle Landschaftsbestandteile darstellen. Die Bauleitplanung sieht dort daher eine Aufwaldung vor, soll nun aber einfach mal so geändert werden.

Ein Schulstandort an dieser Stelle setzt die Schülerinnen und Schüler aber auch unnötigen Gefahren durch die vielbefahrene Hauptstraße sowie der in unmittelbarer Nähe geplanten 380-kV-Freileitung mit ihrer gesundheitsgefährdenden elektromagnetischen Abstrahlung aus. Schulen sollten in unmittelbarer Wohnnähe errichtet werden. Im Brandenburger Viertel wären hierfür nicht zuletzt die vielen Schulbrachen gut geeignet. Wenn künftig auch noch über den Neubau einer Grundschule nachgedacht wird, sollte der Bau einer gemeinsamen Grund- und Oberschule zumindest geprüft werden, ehe die Planungen zu weit fortgeschritten sind.

Mit Erstaunen nahmen wir zur Kenntnis, daß jene Fraktionen, die die Aufwaldung in Wolfswinkel aus dem Flächennutzungsplan entfernen wollen und die Vernichtung Tausender Bäume auf der 380-kV-Trasse hinnehmen, mit flammenden Klimaschutz-Appellen für die Pflanzung von 10 Bäumen in der Weinbergstraße werben und dafür Stellplätze für mobilitätseingeschränkte Mitbürger, die dort die Arzthäuser besuchen, beseitigen. Grün reden, aber nicht grün handeln – das ist mit uns nicht zu machen. Daher stimmten wir dieser Beschlusvorlage nicht zu.

MIRKO WOLFGGRAMM, Fraktion  
Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

## Sechste Sprach-Kita

**Eberswalde (bbp).** Die Kita »Sputnik« wird ab 1. Januar zur sechsten Sprach-Kita in Eberswalde. Im Rahmen des Aktionsprogramms »Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche« werden bundesweit 1.000 zusätzliche Fachkräfte gefördert, die das Bundesprogramm »Sprach-Kitas. Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist« verstärken. Erst im Oktober war mit der Kita »Regenbogen« in Eberswalde mit einer zusätzlichen halben Stelle für eine Sprachfachkraft ausgestattet worden (BBP 10/2021).

Schwerpunkte des Bundesprogramms »Sprach-Kitas« sind die Weiterentwicklung der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung, die Förderung einer inklusiven Pädagogik und die Zusammenarbeit mit Familien.

Stadtverwaltung Eberswalde sparte 2020 ein:

## Leere Stellen brachten eine halbe Million

Mitte 2021 gab es im Rathaus 109 offene Stellen

**Eberswalde (bbp).** Im Sommer 2021 hatte Baudezernentin Anne Fellner gegenüber der lokalen Presse mitgeteilt, daß im Rathaus drei Hochbauingenieure fehlen und daher zur Begutachtung von Bauschäden am neuen Museumsdepot in der Saarstraße 8a ein ehemaliger Mitarbeiter auf 450-Euro-Basis aus dem Ruhestand zurückgerufen worden sei. Im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen gab es dazu im November eine Anfrage, ob die offenen Stellen inzwischen besetzt werden konnten.

»Derzeit ist eine Stelle für Hochbauingenieure unbesetzt«, antwortete der Dezernent Maik Berendt. Die offene Stelle werde weiterhin ausgeschrieben und zwar seit Oktober 2021 als Dauerausschreibung. »Um die Arbeitsaufgaben im Amt 60 wenigstens teilweise abfangen zu können, wurde zwischenzeitlich Personal befristet eingestellt, das keine entsprechende Ausbildung zum Hochbauingenieur hat. Mit diesem Personal wird versucht, die vorhandenen Ingenieure bei ihrer Arbeit zu entlasten. Gleichzeitig werden Teile der Tätigkeiten von der unbesetzten Stelle soweit möglich auf vorhandene Sachbearbeiter übertragen. Eine weitere Stelle im Bereich Hochbau ist zwar besetzt, aber der Stelleninhaber ist seit längerem erkrankt.«

Durch die vorübergehende Einstellung von anderem Personal gibt es keine oder nur geringe haushaltswirksame Minderausgaben. »Gleichzeitig erhalten Mitarbeiter«, so der Dezernent, »für die Übernahme zusätzlicher Aufgaben entsprechende Zulagen (Übertragung höherwertiger Tätigkeiten)«.

Zur Frage, wie viele Stellen in den Jahren 2020 und 2021 insgesamt nicht besetzt waren, antwortete Berendt: »Bei der Stadt Eberswalde sind derzeit ca. 690 Personen beschäftigt verteilt auf 593,950 Stellen. Die Ermittlung, wann welche

Stelle in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 nicht besetzt war, kann nur mit erheblichem Mehraufwand über einen längeren Zeitraum nachvollzogen werden. Diese Auswertung ist durch das Personalamt, neben dem aktuellen Tagesgeschäft, derzeit nicht leistbar.«

Allerdings findet sich im Stellenplan des aktuellen Haushaltsplanentwurfes ein Vermerk, wonach zum Stichtag 30.06.2021 knapp 10 von über 64 Beamtenstellen sowie etwa 99 Stellen für tariflich Beschäftigte, zusammen 109 Stellen, tatsächlich nicht besetzt waren. Zum Vergleich: nach dem Stellenplan in der Haushaltssatzung 2020/21 waren am 30.06.2019 nur 22 Stellen nicht besetzt.

Auf jeden Fall gibt es in diesem Zusammenhang tatsächlich haushaltswirksame Minderausgaben, die sich im Haushaltsjahr 2020 auf 553.881,63 Euro beliefen.

»Die voraussichtlichen Minderausgaben für das Haushaltsjahr 2021«, so der Dezernent, »können derzeit noch nicht beziffert werden, da für das Jahr 2021 noch Zahlungen offen sind (Gehälter, Besoldungen, Jahressonderzahlungen, Zuschläge usw.). Eine Auswertung zu 2021 kann frühestens im März 2022 erfolgen, da zum Beispiel Zeitzuschläge und Schichtzuschläge erst nach zwei Monaten wirksam werden.«

## Zehn Bäume für die Weinbergstraße

Die Weinbergstraße in Eberswalde soll grundhaft erneuert werden. Über den Entwurf für die Ausbauplanung wurde im Februar 2020 in der Stadtpolitik kontrovers diskutiert. Nachdem sich der Bauausschuß\* mehrheitlich für eine Variante mit Pflanzung von Straßenbäumen ausgesprochen hatte, lehnte die Stadtverordnetenversammlung die Straßenbäume letztlich ab.

Nun gibt es die Chance, diesen Beschluß nochmals zu überdenken\*\* und zu revidieren. Aufgrund der angespannten Lage auf dem Bausektor brachte die Ausschreibung der Baumaßnahme kein wirtschaftlich vertretbares Ergebnis. Sie soll nun zeitnah wiederholt werden.

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke nahmen das zum Anlaß, einen Antrag auf Änderung der Ausschreibungsun-

terlagen in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen mit dem Ziel, in der neu zu gestaltenden Straße doch Straßenbäume vorzusehen.

Alles spricht dafür, Straßenbäume zu pflanzen. Die Gestaltung wird durch das Grün aufgelockert, sie wird lebendiger und freundlicher. Es gibt nicht nur Stein und Asphalt, die sich im Sommer stark aufheizen, sondern auch ein paar Baumscheiben und Bäume, die für ein angenehmeres Aufenthalts- und Wohnklima sorgen. Es wird weniger Fläche versiegelt und wir leisten wieder einen kleinen Beitrag zum Klimaschutz. Also, geben wir der Straße mit Bäumen eine zweite Chance!

KAREN OEHLER (Fraktionsvorsitzende  
Grüne/B90 in der StVV Eberswalde)

Barnimer Bürgerpost

abonnieren!

eMail: [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)  
internet: [www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

\* gemeint ist der Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU)

\*\* inzwischen haben die Eberswalder Stadtverordneten in ihrer Sitzung am 23. November das Ansinnen von Grünen und Linken, die einst getroffene Entscheidung zu verändern, mehrheitlich abgelehnt.

## Was wird aus dem Museumsdepot?

**Eberswalde (bbp).** In der vorigen BBP-Ausgabe berichteten wir über die **»Baupleite für das Museumsdepot«** (BBP 11/2021, S. 6). Inzwischen gab es mehrere Anfragen von Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern, die mehr zu den Hintergründen und vor allem zu den Auswirkungen wissen wollten.

»Für die Ertüchtigung des Gebäudes waren 400.000 Euro eingeplant worden«, hatte der sachkundige Einwohner im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen (AWF) GERD MARKMANN festgestellt. »Der Umzug des Depots war 2019 begonnen worden und sollte im Herbst 2021 abgeschlossen sein. Für den Umzug hatte die Stadtverordnetenversammlung eine befristete Stelle bewilligt.« Er fragte zur Ausschußsitzung am 9. November, wieviel von den 400.000 Euro bislang in Anspruch genommen wurden, wie lange die befristete Personalstelle nun für den Umzug noch benötigt wird und wie hoch die dafür benötigten finanziellen Mittel wären.

Vom Hauptausschuß waren am 19. November 2020 die Generalplanungsleistungen vergeben worden, informierte der Verwaltungsdezernent MAIK BERENDT. »In der Folge sind der Stadt für Untersuchungen von Gebäude und Baugrund inklusive Planungsleistungen Kosten in Höhe von 47.848,11 EUR entstanden. Für Inbetriebnahme, Reparaturen und Umnutzungsantrag sind Kosten in Höhe von 40.513,64 EUR entstanden.« Demnach sind also noch 310.000 Euro des geplanten Budgets übrig.

Die befristete Stelle hat einen »KW-Vermerk«, der ab 1. Januar 2023 wirksam wird, und kostet pro Jahr etwa 50.000 Euro. »Da der Depotumzug aktuell nicht abgeschlossen ist, ist diese Stelle auch weiterhin für diese Aufgabe nötig«, sagt der Dezernent. »Im aktuellen Haushaltsentwurf wird allerdings der Stadtverordnetenversammlung durch den Wechsel des Hauptverwaltungsbeamten in den Bundestag vorgeschlagen, eine zusätzliche Stelle im Kulturamt zu schaffen, welche beim Umzug unterstützt und nach erfolgtem Umzug auch weiterhin als Unterstützung der Museumsleitung

zur Verfügung steht sowie das Depot und die Eberswalder Sammlung betreut. Damit kann der 'KW-Vermerk' aufrecht erhalten bleiben und zum 1. Januar 2023 wirksam werden.«

Ob es bereits Vorstellungen für einen alternativen Standort für das Museumsdepot und die damit verbundenen Kosten gibt, war eine weitere Frage des sachkundigen Einwohners. Maik Berendt: »Aktuell wird das Museumsgut in einer angemieteten Halle in Eberswalde sauber, sicher und trocken gelagert. Zudem werden gerade die verschiedenen Mietoptionen für eine temporäre Lagerung von mindestens 5 Jahren eruiert und die damit anfallenden Kosten gegenübergestellt. Dieser Zeitraum ermöglicht, auf die veränderten Gegebenheiten insgesamt zu reagieren.«

Für den am 30. November tagenden Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) legte dann FRANK BANSKIEWICZ namens der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim mit weiteren Fragen nach.

Zur Frage, wie lange bekannt ist, daß das Gebäude in der Saarstraße nicht als künftiges Museumsdepot genutzt werden kann, antwortete die Baudezernentin ANNE FELLNER, daß der Generalplaner »nach Vorliegen und Auswertung aller Erkenntnisse zum Bauzustand des Gebäudes und zu den Baugrundverhältnissen am 6. September 2021 die Verantwortung für die Nutzung des beschädigten Gebäudeteils abgelehnt« habe.

Die nicht beschädigten Bereiche des Gebäudes seien übergangsweise noch benutzbar. Die Baudezernentin wiederholte im weiteren die bereits bekannten Schäden (siehe BBP 11/2021) und stellte auch wieder fest, daß dadurch »die Ertüchtigung des Gebäudes insgesamt viel zu teuer und unwirtschaftlich werden« würde.

Die Frage und die Antwort zu den bisher entstandenen Kosten wiederholen das oben genannte. Die zu erwartenden Mehrkosten für zusätzliche Umzugstransporte betreffen sechs LKW-Ladungen, die bis zu der Feststellung des Generalplaners schon erfolgt waren. Da diese Gegenstände in dem unbeschädigten Teil des Gebäudes lagern, können diese vorerst dort bleiben. Zusätzliche Kosten werden entstehen, wenn diese Museumsgüter später in die anzumietende Halle gebracht werden. Die Verwaltung geht von etwa 900 Euro aus, die pro LKW-Ladung entstehen, so daß bis zu 6.000 Euro Transportkosten zu erwarten sind. Hinzu kommen 2.000 Euro Verpackungskosten.

Die Frage nach einem eventuellen Türückbau des Gebäudes und der weiteren Eigennutzung des Restes wurde abschlägig beschieden. Es seien drei Varianten untersucht worden, darunter ein Teilabriß mit Sanierung des verbleibenden Teils und auch ein zusätzlicher Anbau. Keine der Varianten sei wirtschaftlich vertretbar. Die kalkulierten Kosten lagen zwischen 1,5 und 1,65 Millionen Euro.

Das Bauamt hat, so die Antwort auf eine weitere Frage, eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt (Erneuerung Heizung, Reparaturarbeiten an den Sanitär-, Elektro- und Einbruchmeldeanlagen, Brandschutzmaßnahmen, Schlosserarbeiten u.a.), deren Kosten in den genannten Beträgen enthalten sind.

Auf die Frage, wer für die verzögerte Prüfung des Gebäudezustandes verantwortlich sei, lautet die Antwort von Anne Fellner »Eine verzögerte Prüfung des Gebäudezustandes ist nicht gegeben«. Erst mit dem Haushalt 2020/21 standen Haushaltsmittel für die Planung und den Umbau des Gebäudes in der Saarstraße zur Verfügung. »Das Kulturamt und das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft werden jetzt gemeinsam nach anderen Lösungen für die Unterbringung der Sammlung des Museums suchen«, so die Baudezernentin abschließend.

## Lärmschutz an der A11

**Insgesamt 1.222 Unterschriften konnten die Bernauer BVB/Freie Wähler jüngst der Autobahn GmbH des Bundes übergeben. Die dahinterstehenden 2.444 lärmgeplagten Ohren Bernauer Bürger fordern im Wege eines Anwohnerantrages verbesserte Lärmschutzmaßnahmen entlang der Autobahn.**

Die letzte Verkehrszählung liegt bereits sechs Jahre zurück und ist nicht mehr repräsentativ. Damals war der Grenzwert an gezählten Kfz noch nicht erreicht, doch die Berichte der Anwohner zeigen, daß inzwischen dringender Handlungsbedarf besteht. Auch das fehlende Tempolimit zwischen den Anschlußstellen Bernau-Süd und Bernau-Nord trägt zur Lärmsteigerung bei. Nach dem Zuständigkeitswechsel zur Autobahn GmbH gibt es nun einen neuen Anlauf. Zunehmender Schwerlastverkehr und höhere Geschwindigkeiten spitzen die Situation auf ein mittlerweile unerträgliches Maß zu. Vergewärtigt man sich den Lärmpegel im Bereich der unmittelbaren Wohnbebauung, die zumeist seit vielen Jahrzehnten besteht, wird

man erkennen, daß dringlichster Handlungsbedarf besteht. Eine gesundheitliche Beeinträchtigung ist nicht ausgeschlossen.

Aus den Vor-Ort-Terminen und Gesprächen mit den betroffenen Anwohnern kamen diverse Fragen und Hinweise, wie zum Beispiel:

- Geschwindigkeitsbegrenzung auf der A11 im Stadtgebiet von Bernau, hilfsweise wenigstens in den Nachtstunden (wie anderswo üblich)
- Verlängerung und Erhöhung der Schallschutzwände zumindest im Bereich der Stadt- und Ortsteile Blumenhag, Friedenstal, Rehberge, Waldfrieden mit positiver Wirkung auch nach Eichwerder, Lindow
- neue repräsentative Verkehrszählung mit Schlußfolgerungen (LKWs, Nachtfahrten, ...)

– Schallmessungen beidseitig der Autobahn an verschiedenen Punkten im Stadtgebiet.

Diese Optionen wurden als Forderung an die neu zuständige Gesellschaft übermittelt. Die Anwohner sind sich bewußt, daß auch überörtliche Interessenslagen Berücksichtigung finden müssen. Allerdings können diese nicht darüber hinwegtäuschen, daß Höhe und Länge der Lärmschutzwände in einem krassen Mißverhältnis zur Nähe der Wohnbebauung stehen. Dabei handelt es sich um alte Siedlungsgebiete, die sich einem zunehmenden und lauter werdenden Verkehr ausgesetzt sehen.

Wir setzen darauf, daß der Anwohnerantrag dem berechtigten Ansinnen mehr Nachdruck verleiht, und erwarten von der neuen Bundesregierung (Gesellschafterin der Autobahn GmbH), Lärmschutzaspekten im Rahmen der neuen infrastrukturpolitischen Schwerpunktsetzungen mehr Gewicht zu verleihen.

THOMAS STRESE, PÉTER VIDA und JÖRG ARNOLD (BVB/Freie Wähler)

Die räumlichen Geltungsbereiche beider Beschlüsse sind insofern identisch und umfassen eine Fläche von 5,4 Hektar südlich der Eberswalder Straße im Bereich der Ruinen der ehemaligen Ämter für Arbeit und Finanzen. Der Landkreis will auf diesem Areal eine neue Oberschule bauen. Der Öffentlichkeit wurde das bereits im Juni 2020 verkündet (BBP 6/2020).

In den Sachverhaltsdarstellungen der beiden Beschlußvorlagen erfährt man nun, daß die Stadtverordnetenversammlung (StVV) mit Beschlußnummer 10/111/20 die Verwaltung beauftragt habe, das Vorhaben »Neuer Schulcampus« des Landkreises zu unterstützen und die notwendigen planungsrechtlichen Schritte zur Änderung des FNP und zur Aufstellung eines B-Plans einzuleiten und damit die Investition zu unterstützen. Allerdings sucht man nach diesem Beschluß im SessionNet-Infosystem des StVV-Sitzungsdienstes vergeblich. Zu vermuten ist, daß dieser für die Öffentlichkeit sehr wichtige Beschluß unter Ausschluß selbiger gefaßt wurde. Zumindest gab es in der StVV am 28. Mai 2020 einen entsprechenden nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt.

Da staunt die Bürgerin und der Bürger wundert sich. Wieso werden solche wichtigen, weit in die Zukunft weisenden Beschlüsse ohne die Beteiligung der Öffentlichkeit gefaßt?

Im aktuellen FNP ist das Areal als Wald ausgewiesen und als Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft mit der Zweckbestimmung »Aufwaldung« dargestellt. Diese städtebauliche Leitplanung begründet sich in dem landschaftlichen Leitbild, das der bereits 1998 beschlossene und noch immer geltende Landschaftsplan für die Stadt Eberswalde beinhaltet. Dem Nord-Süd-Grünzug Wolfswinkel wurde dabei eine besondere Bedeutung beigemessen.

Dabei lasen die Fachleute des Bundestages 2.434 Studien zu den Auswirkungen elektromagnetischer Felder im Niederfrequenzbereich von 50/60 Hz, die insbesondere seit 2002 entstanden, als die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) niederfrequente Felder in die Klasse 3B als »möglichweise krebserregend« einstufte.

Mit zunehmendem Abstand zu Wohngebäuden werde der Beitrag einer Hochspannungsleitung zur Belastung durch elektrische und magnetische Felder immer geringer. Die Gesamtbelastung wird dann zunehmend durch die Nutzung elektrischer Energie im Haushalt bestimmt. »Bei Wechselstromfreileitungen ist dies in einem Abstand von etwa 100 bis 400 Metern der Fall«, schrieb das Bundesamt für Strahlenschutz 2018 unter Verweis auf die Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder – 26. BimSchV von 2016. Durch eine geeignete Wahl der technischen Parameter wie Phasenbelegung, die Höhe der Masten oder den Abstand der einzelnen Leiterseile zueinander könne Einfluß

## Landkreis kauft ein Stück Wald

Die Stadt Eberswalde soll aus dem Wald nun ein Baugrundstück machen

**Eberswalde (bbp).** Den Eberswalder Stadtverordneten lagen zu ihrer Sitzung am 23. November zwei wichtige Beschlüsse zur Bauleitplanung in der Stadt Eberswalde zur Beschlußfassung vor. Konkret ging es zum einen um den Beschluß zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 530 »Schulcampus« und zum anderen um den Aufstellungsbeschluß zur 4. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) der Stadt Eberswalde, um die Aufstellung des B-Plans überhaupt erstmal zu ermöglichen.



Foto: GÉRD MARRMANN

Wie also inzwischen bekannt ist, hat der Landkreis die Fläche im vorigen Jahr von dem Marseille-Krankenhauskonzern, möglicherweise auch von einem Nachbesitzer, erworben. Entsprechend dem geltenden FNP hat der Landkreis damit Wald gekauft zu einem Wert zwischen 0,21 bis 1,27 Euro/m<sup>2</sup> (Preise 2019). Da auf der Fläche erst Wald entstehen sollte und sich Altlasten auf dem Grundstück befinden, dürfte der reelle Preis eher im unteren Bereich anzusiedeln sein. Der tatsächlich gezahlte Preis unterliegt der Geheimhaltung.

Allerdings scheint schon zum Zeitpunkt des Kaufs seitens des Landkreises die Absicht bestanden haben, dort einen »Schulcampus« zu

errichten, was allerdings nicht der geltenden Schulentwicklungsplanung des Landkreises entspricht. Dieser sieht in Eberswalde keine Notwendigkeit für Schulneubauten.

Nun können sich die Bedingungen ändern, so daß auch die entsprechenden Pläne geändert werden müssen. Eine öffentliche Diskussion zur Neubewertung des Schulbedarfes ist allerdings erst jetzt mit der Aktualisierung des Kitabedarfs- und Schulentwicklungsplans im Gange.

Das ganze Procedere wirft Fragen auf, denen wir nachgehen werden. Wir hoffen, Ihnen bereits in der nächsten BBP-Ausgabe nähere Auskünfte geben zu können.

## »Schulcampus« unter der Hochspannung

**Hintergrund: Im Jahr 2019 hat der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages ein Sachstandspapier zu »Einzelfragen zu Gesundheitsgefährdungen und Grenzwerten« bei Hochspannungsleitungen erarbeitet (Aktenzeichen: WD 8 – 3000 – 011/19).**

auf die Belastung durch elektrische und magnetische Felder genommen werden.

Einen gesetzlich festgelegten und in Metern angegebenen Mindestabstand gebe es nicht, stellt der wissenschaftliche Dienst fest (allerdings ist hier das Bundesbedarfsplangesetz, das Abstände von 400 m im Innenbereich und 200 m im Außenbereich vorschreibt, noch nicht berücksichtigt). Dieser Abstand ließe sich im Rahmen der technischen Gegebenheiten und Grenzwerte berechnen. Eine baubiologische Faustregel für den Abstand zu Hochspannungsleitungen lautet: »1 Meter je kV Spannung«. Für 380 kV wäre dies ein Abstand von 380 m. Der BUND empfahl bereits 2012 »aufgrund des erforderlichen Schutzanspruchs in Höhe von 0,01 µT einen Abstand von etwa 600 m bei Leitungen mit 380 kV einzuhalten, wenn keine konkreten Aussagen über die Verringerung von

Emissionen vorliegen (zum Beispiel durch technische Optimierung).«

Das Bundesamt für Strahlenschutz hat »für alle europäischen Staaten sowie für wichtige außereuropäische Staaten (China, Indien, Australien, Japan, Kanada, Neuseeland und USA)« Datenmaterial zur jeweiligen rechtlichen Situation in den Ländern gesammelt, ausgewertet und verglichen. Der Bericht enthält Grenzwerte und Regelungen. Beispielsweise sollten Hochspannungsfreileitungen oder neue Hochspannungsfreileitungen nicht in der Nähe von Schulen oder Kindergärten vorbeigeführt werden, wie es für die Staaten Belgien oder Dänemark vorgeschrieben ist.

Quelle: Deutscher Bundestag, wiss. Dienste, Fachbereich WD8 Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Bildung und Forschung (Az. WD8-3000-011/19): Sachstand Hochspannungsleitungen. Einzelfragen zu Gesundheitsgefährdungen und Grenzwerten, 8.2.2019

## »Dank an unseren Landkreis«

**Eberswalde (bbp).** Nebenstehend schilderten wir das seltsame Procedere, in dem der Landkreis für einen geplanten Schulneubau ein Stück Wald kauft und sich dabei offensichtlich absolut sicher sein kann, daß die notwendigen Änderungen der städtischen Bauleitplanung schon erfolgen werden. Ob die Schule notwendig ist oder ob ein anderer Standort vielleicht für die Stadtentwicklung viel besser wäre, darüber wird gar nicht erst diskutiert – zumindest nicht öffentlich, so wie offenbar auch schon städtische Grundsatzbeschlüsse unter Ausschluß der Öffentlichkeit entschieden wurden. Ob und inwieweit hier demokratischen Grundsätzen gefolgt wird, scheint niemanden zu interessieren. Die BBP wird, wie angekündigt, diesen Fragen nachgehen.

Selbstverständlich wollen wir nicht nur kritisieren, sondern ausgewogen berichten. Daher geben wir an dieser Stelle einige Panegyriken von Stadtverordneten und der Baudezernentin wieder, mit denen sie auf die zur November-StVV von OSKAR DIETTERLE (Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur) und anderen geäußerte Kritik an dem geplanten Schulcampus-Standort (Seite 1) reagierten:

### **Karen Oehler (Bündnis 90/Die Grünen):**

Ich kenne die Diskussion um den Schulcampus natürlich auch aus der Sicht der Kreisverwaltung bzw. des Kreistages. Und ich kann Ihnen sagen, Herr Dietterle, da wurde auch intensiv darüber nachgedacht. Und schon lange, bevor wir hier diesen Beschluß auf unseren Tischen haben, auch schon gesprochen.

Die Bedenken, die Sie anführen, sind sicherlich berechtigt, aber die werden im Rahmen des Bebauungsplan-Aufstellungsbeschluß-Verfahrens auch intensiv beleuchtet und behandelt. Sie sagen, die Lage an der Hauptstraße ist nicht besonders glücklich. Da kann man natürlich auch als Gegenargument anführen, daß die Schülerinnen und Schüler, die eine Oberschule oder ein Gymnasium besuchen, in der Regel mit dem ÖPNV zu den Schulstandorten kommen. Und insofern ist dann auch die Frage einer Haltestelle im nahen Einzugsbereich dieser Schule zu stellen und ich denke, das wird auch im Verfahren weiter geklärt werden.

Zum anderen ist natürlich auch der Landkreis derjenige, der über die Schulentwicklung in erster Linie, auch für die Oberschulen und Gymnasien, im Rahmen des Schulentwicklungsplanung sich Gedanken macht. Da werden im Verfahren auch ordnungsgemäß alle Kommunen mit einbezogen. Und es passiert natürlich nicht im Alleingang, daß der Landkreis bestimmt, hier an der Stelle mache ich eine Schule, an der Stelle mache ich keine Schule. Also es muß ein konkreter Bedarf vorhanden sein, weshalb sich für einen Standort entschieden wird.

Und deswegen möchte ich dafür plädieren, daß wir erst die Möglichkeit eröffnen, über die Änderung des Flächennutzungsplanes überhaupt diesen Standort weiterzubetrachten, aber auch parallel, weil wir ja das Ansinnen kennen, dort einen Oberschulstandort zu entwickeln, natürlich auch den Bebauungsplan auf den Weg bringen.

### **Sebastian Walter (Die Linke):**

Ich bin gerade etwas verwundert über die Debatte, tatsächlich. Ich nehme wahr, daß wir, alle Fraktionen und alle Stadtverordneten immer wieder darüber diskutieren, daß wir Schulen brauchen werden in Zukunft, weil diese Stadt wächst. Und jetzt haben wir die Möglich-

keit, daß der Landkreis auf seine Kosten ein Grundstück kauft und auf seine Kosten entwickelt, das wir nicht entwickeln konnten, sollten, wollten – wie auch immer. Nun haben wir die Möglichkeit, eine der größten – wenn man in die Stadt reinkommt, jeder der da kommt, sagt, was habt ihr denn da noch stehen. Hier tatsächlich etwas zu entwickeln, etwas gutes zu entwickeln für Schülerinnen und Schüler, für die Zukunft dieser Stadt. Und ich finde, wir sollten da sehr dankbar sein, daß der Landkreis die Möglichkeit hier schafft. Deshalb bitte ich auch nochmal dringend, hier zuzustimmen. Weil, ich bin auch für Wald und ich bin auch für Bäume. Trotzdem sage ich, wir brauchen Flächen für Kitas und Schulbau und auch für weitere Ansiedlungen in dieser Stadt. Und dieses Gelände dort, dieses Grundstück, ist genau der richtige Ort, es zu entwickeln und möglichst auch langfristig zu entwickeln.

### **Götz Trieloff (FDP/Bürgerfraktion Barnim):**

Ich kann mich kurz fassen. Herr Walter hat das sehr gut dargestellt, was ich fast als Geschenk bezeichnen möchte, das die Stadt da bekommt mit diesem Schulstandort. Und Herr Dietterle, Sie spielen auf die Straße an. Wir wissen doch alle, daß wir ein Umgehungsstraßenprojekt haben. Das wird in den nächsten Jahren auch kommen. Und dieser Schulstandort ist in dieser Hinsicht nahezu ideal, weil er auch sehr gut an den ÖPNV angebunden werden kann. Diese Gelegenheit werden wir so schnell nicht wieder bekommen.

### **Anne Fellner (Baudezernentin):**

Vielen Dank für die engagierte Diskussion, mit der ich an dieser Stelle ehrlich gesagt gar nicht gerechnet habe, nachdem wir im Bauausschuß\* sehr einig waren unter den Baufachleuten. Ich bin unserem Landrat ausgesprochen dankbar, daß er, nachdem jahrelang dieser Standort der schlimmste Imageschaden für die Stadt Eberswalde gewesen ist, es geschafft hat, diesen Standort zu erwerben und für diesen Standort ein gutes Projekt zu entwickeln. Wir könnten uns natürlich Bäume wünschen, Herr Wolfgramm. Aber die wachsen ja nicht, wenn dort Ruinen stehen. Es kann sich an diesem Standort nur etwas Positives entwickeln, wenn erstmal die baulichen Altlasten beseitigt sind.

Also insofern ausgesprochen große Freude darüber, und Dankbarkeit, daß der Landkreis einerseits mit einem Schulstandort nicht nur Eberswalde, sondern auch die Region stärken will. Und das ist ganz wichtig, das ist auch ein Zeichen in die Region, auch ein Zeichen in unserer regionalen Zusammenarbeit. Und deshalb ist der Standort mit einer Super-ÖPNV-Anbindung total wichtig. Denn dort werden nicht nur Kinder und Jugendliche aus Eberswalde, sondern auch aus den umliegenden Gemeinden zur Schule gehen. Und genau die müssen wir mit einer guten ÖPNV-Anbindung dort hinbringen.

Die durchaus auch berechtigten Fragen zu dem Standort, die werden wir ja alle in dem Verfahren besprechen. Heute beschließen Sie, ob wir damit anfangen sollen, dieses Verfahren zu eröffnen oder nicht. Und das ist, was ich schon häufiger beobachtet habe, daß manchmal die Anforderung war, bevor überhaupt der Beschluß bestand, eine FNP-Änderung oder einen Bebauungsplan aufzustellen, bereits alle Probleme geklärt werden sollen.

Die aufgeworfenen Fragen sind alle berechtigt. Das wird dann alles in dem Verfahren besprochen werden. Aber unbedingt, deshalb vielen Dank Herr Walter, daß Sie das nochmal gesagt haben, vielen Dank Frau Oehler, vielen Dank Herr Trieloff – große Freude, daß wir dieses Stück Infrastruktur für unsere Stadt bekommen, einerseits, und daß wir diesen Schandfleck beseitigen werden, andererseits. Danke dafür an unseren Landkreis.

\* Bauausschuß – gemeint ist der Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt.

## **B. Viertel Dogs**

**Eberswalde (bbp).** »Kommen Sie mit Ihrem Hund zum kostenlosen Hundetraining«, heißt es in der vom Quartiersmanagement *Soziale Stadt* im Brandenburgischen Viertel verbreiteten Einladung an die im Kiez heimischen Hunde sowie deren Halterinnen und Halter. Unter Anleitung der Hundetrainerin Nicole Zeisel und ihrer Mitarbeiterin Jasmin Weise soll das Hund-Mensch-Verhältnis gestärkt werden. Neben Spielstunden und speziellen Trainingseinheiten bleibt genug Zeit für individuelle Beratung, sodaß die Wünsche von Hund und Mensch nicht zu kurz kommen.

Nachdem das Hundetraining bereits dreimal im November und Dezember auf dem Hundelaufplatz im Barnim Park (zwischen Potsdamer Allee und Rathenower Straße) stattfand, gibt es am 22. Dezember zwischen 10.30 und 11.30 Uhr eine weitere Gelegenheit. Weitere Termine folgen im Jahr 2022. Wenn es wieder länger hell ist, auch am späteren Nachmittag. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Kommen Sie einfach zum Hundelaufplatz. Fragen beantworten Nicole Zeisel (Tel.: 0157 3875 6388) oder das Quartiersmanagement (Tel.: 03334 818 245).

BVB/Freie Wähler im Landtag:

## Kreisumlage reformieren

Landkreise sollen die zu viel erhobene Umlage an Kommunen anteilig zurückzahlen müssen. Zudem strebt unsere Fraktion eine Klärstellung hinsichtlich der Berechnungsgrundlage für die Kreisumlage an. Landkreise finanzieren sich in einem wesentlichen Teil aus der Kreisumlage, die von den kreisangehörigen Kommunen erhoben wird. Obwohl die Kreisumlage als reine Fehlbedarfsdeckung konzipiert ist, entwickelt sie sich für zahlreiche Landkreise zu einer Haupteinnahmequelle.

Weshalb dieses System grundlegend geändert werden muß, ergibt sich aus der Entwicklung der Rücklagen aller Brandenburger Landkreise. Mit Stand Ende 2018 verfügen die Landkreise insgesamt über Rücklagen in Höhe von rund 840 Millionen Euro.

Diese Rücklagen lassen sich nur durch eine deutlich zu hohe Erhebung der Kreisumlage begründen. Dadurch, daß die Landkreise die Kreisumlage nicht zurückzahlen müssen, erwirtschaften die Kommunen den Landkreisen eine beträchtliche Rücklage. Aus dieser Praxis ergeben sich jedoch gravierende Probleme für die Kommunen.

Die Fraktion BVB/Freie Wähler geht dieses Problem an und hat einen Gesetzesantrag in den Landtag eingebracht. Beantragt wird die Schaffung einer eindeutigen Regelung, was durch die Kreisumlage tatsächlich finanziert werden darf, als auch die Verpflichtung für die Landkreise, zu viel erhobene Kreisumlagen an die Kommunen zurückzuzahlen.

Konkret bedeutet dies, daß Landkreise für eigene freiwillige Leistungen nicht auf die Kreisumlage zurückgreifen dürfen. Derartige freiwillige Leistungen sind nur dann möglich, wenn die Landkreise über die dazu erforderlichen finanziellen Mittel verfügen. Es widerspricht dem Sinn und Zweck der Kreisumlage als Fehlbedarfsdeckung, freiwillige Leistungen ohne übergemeindlichen Charakter zu finanzieren.

Darüber hinaus sollen die Landkreise die erzielten Überschüsse nicht mehr allein ihrer Rücklage zuführen dürfen, vielmehr sollten diese zu einem hohen Anteil an die Kommunen zurückgezahlt werden. Dies erklärt sich daraus, daß die Kommunen eine höhere Umlage gezahlt haben als vom Landkreis tatsächlich benötigt.

Zahlreiche Kommunen haben die ungerechte Praxis der Erhebung der Kreisumlage mittlerweile erkannt und gehen juristisch dagegen vor. Wir stellen uns mit diesem Antrag klar an die Seite der Kommunen, denn es ist aus unserer Sicht nur recht, zu hoch erhobene Beträge wieder zurückzuerstatten, wenn die Kommunen mehr als den Ausgleich des Fehlbedarfes an die Landkreise gezahlt haben.

CHRISTINE WERNICKE

## Teurere Abfallentsorgung gebilligt



Foto: JÜRGEN GRANZOW

**Nun werden sich die Bürger darauf einstellen müssen, daß sie mit Beginn des Jahres 2022 für die Abfallentsorgung im Kreis Barnim auch mehr bezahlen müssen. Denn auf ihrer Sitzung am 1. Dezember im Paul-Wunderlich-Haus (Foto) haben die Kreistagsabgeordneten mehrheitlich einer neuen Abfallentsorgungssatzung sowie der damit verbundenen Abfallgebührensatzung zugestimmt. Noch einmal wurde das Für und Wider oder auch des Rechtens oder Unrechens kontrovers vorgetragen. Was letztlich die Bürger durch den Beschluß geldlich mehr zu tragen haben, ist nachzulesen in einer Pressemitteilung des Landkreises ([www.barnim.de/de/aktuelles](http://www.barnim.de/de/aktuelles)):**

»Für einen durchschnittlichen 1-Personen-Haushalt mit einer 60-Liter-Tonne steigt die jährliche Gebühr um 13,80 Euro auf 69,60 Euro, sprich 1,15 Euro mehr im Monat. Die Gebühr teilt sich in eine Pauschalgebühr pro Einwohner und in eine Leistungsgebühr bezogen auf die Größe des vorzuhaltenden Restabfallvolumens auf.«

Nach noch gültiger »Satzung über die Abfallentsorgung im Landkreis Barnim (AES)« heißt es im § 27: »Es besteht Kostendeckungsgebot.« Ist das wirklich beachtet worden, um eine Verteuerung der Entsorgung zu vermeiden? Die Transparenz von Leistung, Kosten und Pauschalgebühren ist meines Erachtens verwässert worden, weil in die Pauschalgebühr einige Posten integriert wurden, die nicht hinein gehören, z.B. die Blaue Tonne. Aber es ist ja auch einfacher, die Kostenerhöhungen mit »Pauschalgebühren« dem Nutzer aufzubürden, als beim beauftragten Entsorgungsunternehmen nachzubessern und/oder über neue Ent-

sorgungsstrategien bei vorhandenen materiellen Ressourcen – z.B. vorhandene Tonnengrößen – nachzudenken.

Völlig daneben liegt auch für die Gebührenerhöhung die »Gelbe Tonne« mit heranzuziehen, denn diese wird über den »Grünen Punkt« finanziert. Zu hinterfragen ist auch, ob es berechtigt ist, plötzlich Kosten für die braune BIO-Tonne in »Pauschalgebühren« zu berechnen. Die braune Tonne ist doch nicht verpflichtend und braucht bei Eigenkompostierung gegebenenfalls nicht eingesetzt zu werden. Aber bezahlt werden soll sie von jedem Haushalt! Ich habe Bedenken, daß hier etwas Gutes im Interesse des Bürgers entschieden wurde. Deshalb danke ich allen Kreistagsabgeordneten, die sich gegen die neuen Abfallentsorgungssatzungen ausgesprochen haben für ihren Mut, dem Bürgerauftrag gewissenhaft nachzukommen.

WOLFGANG WEIGT, Rüdnitz

## Barnimer Umweltpreis 2021 ausgeschrieben

Der 26. Umweltpreis ist dank einer zusätzlichen zweckgebundenen Spende dieses Mal mit einem Preisgeld in Höhe von 1.500 Euro dotiert. Gestiftet wird der Preis von ANDREAS FENNERT, für Grüne/B 90 Mitglied im Aufsichtsrat der Eberswalder Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG), und von KAI-ALEXANDER MOSLÈ, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen aus Groß Schönebeck.

Ausgezeichnet wird besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Klima und Umwelt sowie in der Umweltbildung. Bewerben

können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem Landkreis Barnim. Projekte mit Kindern und Jugendlichen sind besonders willkommen. Die Projekte oder Initiativen sollen im Landkreis Barnim angesiedelt sein und möglichst anschaulich dargestellt werden.

Bewerbungen und Vorschläge konnten bis zum 17. Dezember eingereicht werden. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus Vertretern regionaler Umweltverbände, der Naturschutzverwaltung und von Bündnis 90/Die Grünen.

THORSTEN KLEINTEICH

## Volksbegehren »Sandpisten«

*Eintragungen sind noch bis zum 12. April 2022 möglich*

**Eberswalde (bbp).** Seit dem 12. Oktober läuft das Volksbegehren »Erschließungsbeiträge abschaffen«. Es bleiben sechs Monate, um landesweit auf die erforderlichen 80.000 Unterschriften zu kommen. Im Unterschied zu Volksinitiativen müssen diese Unterschriften in den Bürgerämtern der Kommunen geleistet werden. Auch eine Abstimmung per Brief, analog zur Briefwahl, ist möglich. Für das Eberswalder Bürgeramt informierte Verwaltungsdezernent Maik Berendt am 23. November die Stadtverordneten, daß sich das Bürgeramt für beide Möglichkeiten eingerichtet hat.

Während im Normalfall Termine im Eberswalder Rathaus nur nach vorheriger Anmeldung wahrgenommen werden können, sei die Abgabe der Unterschrift für das Volksbegehren eine der Möglichkeiten, auch ohne vorherigen Termin ins Rathaus hineinzukommen. »Sie geben das Anliegen am Empfang bekannt«, so Berendt, »von wo Sie zum Bürgeramt weitergeleitet werden. Wir favorisieren allerdings die zweite Möglichkeit, nämlich die Abgabe der Unterstützungsunterschrift per brieflicher Eintragung.« Dafür stehen entsprechende Informationen auf der Internetseite der Stadt Eberswalde zur Verfügung. Dort gibt es ein entsprechendes Formular, mit dem die Eintragungsunterlagen beantragt werden können. Eine solche Beantragung ist auch über die eMail-Adresse [volksbegehren@eberswalde.de](mailto:volksbegehren@eberswalde.de) möglich. »Nach der internen Berechtigungsprüfung, bekommen Sie die entsprechenden Schriftstücke zugesandt und können dann die Abstimmungsunterlagen ausfüllen und wieder an uns senden. Dieses Angebot besteht noch bis 12. April 2022.«

Daneben ist in Eberswalde auch eine Beantragung der Briefunterlagen über die Volksbegehren-Seite [www.sandpisten.de](http://www.sandpisten.de) möglich.

Nicht überall war und ist das so einfach. Wie die Initiatoren des Volksbegehrens mitteilen, hätten die ersten Wochen des Volksbegehrens

deutlich gemacht, »daß viele Gemeindeverwaltungen nicht ordnungsgemäß vorbereitet sind. Das laufende Volksbegehren sieht sich flächendeckend beispiellosen Behinderungen ausgesetzt.«

So kam es mitunter zu langen Verzögerungen bei der Zusendung von Unterlagen, wenn eine Online-Bestellung für die Briefabstimmungsvariante erfolgte. »Hintergrund: Viele Kommunen haben vergessen, rechtzeitig Briefumschläge zu bestellen! So haben namhafte Gemeinden erklärt, daß sie erst Mitte November sowie Mitte Dezember (also 2 Monate nach Beginn des Volksbegehrens) in der Lage sind, Briefeintragungsunterlagen zu verschicken. Dadurch wird natürlich jede faire Durchführbarkeit des Volksbegehrens in gerade stark von Sandstraßen betroffenen Orten de facto verunmöglicht.«

Ein Amt habe sich sogar auf den Standpunkt gestellt, daß es generell keine Briefeintragungsunterlagen versenden würde, sondern es Aufgabe der Initiatoren sei, Briefumschläge dem Amt zur Verfügung zu stellen. Manche Gemeindeverwaltungen verlangten auch von den Bürgern in unzulässiger Weise, daß sie die üblichen Wartemarken ziehen und somit lange anstehen müssen, wenn sie eine Amtseintragung wünschten. Zahlreiche Rathäuser sind auch pandemiebedingt geschlossen und verlangen, anders als in Eberswalde, die vorherige Termin-

vereinbarung zur Eintragung. Nicht alle Orte ermöglichen zudem die vom Landeswahlleiter vorgegebenen 40 Eintragungsstunden pro Woche. Es gebe Fälle, in denen die Eintragungszeit auf bis zu 12 Stunden beschränkt wurde.

Indes hatte das Landesverfassungsgericht Ende Oktober die Möglichkeit von Straßensammlungen abgelehnt. BVB/Freie Wähler bedauern diese Entscheidung, bei der das Landesverfassungsgericht die beschriebenen Beschränkungen offensichtlich nicht berücksichtigt hat. Die Erklärung des Gerichts, daß man doch die Briefeintragung nutzen könne, sei praktisch nicht stichhaltig und durch die beschriebene Entwicklung widerlegt.

»Der Beschluß ist deswegen überraschend und enttäuschend, weil in allen anderen Wahlverfahren Erleichterungen geschaffen worden sind«, stellt Péter Vida, eine der Vertrauenspersonen des Volksbegehrens, fest. So sei es demnächst möglich, für Bürgermeister und Landratskandidaten nur die Hälfte der Unterschriften zu sammeln, um zur Kandidatur zugelassen zu werden. Ebenso können Volksinitiativen sechs Monate länger sammeln. »Begründung in all diesen bereits gewährten Erleichterungsfällen sind die Einschränkungen wegen Corona. Es ist befremdlich, daß diese pandemiebedingten Einschränkungen im Falle von Volksbegehren nicht relevant sein sollen.« Dies stelle eine erhebliche Beschränkung der Möglichkeiten dieses Volksbegehrens dar. Derartige Behinderungen seien aus früheren Volksbegehren nicht bekannt. Schon jetzt sei »eine irreparable Beeinträchtigung des gesamten Volksbegehrens zu konstatieren«.

»Wir werden uns dennoch nicht unterkriegen lassen und hoffen auf rechtsstaatliche Zustände, um das Volksbegehren doch noch ordnungsgemäß durchführen zu können«, so Péter Vida im Namen der Vertrauenspersonen.

## Fahrräder sicher und trocken

**Eberswalde (prest-ew/bbp).** Seit dem 22. November ist das Erdgeschoß des Eberswalder Fahrradparkhauses am Bahnhof für die Eberswalderinnen und Eberswalder nutzbar. »Damit verbessern wir schon jetzt die Bedingungen für Pendlerinnen und Pendler, die nun kompakt und geschützt direkt am Bahnhof ihre Fahrräder abstellen und auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen können. Ein positiver Nebeneffekt ist auch die dadurch entstehende Ordnung im Bahnhofsumfeld. Auch wenn das Obergeschoß erst zu einem späteren Zeitpunkt fertiggestellt werden wird, so haben wir uns dazu entschlossen, doch zumindest das Erdgeschoß bereits freizugeben«, so die Erste Beigeordnete ANNE FELLNER.

Eigentlich sollte das Fahrradparkhaus bereits Ende August/Anfang September übergeben werden. Allerdings kam es zu Fehlern bei Planung und Bauausführung, so daß nun zunächst die Schäden durch die Verursacher behoben werden müssen. Neben Fehlern beim Holzaufbau im Obergeschoß war der Gußasphalt, der auf dem Holzboden im Obergeschoß aufgetra-

gen werden sollte, nicht korrekt abgemischt wurde. Das wurde entdeckt, als bereits zehn Prozent der Fläche damit überzogen waren. Der fehlerhafte Asphalt wurde inzwischen abgetragen. Ein neuer Anlauf erfordert ein erneutes Trocknen des Holzes und wird nun erst im Frühjahr möglich sein.

Das freigegebene Erdgeschoß des Parkhauses bietet 20 Anlehnbügel für Lastenräder oder Anhänger, 20 Stellplätze für Eltern-Kind und Senioren sowie 120 Stellplätze in Doppelstockparkern. 60 Fahrradboxen bieten für fünf Euro Miete einen komfortablen Stellplatz. »Wir hoffen darauf, daß viele unser Angebot annehmen. Mit unserem Fahrradparkhaus entwickeln wir Eberswalde weiter zu einer Modellkommune für nachhaltiges Bauen«, so Anne Fellner.

Nach den Fahrradparkhäusern in Bernau, Potsdam und Oranienburg ist das Parkhaus in Eberswalde die vierte Bike+Ride-Station in Brandenburg. Seine Konstruktionsweise ist BRD-weit einzigartig und auf einer Fläche von 1.300 Quadratmetern in nahezu reiner Holz-

bauweise errichtet. Darüber hinaus ist die außergewöhnliche und ökologisch gestaltete Fassade charakterisierend für das Gebäude. Holzstreben in architektonisch freier Anordnung machen das Gebäude im Zentrum der Stadt zu einem wahren Hingucker.

Zusätzlich erhält das Gebäude ein Gründach und in Teilflächen auch eine Photovoltaikanlage zur Eigenstromversorgung für die Beleuchtung und das Laden der Batterien von E-Bikes.

Fahrräder sind für kurze und mittellange Strecken nicht nur ein äußerst ökologisches, sondern auch ein gesundes Fortbewegungsmittel. Für die kombinierte Nutzung von Fahrrad und öffentlichen Verkehrsmitteln sprechen einige Vorteile. So können Fahrrad und ÖPNV zusammen ungefähr die gleiche Zeit erreichen wie Autos. Für die Pendlerinnen und Pendler wird die Verbindung zwischen Eberswalde und Berlin so noch weiter optimiert. Seit Sommer 2020 baut die Stadtverwaltung Eberswalde an dem Fahrradparkhaus. Bei Kosten von rund 2,265 Millionen Euro soll das Projekt mit der Fertigstellung des Obergeschosses im Frühling 2022 komplettiert werden.

# »Kloppe« für die Baudezernentin Nr. 1

**Eberswalde (bbp).** Am 24. November posierten die Erste Beigeordnete und Baudezernentin Anne Fellner, der 1. Preisträger im Architektenwettbewerb Arthur Numrich von den NAK-Architekten in Berlin, die Leiterin des Hortes »Kinderinsel« Mandy Müller sowie der Oberbauleiter der mit dem Rohbau beauftragten Firma Raffenerie-Bau Schwedt (RBS) Roy Pingal vor den Pressekameras für den »ersten Spatenschich« zum Hortneubau in der Kyritzer Straße 17 im Brandenburgischen Viertel (Foto). Am Abend davor stand in der Sitzung der Eberswalder Stadtverordneten die Bauleistungsvergabe für den Holzbau auf der Tagesordnung.

Nur eine Firma – die Terhalle Holzbau GmbH aus Ahaus-Ottenstein (Nordrhein-Westfalen), etwa sechs Kilometer von der Grenze zum Königreich der Niederlanden – hatte sich im Rahmen der europaweiten Ausschreibung beworben, die schließlich auch den Zuschlag bekam, wie die Stadtverordneten bei nur einer Enthaltung beschlossen. Die Vergabesumme lag letztlich mit knapp 2 Millionen um rund 400.000 Euro höher, als es die ursprünglichen Planungen vorgesehen hatten.

Der fraktionslose Stadtverordnete Carsten Zinn hatte die Gelegenheit genutzt, um zu erfragen, ob »wir in der Lage sind, wirklich den Start zum Schuljahresbeginn 2022/23 unter Berücksichtigung aller Besonderheiten zu gewährleisten«. Oder gegebenenfalls damit gerechnet werden müsse, »daß es auch später werden kann, wie das beim Erweiterungsbau der Grundschule Finow war«.

Die Baudezernentin Anne Fellner wirkte etwas pikiert. »Ob wir am Ende den Termin einhalten oder nicht, kann ich Ihnen heute nicht versprechen. Ich finde es fast schädlich, wenn wir in öffentlicher Sitzung darüber diskutieren, daß es vielleicht jetzt schon absehbar ist, daß es später wird – denn das ist ja fast schon eine Einladung für jedes Bauunternehmen, das wir noch finden wollen, daß sie sich nicht an die Vorgaben halten müssen. Insofern bin ich da optimistisch, daß wir den Zeitrahmen einhalten können. Und die Kloppe steck ich dann ein, wenn wir's nicht tun.«

Zur Historie: Den Bedarf für den neuen Hort hatten die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung spätestens im Jahr 2019 festgestellt. Zunächst stand die Überlegung im Raum, die ehemalige Kita »Spatzennest« zu nutzen, die nach der Schließung im Jahr 2006 der Wohnungsgenossenschaft übergeben und später mit Fördermitteln aus dem Programm »Soziale Stadt« zum barrierefreien Vereinshaus umgebaut wurde. Eine Wiedernutzung als Kinder-einrichtung wäre schneller möglich gewesen und hätte auch weniger gekostet, hatte damals der Sozialdezernent Professor Dr. Jan König eingeräumt. Allerdings hätte es möglicherweise Probleme mit den Fördermitteln für den Umbau gegeben. Vordergründiges Argument war schließlich, daß dann auch mehrere Vereine ihr Obdach verlieren würden.

Bereits damals hatte sich Zinn eindeutig für die »zukunftsorientierte A-Variante« ausgesprochen, die für ihn hieß: »Bau eines modernen Bürger- und Stadtteilzentrums 2.0 mit angeglieder-tem Hort«. Und auch der Standort auf dem Areal der abgerissenen Grundschule an der Kyritzer Straße war für ihn schon klar. Wobei damals noch nicht bekannt war, daß bald darauf

Schulneubauten auf der Agenda stünden. Der Dezernent, so der damalige Pressebericht, »rin-ge (noch) mit sich« (MOZ, 23.08.2019).

Dieses demokratische »Ringens« des Sozialdezernenten mit sich selbst war schließlich schon im September 2019 entschieden, so daß die Stadtverordneten im Oktober 2019 über die außerplanmäßige Mittelbereitstellung für Planung und Kostenschätzung entscheiden konnten. Nach den Schließungs- und Abrißorgien der Vorjahre, bei denen drei von fünf Kitas im Brandenburgischen Viertel geschlossen sowie vier von fünf Schulen auch gleich abgerissen wurden, nahmen die Schülerzahlen völlig unerwartet wieder zu, so daß die verbliebene Grundschule Schwärzensee – die modernste der Stadt, wie es der einstige Bürgermeister Friedhelm Boginski formulierte – aus allen Nähten platzte (2018/19: 346 Schüler in 16 Klassen; 2019/20: 413 Schüler in 19 Klassen; Prognose 2023/24: 481 Schüler in vmtl. 22 Klassen) und daher kein Platz mehr für den innerhalb des Schulgebäudes untergebrachten Hort »Kinderinsel« bleibt.

In der lokalen Tageszeitung war damals zu lesen: »Als Ziel hat Baudezernentin Anne Fellner formuliert: Zum Schuljahresbeginn 2022/23 soll der Neubau, mit einer Kapazität von 150 Plätzen konzipiert, in Betrieb gehen.« (MOZ, 11.10.2019)

Die Stadtverwaltung organisierte sodann einen Architektenwettbewerb und im Juli 2020 ermächtigte die Stadtverordnetenversammlung den Bürgermeister, die weiteren Planungen an das erstplatzierte Büro als Generalplaner zu vergeben. Die aus der Vorabermächtigung »resultierende Zeitersparnis fördert die gesetzte Inbetriebnahme des Hortgebäudes zum Schuljahr 2022/2023«, hieß es damals in der Begründung zur Ermächtigungsvorlage.

Am 27. April 2021 genehmigten die Stadtverordneten die Entwurfsplanung und faßten zugleich den Baubeschluß, wieder mit zusätzlichen Ermächtigungen für den Bürgermeister, um das Vorhaben zu beschleunigen. Interessanterweise stand da bereits in der Sachverhaltsdarstellung: »Das Projekt muß wegen des Bedarfs an Hortplätzen im Brandenburgischen Viertel bis Herbst 2022 realisiert sein.« Obwohl »Herbst« ein durchaus verschieden interpretierbarer Begriff für einen Zeitpunkt ist und der tatsächliche Bedarf an den Hortplätzen zum Schuljahresbeginn und nicht später akut wird, wurde diese Detailänderung offensichtlich seitens der Verwaltung nicht weiter erläutert.

Während der Stadtverordnete Zinn also am 23. November konkret nachfragte, ob der Start zum Schuljahresbeginn 2022/23 gewährleistet werden kann und die Baudezernentin ihren



Foto: FLORIAN HELMANN (PRESTEW)

Optimismus versprühte, daß dies so sein werde, veröffentlichte die Pressestelle der Stadtverwaltung nur einen Tag später eine Mitteilung über den nur zwölf Monate nach Wettbewerbsabschluß erfolgten ersten Spatenstich auf dem Gelände an der Kyritzer Straße. In der Mitteilung wird Anne Fellner zitiert, die hochentzückt die gute Zusammenarbeit mit dem Wettbewerbsieger lobt, »mit welchem wir gemeinsam bereits ein Jahr später den ersten Spatenstich für unseren neuen Hort vornehmen konnten. Und wieder ein Jahr später soll der Bau im November 2022 hoffentlich fertiggestellt sein.«

Wie zu hören war, will sich der Stadtverordnete Carsten Zinn demnächst mit einer Weihnachtsmannrute zum Rathaus aufmachen, um die versprochene »Kloppe« auszuteilen.

## »Kloppe« Nr. II



Foto: GERD MARKWANN

**Eberswalde (bbp).** Der Preisgewinner Arthur Numrich beschreibt sein Projekt u.a. wie folgt: »Eine ganz andere räumliche Qualität haben die Höfe des Gebäudes. Die den Gruppenräumen zugeordneten Außenräume sind mit Hochstämmen – teils vorhandenen Kiefern – Schattenstauden und Gräsern als introvertierte, geschützte Gärten konzipiert und bilden nicht zuletzt die grüne Kulisse für die Innenräume.«

Schön, daß da sogar im Innenhof Baumbestand erhalten bleibt – konnte man denken. Die Realität ist anders. Entgegen den Versprechungen und dem Siegevorschlag ist sämtlicher Kiefernbestand im Gebäudebereich abgeholzt worden. Von dem einst das Stadtbild prägenden Kiefernwaldstreifen an der Brandenburg Allee blieb nur ein klägliches Rest.

Nachnutzung der Immobilie Amtsgericht Eberswalde:

## »Kein berichtswürdiger Sachstand«

**Eberswalde (bbp).** Bereits am 11. November hatte Irene Kersten (Die Linke) im Hauptausschuß der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) zum aktuellen Sachstand bezüglich des von der StVV beschlossenen Ankaufs des Objektes »Amtsgericht« in der Breiten Straße angefragt.

Das Eberswalder Amtsgericht hat momentan dort noch seinen Sitz, soll jedoch in den kommenden Jahren in das Behördenzentrum an der Tramper Chaussee verlegt werden. Der Stadtverordnetenbeschluß sieht vor, daß die Stadtverwaltung unverzüglich gegenüber dem Land Brandenburg als jetzigem Eigentümer dem Land Interesse zur Übernahme des Gebäudes bekundet. Zugleich erhielt die Verwaltung den Auftrag zu prüfen, für welche Zwecke – insbesondere für den Sozial-, Bildungs- oder Jugendfreizeitbereich – das Gebäude nach etwaigen Umbauten genutzt werden könnte.

Inzwischen liegt die schriftliche Antwort der Baudezernentin und amtierenden Bürgermeisterin Anne Fellner vor.

Sie informiert, daß bereits im Vorfeld der Beschlüßfassung am 10.12.2018 eine Besichtigung des Amtsgerichtes durch den damaligen Bürgermeister Herrn Friedhelm Boginski im Beisein der Leiterin des Amtes für Bildung, Jugend und Sport sowie einer ehemaligen Mitarbeiterin des Hochbauamtes stattgefunden hat. Im Nachgang zu dieser Besichtigung wurde ein Begehungsprotokoll (Kurzprotokoll) erstellt.

Diesem ist zu entnehmen, daß die Raumgrößen nicht den Anforderungen an moderne Einrichtungen für Hort- und Kindereinrichtungen entsprechen und für die Nutzung als Kindereinrichtung ein kompletter Umbau unter anderem mit der Vergrößerung von Räumen erfolgen müßte.

Laut Protokoll müsse das komplette Gebäude »raummäßig, sanitärmäßig und küchentechnisch neu betrachtet und angepaßt werden«. Eine weitere Nutzung als Büroräume wäre dagegen mit geringem Aufwand möglich. In jedem Fall habe das Grundstück viel Potential.

Gemäß dem Auftrag der Stadtverordnetenversammlung erfolgte mit Schreiben vom 13.11.2019 gegenüber dem Land Brandenburg die Interessenbekundung zum Grundstückserwerb. Gleichzeitig wurde um Mitteilung gebeten, wann mit einem Umzug des Amtsgerichtes zu rechnen ist und um Information über Einzelheiten zu einem möglichen Verkauf, sobald diese bekannt sind.

Zur fachkundigen Einschätzung des Gebäude- und Grundstückspotentials auch unter Berücksichtigung des gegebenen Zustandes,

fand sodann am 10.12.2019 mit der Baudezernentin Anne Fellner und den zuständigen Amtsleitern des Baudezernates ein weiterer Vororttermin statt. Auch hier zeigte sich, daß das Objekt Entwicklungspotential hat, aber für die Nutzung als Kindereinrichtung erhebliche Umbaumaßnahmen erfordert. Zudem stehe einer kurzfristigen Nutzung als Verwaltungsstandort (Büroräume) die fehlende Barrierefreiheit entgegen.

Leider liegt der Verwaltung – trotz mehrmaliger Nachfragen – bis zum heutigen Datum keine schriftliche Äußerung des Landes Brandenburg zur Interessenbekundung vor. Mündlich wurde zunächst mitgeteilt, daß die Liegenschaft bis auf nicht absehbare Zeit noch selbstgenutzt wird und dementsprechend keine Verkaufsabsicht besteht. Die fehlende Verkaufsabsicht wurde letztmalig am 16.11.2021 mündlich gegenüber der Verwaltung bestätigt.

»Demgemäß liegen weder Informationen über Modalitäten eines künftigen Grundstücksverkaufes noch eine berücksichtigungsfähige Zeitachse vor, wodurch eine belastbare Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für eine konkrete künftige Nutzung derzeit nicht darstellbar ist«, so die zuständige Leiterin des Liegenschaftsamtes Birgit Jahn, die die von der Baudezernentin unterzeichnete Antwort bearbeitet hatte. Die Verwaltung werde weiter in regelmäßigen Abständen beim Land Brandenburg nachfragen. Aktuell sei aber »im Hinblick auf das offene Verfahren kein berichtswürdiger Sachstand gegeben«.

## Raser in der Walzwerkstraße

**Finowfurt (bbp).** Gegen den Widerstand vieler Anwohner wurde vor einigen Jahren von der Amtsverwaltung der Gemeinde Schorfheide der grundhafte Ausbau der Walzwerkstraße im Ortsteil Finow vorangetrieben (siehe Sonderdruck zu BBP 7/2015). Die Straße aus herkömmlichen Naturgranitsteinen wurde durch eine Asphaltpiste ersetzt und die Anwohner nach den damals geltenden Gesetzlichkeiten am Ausbau der Straße finanziell beteiligt.

Doch das war nicht der alleinige Grund für den Widerstand vieler Anwohner, die nicht nur zum Teil den Verlust der historischen Pflasterstraße bedauerten. Vor allem befürchteten sie, daß die glatte Asphaltpiste zur Rennstrecke verkommt und als attraktive Zweitverbindung zwischen Eberswalde und Finowfurt zusätzlichen Verkehr anzieht.

Diese Befürchtungen sind nun zur Realität geworden. So mancher nutzte die Walzwerkstraße als schnelle Verbindung zur Autobahn oder einfach zur Arbeitsstätte, ohne auf die per Beschilderung vorgeschriebene Geschwindigkeitsbegrenzung zu achten. Zwar läßt der glatte Asphalt geradezu dazu ein, es mit den Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht zu ernst zu nehmen, allerdings ist die Straße keinesfalls für höhere Geschwindigkeiten als die ausgewiesenen 30 km/h im Bereich der Wohnbebauung ausgelegt. Bei Gegenverkehr oder beim Über-

holen mit höheren Geschwindigkeiten muß zur Vermeidung von Crashes teilweise auf die schmalen Gehwege ausgewichen werden, die extra ohne Bordsteine gestaltet sind, um eben zur Not auch den Begegnungsfall von zwei LKW oder Bussen zu ermöglichen. Freilich bei angemessen niedriger Geschwindigkeit.

Tatsächlich preschen zuweilen beim Überholen oder im Begegnungsfall PKWs mit deutlich überhöhter Geschwindigkeit über die Gehwege, die meist direkt auf die Grundstücke führen. Insbesondere für Kinder, die zuweilen im Spiel ohne vorherigen Blick auf den Straßenverkehr vom Hof auf den Gehweg rennen – wo sie sich sicher vor Autos wähen – kann das äußerst gefährliche Situationen heraufbeschwören. Auch ältere Anwohner fühlen sich zunehmend vom Verkehr auf der Walzwerkstraße in ihrer Sicherheit bedroht.

Unser Leser Guido Penz sprach daraufhin das bei der zuständigen Revierpolizistin Diana Löffler an und mußte erfahren, daß es im Landkreis Barnim lediglich zwei Geschwindigkeitsmeßgeräte gebe. Somit sei die Aussicht, daß auch mal in der Walzwerkstraße geblitzt werde, ausgesprochen gering. Er wandte sich daher an seinen Bürgermeister Wilhelm Westerkamp: »Ich fordere von Ihnen als derzeitigen Bürgermeister, hier ein Zeichen zu setzen und die Gefahren der täglichen Geschwindigkeitsüber-



Foto: Guido Penz

schreitungen anzugehen«, schrieb er dem Schorfheider Hauptverwaltungsbeamten. Nicht nur PKW und LKW nutzen die Straße mit oft deutlich überhöhter Geschwindigkeit, sondern auch Motorräder nutzen die Straße für »waghalsige Manöver«. Letzteres hatte Guido P. sogar gefilmt und er stellte Westerkamp das Video zur Verfügung. »Daher fordere ich Sie und das Ordnungsamt auf, hier unverzüglich dagegen vorzugehen.« Eine Antwort von Bürgermeister Wilhelm Westerkamp lag zum Redaktionsschluß noch nicht vor.

## Ganzheitliche Ernährung (13)

Arthrose wird heutzutage nicht mehr als eine Art der »Abnutzung« angesehen, sondern als eine chronische Entzündungskrankheit. Eine vollständige Heilung ist allerdings derzeit nicht möglich. Mittels Ernährung können Sie Arthrose und Rheuma deutlich verbessern.

Geeignete Lebensmittel bei Arthrose und Rheuma sind: **Kohlenhydrate** am besten aus Vollkornprodukten sowie Haferflocken und Müsli ohne Zucker. Als kleine **Knabbererei** sind ab und zu eine kleine Handvoll Bitterschokolade mit mindestens 70% Kakaoanteil erlaubt. **Obst** sollten Sie ein bis zwei Handvoll am Tag verzehren, vor allem die zuckerarmen Obstsorten, dazu gehören alle Arten von Beeren, aber auch Pflaume, Zwetschge, Aprikose, Pfirsich und Wassermelonen. Pro Tag sollten Sie drei Handvoll **Gemüse** verzehren. Hierbei haben Sie die volle Auswahl, suchen Sie sich aus, was Ihnen schmeckt, egal ob Blattsalat oder Kohl, Spargel, Spinat, Gurken, Hülsenfrüchte oder Möhren oder was Sie sonst mögen. Fertige Gemüsemischungen sollten nur in Maßen konsumiert werden, vor allem dann, wenn sie mit Butter oder Sahne angemacht sind. Bei **Fetten** und **Ölen** sind vor allem Leinöl, Olivenöl, Rapsöl und Weizenkeimöl geeignet, da sich hierin viele, gute Omega-3-Fettsäuren befinden. Auch **Nußkerne und Samen** sind sehr fettreich, enthalten aber gleichzeitig viele Vitamine, Spurenelemente und Mengenelemente. Hier sollten nicht mehr als 20 bis 30 Gramm am Tag verzehrt werden. Bis auf Erdnüsse haben Sie hier die freie Auswahl. Achten Sie darauf, daß die Nüsse und Samen naturbelassen sind, also nicht gesalzen, etc. **Fische und andere Meeresfrüchte** sollten nicht paniert sein und auch nicht in Sahne, Mayonnaise oder ähnliches eingelegt sein. Zwei Portionen in der Woche sind zu empfehlen, egal ob Aal, Heilbutt, Hering, Steinbutt Lachs, Makrele oder auch Schalentiere wie Garnelen, Shrimps oder Krabben. **Eier** können Sie bis maximal dreimal die Woche in allen Variationen genießen. An **Milchprodukten** können Sie Milch, Naturjoghurt, Speisequark (bis 20%) und Buttermilch in Maßen zu sich nehmen. Käse sollte nur ganz selten auf dem Speiseplan stehen. Verzichten Sie auf bereits gesüßte Fertigprodukte wie Fruchtjoghurt, Pudding, Kakaozubereitungen und Fruchtquark. Sie sollten sich auf magere **Fleisch- und Wurstwaren** beschränken und diese auch nur ein bis zweimal die Woche genießen und zwar jeweils nicht mehr als 100 Gramm Rohgewicht an Hühnerfleisch, Putenfleisch.

Beim **Trinken** sollten Sie sich vor allem auf Wasser, ungesüßten Kaffee und ungesüßten Tee (grüner Tee oder Kräutertee) beschränken. Schmerzlindernde Gewürze wie Kurkuma, Kreuzkümmel, Ingwer, Muskatnuß und Koriander können Sie gerne verwenden. Besonders die Scharfstoffe können Schmerzen und Entzündungen lindern, hier gilt: je schärfer, desto besser.

FALK HINNEBERG, ([www.hinneberg.info](http://www.hinneberg.info))

## Die Eisenbahn von Templin nach Prenzlau (Teil 2)

# Kann die Bahn eine Zukunft haben?

Um es vorwegzunehmen: **Ja!** Bei allen gegebenen und zu lösenden Problemen kann sie eine Zukunft haben. Sie könnte jene Zukunft vor allem dann haben, wenn nicht nur immer wieder die (unzweifelhaft auch zu beachtenden) juristischen Belange gegen, sondern auch alle für einen Wiederaufbau sprechenden verkehrlichen, strukturellen, volkswirtschaftlichen, aber vor allem klimapolitischen Argumente und jene der viel zitierten notwendigen Verkehrswende ins Feld geführt und abgewogen würden.

An dieser Stelle sei auch der Hinweis erlaubt, daß in Deutschland wohl keine einzige Eisenbahnneubaustrecke jemals errichtet worden wäre, wenn man am Anfang aller Überlegungen stets nur juristische Bedenken geltend gemacht hätte. Erinnert sei hier nur an die Neubaustrecke quer durch den Thüringer Wald mit ihren enormen Landschaftseingriffen, oder an die umfangreichen Bauvorhaben im Zuge von Stuttgart 21.

Welche positiven Effekte könnte ein Wiederaufbau der Strecke in einem zeitgemäßen und modernen Standard auslösen?

Zuerst: »zeitgemäß« und »modern« hieße vor allem, den Wiederaufbau nicht mehr für die frühere unattraktive Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h vorzusehen, sondern diesen von Anfang an für eine Streckengeschwindigkeit von mindestens 100 km/h zu planen, was die weitgehend gestreckte Linienführung der früheren Eisenbahntrasse in weiten Teilen auch erlauben würde. Die Lage ihrer künftigen Verkehrsstationen sollte sich konsequent an den vorhandenen und künftig zu erwartenden Siedlungsstrukturen und touristischen Bedürfnissen orientieren. Hinzu käme die betriebliche Ausstattung der Strecke für Durchführung eines attraktiven stündlichen Taktangebotes im SPNV und die Ausrüstung mit der dafür notwendigen modernen Stellwerkstechnik.

Auch ein perspektivischer Güterverkehr sollte beim Wiederaufbau Berücksichtigung finden. Mittels der Errichtung bzw. einer Reaktivierung von Gleisanschlüssen, etwa in Templin oder in Haßleben, könnten dafür geeignete Güterverkehre von der Straße auf die Schiene verlagert werden.

Die Strecke würde in infrastruktureller Hinsicht eine vorhandene Lücke im Eisenbahnnetz zwischen den beiden Hauptachsen nach Rostock und Stralsund wieder schließen, eine flexiblere Nutzung des Eisenbahnnetzes ermöglichen und zugleich zusätzliche Kapazitäten schaffen, was bei der absehbar weiter steigenden Belastung des Abschnittes Berlin-Angermünde(-Prenzlau/Schwedt/Stettin) zu einer besseren Verteilung von Verkehrsströmen im Netz bzw. in gewissem Maße auch zur Entlastung des genannten Abschnittes beitragen könnte. Für einen großen Teil der Uckermark mit ihrer Perle – der Kurstadt Templin – könn-

te eine schnelle und optional auch umsteigefreie Anbindung per Schiene an Mecklenburg-Vorpommern mit den dortigen Ostseebädern und Universitätsstandorten, wie Greifswald, geschaffen werden. Nicht zuletzt würde Templin als Standort einer künftigen Europaschule durch die bessere und vor allem umweltschonende Erreichbarkeit per Schiene aufgewertet.

Die frühere Bahnstrecke verläuft in nicht einmal 100 Metern Entfernung von dieser Schule, dem früheren Joachimsthalschen Gymnasium, und könnte dort einen Haltepunkt erhalten. Auch am Fährkrug könnte beispielsweise über eine Verlagerung des früheren Haltepunktes Fährkrug in die Nähe des dortigen Hotels nachgedacht werden.

In raumordnerischer Sicht entspräche die wieder durchgehende Schienenstrecke (Oranienburg-)Löwenberg-Templin-Prenzlau einer vorhandenen Entwicklungsachse. Die beiden Mittelzentren Templin und Prenzlau wären – in Abhängigkeit der zu bedienenden Zwischenhalte – mit einer geschätzten Reisezeit von nur 30 bis 35 Minuten zwischen beiden Städten wieder miteinander per Schiene verknüpft.

Jüngste strukturelle Entwicklungen zeigen, daß nicht nur im »Speckgürtel« von Berlin, sondern auch in Randregionen Brandenburgs wie der Uckermark die Nachfrage nach Wohnraum zunimmt und frühere Prognosen, die stets nur von Abwanderung sprachen, landespolitisch neu zu denken sind. Befördert werden damit einhergehende Zuzüge in die Region nicht nur durch die Preisentwicklung für Wohnraum im Großraum Berlin, sondern auch durch infolge von »Corona« veränderten Lebensbedürfnissen.

Dieser Trend wird noch unterstützt durch die sukzessive Ausstattung der Uckermark mit einem hochmodernen Breitbandnetz, welches es in geeigneten Fällen ermöglicht, sich über das Arbeiten im *homeoffice* in reizvoller Umgebung der Uckermark mit entfernt liegenden Arbeitsorten digital zu vernetzen. Da die betreffenden Nutzer in solchen Fällen aber trotzdem noch zeitweise zu ihren Arbeitsorten pendeln müssen, sorgen sie wiederum für verkehrliche Nachfrage. Diese entsteht aber nur dann vorzugsweise im öffentlichen Verkehr und nicht per PKW-Nutzung, wenn die Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz – also dem von Bahn und Bus – stimmt. Das ist aktuell mit einem Zeitaufwand von drei bis vier Stunden und oft mehrfachen Umstiegen zwischen Bahn und Bus für Verbindungen nach Berlin aus Teilen der Uckermark absolut nicht gegeben, und läßt den öffentlichen Verkehr damit kaum als Alternative zum motorisierten Individualverkehr erscheinen.

Ein Wiederaufbau der Strecke Templin-Prenzlau, ergänzt durch Ausbau und dauerhafte Wiederinbetriebnahme der Strecken Tem-



Foto: MATTHIAS KOCH

plin-Fürstenberg und Templin-Britz (-Eberswalde), könnte die Erschließung eines großen Teils der Uckermark per schneller Schiene ermöglichen. Ergänzt durch ein mit diesem »Schienen-Rückgrat« optimal verknüpftes Busnetz würde das Angebot im öffentlichen Verkehr der Uckermark insgesamt eine erhebliche Beschleunigung und Attraktivitätssteigerung erfahren. Städte wie Templin und Prenzlau könnten zu Drehscheiben umweltschonender Mobilität in der Region werden.

Die stetig steigende touristische Nachfrage, die einen wesentlichen Standortfaktor für die strukturschwache Uckermark darstellt, und die auch durch eine Zunahme des Fahrradverkehrs gekennzeichnet ist, könnte verstärkt den Umweltverbund von Bahn und Fahrrad nutzen. Ausflügler, etwa aus dem Berliner Raum, die gern ihr Fahrrad mitnehmen möchten, könnten mit ihren Rädern per Zug künftig wesentlich schneller, bequemer und vor allem auch näher als bisher an ihre Zielorte, etwa im Raum Uckermärkische Seen oder im Boitzenburger Land, gelangen.

Es genügt aber nicht, bei einer gesamthaften Betrachtung von Vorteilen eines Wiederaufbaues der Strecke Templin-Prenzlau den Blick vorwiegend nur gen Norden zu richten. Bisherige Erfahrungen zeigen, daß die Eisenbahn im Land Brandenburg vor allem von der Einrichtung schneller und aus der Region bis direkt ins Herz der Hauptstadt führenden Radialverbindungen profitiert hat. Eine solche – bisher noch fehlende – weitere Radiale könnte mit einem Ausbau der Verbindung von Templin via Löwenberg-Oranienburg auf direktem Wege nach Berlin durch den Wiederaufbau der Nordbahn (Fernbahn) im Abschnitt Berlin-Wilhelmsruh – Birkenwerder entstehen.

Bisher benötigen Reisende per Bahn von Templin nach Berlin-Ostkreuz und weiter per S-Bahn bis ins Zentrum von Berlin insgesamt circa 2 Stunden Reisezeit, was bei einer Luftlinienentfernung von etwa 80 km wenig attraktiv ist. Mittels einer Beschleunigung des Abschnittes Templin-Löwenberg durch Ausbau auf 100 km/h sowie mit dem Wiederaufbau der Fernbahn zwischen Wilhelmsruh und Birkenwerder könnten Reisezüge von Templin künftig bereits in etwa einer Stunde den Bahnhof Berlin-Gesundbrunnen erreichen. Bei einer Ausrüstung der Fahrzeuge mit elektrischem Antrieb (z.B. bei »Batteriezügen«) oder gar Elektrifizierung der Strecke sowie bei vorhandenen Infrastrukturkapazitäten im Knoten Berlin

könnten die von Prenzlau über Templin verkehrenden Züge in den Berliner Nord-Süd-Tunnel fahren, um die dortigen Bahnhöfe nach weiteren wenigen Minuten Fahrt zu erreichen. Ferner ließe sich der teils dicht besiedelte und industrialisierte Nordraum Berlins mit den Stadtteilen Waidmannslust, Wilhelmsruh und Reinickendorf auf direktem Wege per Schiene mit der Uckermark verknüpfen.

Mit dem südlichen Streckenast via Löwenberg-Oranienburg und einem wieder hinzukommenden nördlichen zwischen Templin und Prenzlau wären große Teile der Uckermark in Nord-Süd-Richtung besser und wesentlich schneller als bisher an die Metropole angebunden, was für die Region, insbesondere aus Sicht ihrer strukturellen Entwicklung, nur von Vorteil sein kann.

Dies alles müßte keine Zukunftsmusik bleiben. Insbesondere dann nicht, wenn auf politischer Ebene Schlagworte wie Stärkung der Regionen, Maßnahmen gegen den Klimawandel oder Umsetzung der Verkehrswende nicht nur leere Worthülsen bleiben, sondern auch mit Leben gefüllt und in konkretes Handeln umgesetzt werden. Dazu müßten die zuständigen Verwaltungsebenen aber auch die Diskussion mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern suchen und deren vorgebrachte Anliegen und Argumente ernst nehmen, anstatt jene zu übergehen oder gar zu ignorieren.

Als allererste und wesentliche Voraussetzung einer Perspektive für die Eisenbahn zwischen Templin-Prenzlau muß aber unbedingt sichergestellt werden, daß es zu keinem Abriß und zu keiner Überbauung von Bauten der früheren Bahntrasse Templin-Prenzlau im Bereich Fährkrug kommt. Es gibt für die Eisenbahn in dem dortigen seenreichen und ökologisch sensiblen Gebiet räumlich gesehen keine andere Trassierungsvariante – sie muß zwingend gemeinsam mit dem Straßenbauvorhaben der B 109 am Fährkrug berücksichtigt werden, planerisch wie baulich. Alle für diese Maßnahme Verantwortlichen und darüber hinaus auch tätigen Verkehrspolitiker, sei es nun auf kommunaler oder Landesebene, sollten das sehr eingehend bedenken und sich für eine zukunftsweisende Lösung unter Berücksichtigung der Eisenbahn einsetzen, bevor es zu einer niemals wieder gut zu machenden Fehlentscheidung kommt, die weder volkswirtschaftlich noch verkehrlich-strukturell und schon gar nicht ökologisch vertretbar wäre.

MATTHIAS KOCH und KLAUS HILPERT

## Ganzheitliche Ernährung (14)

Gerade in der Winterzeit brauchen wir ein gutes Immunsystem zum Schutz vor Bakterien und Viren. Wir haben vor allem in den letzten beiden Jahren gelernt, wie wichtig es ist, sich regelmäßig und gründlich die Hände zu waschen. Auch unser Lebensstil ist wichtig, um unser Immunsystem gesund zu erhalten.

So sollten Sie immer daran denken, genügend zu schlafen. Und denken Sie an Ihren Umgang mit dem Streß. Ebenso hilft uns eine zuversichtliche Denkweise.

Unser Immunsystem ist ein sehr komplexes Netzwerk von unterschiedlichen Organen, der größte Teil des Immunsystems (ca. 70 bis 80%) ist nach heutigen Erkenntnissen im Darm lokalisiert. Das Immunsystem schützt uns vor Angriffen von Schad- und Giftstoffen, ebenso vor Viren, Bakterien, Pilzen und Parasiten. Wir nehmen diese feindlichen Moleküle über unsere Haut und unsere Schleimhäute der Augen und den Magen-Darm-Trakt ins Blut und damit in alle Organe auf. Wenn unser körpereigenes Abwehrsystem gesund und stark genug ist, kann es die Flut der Angreifer erfolgreich eindämmen. Unser Immunsystem ist rund die Uhr im ganzen Organismus aktiv.

Jeder Mensch bringt bereits bei seiner Geburt das sogenannte *angeborene Immunsystem* mit. Dies stellt die erste Verteidigungslinie dar. Hierbei handelt es sich um einen äußeren Schutzwall aus Haut und Schleimhäuten, der Erreger allgemein abwehrt.

Darüber hinaus verfügt jeder Mensch über das sogenannte *erworbene und erlernte Abwehrsystem*. Dieses lernfähige System bildet sich im Laufe des Lebens aus. Hierbei werden Antikörper gebildet, um gezielt Krankheitserreger attackieren zu können, mit denen der menschliche Organismus bereits früher Kontakt hatte. Die Medizin macht sich dies zunutze, indem sie das Abwehrsystem mittels Impfungen dazu anregt, sogenannte *Merkzellen* zu bilden.

In aller Regel ist unser Immunsystem bei gesunden Menschen erfolgreich. Wir bekommen meist nichts von diesen »Kämpfen« mit. Im Normalfall klappt alles Bestens, wir fühlen uns nicht einmal krank. Die Haut ist nach außen über einen Säureschutzmantel gesichert und die Flimmerhärchen in unserer Nase halten die Atemwege frei und sauber. Der Tränenfilm in unseren Augen spült Keime, die eindringen möchten, einfach aus. Auch das uns vielleicht eher unangenehme Husten und Niesen dient der Abwehr von Krankheitserregern. Und unser Magensaft ist so sauer, daß viele Erreger hier abgetötet werden.

Aber auch mit unserer Ernährungsweise können wir viel dazu beitragen, um in guten wie in schlechten Zeiten gesund zu bleiben. Welche Lebensmittel günstig für ein gesundes Immunsystem sind, erfahren Sie im nächsten Teil der Serie.

FALK HINNEBERG,

Fragen an: [willkommen@hinneberg.info](mailto:willkommen@hinneberg.info)

## Ein guter Tag für Adler

Auffällig oft werden seit 2013, von Menschenhand verursacht, mutwillig die Horste von Greifvögeln in der Nähe von uckermärkischen Windanlagengebieten zerstört. Die Fraktion BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg beantragte deshalb eine Verbesserung der Schutzmaßnahmen für Horste bedrohter Greifvogelarten in der Nähe von geplanten und vorhandenen Windeignungsgebieten. Einen entsprechenden Änderungsantrag zum Haushalt 2022 hat nun die Koalition übernommen und die Landesregierung erklärte im November im Umweltausschuß, daß sie die Forderung von BVB/Freie Wähler umsetzen werde.

Mit mehr als 190 Paaren leben in Brandenburg knapp ein Drittel der Seeadler Deutschlands. Zudem fühlen sich rund 20 Prozent der deutschen Schreiadler und sogar mehr als die Hälfte des deutschen Fischadlerbestandes bei uns heimisch. Doch offenbar ist nicht jeder erfreut über die Anwesenheit der »Könige der Lüfte«. Seit acht Jahren steigt die Zahl der dokumentierten Fälle von Horstzerstörungen besonders in der Uckermark kontinuierlich an. Auffällig oft erfolgt der Großteil der zerstörten Nistplätze im direkten Umfeld und im zeitlichen Zusammenhang mit ausgewiesenen und geplanten Windeignungsgebieten. So sind Anträge für den Neubau von Windkraftanlagen im Umkreis von drei Kilometern um die Horste bedrohter Greifvogelarten wie See-, Fisch- und Schreiadler nicht genehmigungsfähig. Ein Zusammenhang ist denk- und erkennbar. Uns liegt der Schutz dieser Tiere besonders am Herzen. Darum wurde die Landesregierung bereits im Frühjahr 2021 von uns aufgefordert, Nistplätze der drei Adlerarten auch gesetzlich besser zu schützen.

Mit unserem Haushaltsantrag auf eine »Rund-um-die-Uhr-Videoüberwachung« der Horste von Fisch-, See- und Schreiadler in bzw. in unmittelbarer Umgebung von Windeignungsgebieten konnten wir nun einen erheblichen Erfolg für die nachhaltige Bewahrung der Adlerbestände verzeichnen. In Zukunft werden 150 Überwachungskameras für die Sicherheit der Tiere und ihres Nachwuchses sorgen. Ein erster Schritt in eine gesicherte Zukunft für Brandenburgs große Greifvögel.

CHRISTINE WERNICKE

## Keine vermüllten Altkleidersammelstellen mehr

Kündigung der Sammelfirma durch Stadtverwaltung Eberswalde ist inzwischen erfolgt

**Eberswalde (bbp).** In den vergangenen Monaten gab es wiederholt Kritik, weil an einigen Standorten von Altkleidercontainern deren Inhalte regelmäßig verstreut herumlagen. Im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt informierte die Leiterin des Bauhofs KATRIN HEIDENFELDER jüngst über den aktuellen Stand. Gemeinsam mit verschiedenen Unternehmen bewirtschaftet die Stadt Eberswalde 52 Standorte. Auf öffentlichen Stellflächen werden von drei Firmen Altkleidercontainer

Aktionstag Totholzheckenbau am 12. Februar 2022:

## Ein Schnitt zurück, zwei Schritte vor!

Initiative »Ahrensfelde summt!« pflegt Weidenbiotop



Foto: Steinde Stollger

Der REGIONALPARK BARNIMER FELDMARK E.V. ist ein Verein, der sich für die nachhaltige Entwicklung des nordöstlichen Berliner Stadt-Umland-Bereiches in Kooperation mit Kommunen, Bezirken und Landkreisen einsetzt. Zu diesem Zweck werden durch den Verein Projekte und Veranstaltungen zur Gestaltung der Kulturlandschaft sowie zur Förderung der Naherholung initiiert und durchgeführt, wie die Initiative »Ahrensfelde summt!«. Mitglieder des Vereins sind unter anderem die Berliner Bezirke Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf, zahlreiche Brandenburger Kommunen sowie Landwirte, Naturschützer und Touristiker aus der Barnimer Feldmark. Das Foto zeigt Kopfweiden bei Altlandsberg.

Die Initiative »Ahrensfelde summt!« lädt zum öffentlichen Naturschutzeinsatz auf das Sportplatzgelände in Blumberg ein. Am 12. Februar 2022 wird bei einer gemeinsamen Aktion der Initiativen-Mitglieder aus Holzschnitt ein neues Biotop für Insekten, Nagetiere, Reptilien und Vögel in Form einer Totholzhecke gebaut.

Dazu setzen die Teilnehmenden Holzpfosten der Reihe nach in den Boden und schichten dazwischen Astwerk auf. Das benötigte Holz stammt vom Rückschnitt eines ebenfalls auf dem Gelände wachsenden Weiden-Biotops. Die Weiden werden künftig durch den Regionalpark Barnimer Feldmark e.V., die Ballspielvereinigung Blumberg e.V. und die Gemeinde Ahrensfelde zu Kopfweiden entwickelt.

TORSTEN JERAN, Vorsitzender des Regionalparkvereins, sieht in der Aktion gleich einen doppelt positiven Beitrag für die Region. »Einerseits wird mit dem Rückschnitt der Weiden ein Grundstein für die Entwicklung von weiteren, in

unserer Region kulturlandschaftlich prägenden und naturschutzfachlich wertvollen Kopfweiden gelegt. Andererseits wird durch die direkte Nutzung des Schnittguts zum Bau einer Totholzhecke eine zusätzlich bereichernde Struktur für die Biodiversität in der Barnimer Feldmark geschaffen. Mit dem Rückschnitt und der Bau-Aktion der Initiative AHRENSFELDE SUMMT! gehen wir also gleich zwei Schritte in die richtige Richtung!«, so Torsten Jeran. »Damit uns das gelingt, benötigen wir möglichst viele Unterstützende, die mit anpacken. Kommen Sie vorbei und helfen Sie mit!«

SUSANNE ERBE, Mitarbeiterin der Gemeinde Ahrensfelde, freut sich bereits auf den Aktionstag: »Einen Erdbohrer zum Setzen der Pfähle wird die Gemeinde zur Verfügung stellen. Die Sägearbeiten werden durch einen Dienstleister erfolgen. Auch der Landschaftspflegeverband Barnim e.V., die Agentur Ehrenamt Bernau und Ahrensfelde und der örtliche Sportverein haben ihre Unterstützung zugesagt. Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde und darüber hinaus hier wieder etwas für die Natur und nicht zuletzt für unsere Bienen zu tun. Ganz im Sinne unserer Initiative!« Teilnehmende brauchen lediglich festes, möglichst wasserdichtes Schuhwerk und Arbeitshandschuhe. Los geht es am 12. Februar 2022 um 10 Uhr. Treffpunkt und Einsatzort ist der Zaun des Sportplatzes, in Verlängerung der Straße »Hönower Spitze« in Blumberg, Gemeinde Ahrensfelde. Weitere Informationen zur Initiative »Ahrensfelde summt!«, künftigen Aktionen und Mitmachangeboten sind unter AHRENSFELDE.DEUTSCHLAND-SUMMT.DE zu finden.

DAVID SUMSER

## Schwimmbadkapazitäten im Süd-Barnim

**Panketal (bbp).** Die Panketaler Gemeindevertretung hat bereits im September mehrheitlich die Berücksichtigung von Panketal und umliegender Kommunen bei der Erweiterung von Schwimmbadkapazitäten gefordert. Bürgermeister MAXIMILIAN WONKE soll sich aktiv dafür einsetzen, hieß es in dem gemeinsamen Antrag von BVB/Freie Wähler, CDU, GUL und der fraktionslosen Gemeindevertreterin Sigrun Pilz. Eine besondere Rolle spiele dabei Bernau als das Mittelzentrum im südlichen Barnim. Für eine zukunftsorientierte Planung sollen nun bei neuen Gesprächen nicht nur die notwendigen Kapazitäten für Panketal, sondern auch die für Ahrensfelde, Wandlitz und Werneuchen miteinbezogen werden.

Wunsch der Panketaler Gemeindevertretung ist es, daß der Bernauer Bürgermeister seine Amtskollegen der genannten Kommunen sowie den Landrat des Landkreises Barnim zu einer gemeinsamen Beratung einlädt. Dabei sollen folgende Punkte thematisiert werden:

1. Ermittlung der kurz-, mittel- und langfristigen notwendigen Schwimmbadkapazitäten zur Sicherstellung von kommunalen Aufgaben sowie Bereitstellung von Angeboten für ein ausgleichendes und qualitativ hochwertiges Lebensumfeld
2. Erörterung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie der gemeinsamen finanziellen Ressourcen zur Errichtung eines Sport- und Erlebnisbades
3. Einbeziehen der Bürgerschaft bzgl. der Ausgestaltung eines Sport- und Erlebnisbades.

Hintergrund sind Pläne zum Bau eines Schwimmbades im Bernauer Sportforum durch einen privaten Investor. Das Thema stand im November auf der Tagesordnung der Bernauer Stadtverordnetenversammlung.

Aus Panketaler Sicht müsse sichergestellt werden, daß die geplanten Kapazitäten dem Bedarf gerade in Bezug auf die Absicherung des

Kita- und Schulschwimmens sowie des Vereinssportes gerecht werden.

Die Gemeindevertreterin CHRISTIN ENKELMANN (CDU) sagte dazu: »Die kurzfristige Umsetzung des Vorhabens wird aus unserer Sicht befürwortet – Änderungen der Planung für mehr Nichtschwimmerkapazität und Vereinstauglichkeit wären allerdings notwendig. Auch hier muß der Bürgermeister sich einbringen und Panketaler Bedarfe sowie Unterstützungsangebote klar formulieren. Auf Nachfrage versicherte Maximilian Wonke, daß regelmäßig Gespräche zwischen ihm und André Stahl (Bürgermeister der Stadt Bernau – bbp) stattfinden – das ist aus unserer Sicht ein guter Anfang, auf den nun dringend aufgesattelt werden muß. Um Investitionen in Schwimmangebote voranzutreiben, fordern wir eine bessere Vorbereitung der Panketaler Verwaltung, damit verbindliche Vereinbarungen mit Investoren kurzfristig erzielt werden können.«

Sollte der wachsende Bedarf der Region durch das aktuelle Vorhaben nicht ausreichend gedeckt werden können, müßten weitere Möglichkeiten und Flächen für Schwimmschule und Schwimmsport gefunden werden. Der Beschluß stelle klar, daß die Abdeckung des gesamten Bedarfs die Zielstellung der Panketaler und Bernauer Bürgermeister sein sollte.

»Wir erachten eine Vertagung der Vorlage in der kommenden Bernauer Stadtverordnetenversammlung für sinnvoll«, ergänzte CLEMENS HERRMANN, dessen Fraktion BVB/Freie Wähler die Beschlußvorlage initiiert hatte, »um einen Schnellschub zu zulasten Bernaus Nachbarkommunen zu verhindern und um den nötigen Gesprächen nicht zuvorkommen. Wir streben eine langfristige Lösung für die Region an. Die Bürger bzw. die Bernauer Bürgerinitiative sind zwingend in die Entscheidung einzubeziehen.« Daher gelte es, bei diesem wichtigen Thema interkommunal zusammenzuarbeiten und zum Wohle der Bürger eine optimale Lösung zu finden.

## »Zunehmende Spannungen«

**Eberswalde (bbp).** In der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember beklagte die Erste Beigeordnete Anne Fellner zunehmende Spannungen in der Stadt. Erschrocken sei sie über Zeichen von Gewalt und Zerstörungswut. Sie verwies dabei auf den Diebstahl der Adventsbeleuchtung der Johanniskirche sowie von Lichersternen der Linde auf dem Marktplatz. Auch der Angriff auf Schaufensterscheiben und Eingangstür des Grünen-Büros in der Friedrich-Ebert-Straße nannte sie in diesem Zusammenhang. »Das geht gar nicht«, erklärte das Interims-Stadtoberhaupt.

Ob zwischen diesen Vorfällen ein Zusammenhang besteht, muß die Kriminalpolizei klären. Die Beigeordnete vermutet als Ursache für die Delikte die zunehmenden Einschränkungen von Grundfreiheiten im Zuge der andauernden Pandemie. Viele Menschen seien angesichts der Belastungen im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen müde und zermürbt. Die friedlichen Demonstrationen und Kundgebungen vom Vortag, als rund 1000 Menschen gegen die Grundrechtseinschränkung demonstrierten und sich zugleich etwa 50 Gegendemonstranten am Marktplatz zusammenfanden, blieben indes unerwähnt.

Der **Tausch-, Leih- und Schenkladen** hat an seinem neuen Standort im Rofinpark dienstags und freitags jeweils von 16 bis 19 Uhr geöffnet. Coppistr. 3 im Rofinpark, weißes Haus Nr. 14, 30 m hinter der Einfahrt, linke Seite, linke Tür vom Eingang.

Kommt vorbei laßt euch beschenken, holt Sachen und bringt Sachen...!

Wir freuen uns sehr, wenn weitere Leute mitmachen und uns dabei helfen, unseren Laden auch an weiteren Wochentagen offen halten zu können.

Bitte meldet euch per Email [creativtausch@web.de](mailto:creativtausch@web.de) oder kommt einfach bei uns im Laden vorbei und sprecht uns an.

Euer Tauschladenteam

## Betrugsvorwürfe gegen Boginski

**Eberswalde (bbp).** Fast schien es, der Eberswalder Bürgermeisterzyklus\* würde diesmal ohne Skandal oder gar strafrechtliche Vorwürfe funktionieren. Doch nun machten uns mehrere Leser auf Berichte des RBB-Fernsehens aufmerksam, nach denen es Betrugsvorwürfe gegen den ehemaligen Eberswalder Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI gibt.

Unter der Überschrift »Wahlkampf auf Steuerzahlerkosten?« wird Boginski vorgeworfen, in seiner Arbeitszeit als Wahlhauptbeamter der Stadt Eberswalde Wahlkampf für die FDP im Sommer geführt zu haben und das sogar mit Unterstützung seiner städtischen Sekretärin. Ihr habe er dafür das Abbummeln von Überstunden genehmigt, erklärte Boginski gegenüber dem RBB. Nachfragen im Eberswalder Rathaus ergaben jedoch, daß die Frau in dem betreffenden Zeitraum laut Arbeitszeiterfassungs-

system (Stechuhr) gar keine Zeitguthaben abgebaut habe.

Ein Verfassungsrechtler erklärte dazu, wenn sich die Vorwürfe bewahrheiten sollten, sei das kein Kavaliärsdelikt und der Staatsanwalt müßte einschreiten. Dazu müßte der Bundestag die Immunität von Friedhelm Boginski aufheben. Ob es dazu kommt, sei fraglich. Meist komme es aufgrund des öffentlichen Drucks zum freiwilligen Mandatsverzicht.

MdB Boginski erhielt das Bundestagsmandat dank seines zweiten Platzes auf der Liste der FDP im Land Brandenburg. Welche Folgen die Betrugsvorwürfe für das Landesergebnis der FDP haben könnten, ist bislang unklar. Zunächst bleibt abzuwarten, was die strafrechtlichen Ermittlungen gegen den Beschuldigten in dieser Sache ergeben. Eberswalder Stadtverordnete hatten den Bürgermeister schon früh-

zeitig gewarnt und vom ihm gefordert, sein Amt während des Wahlkampfes ruhen zu lassen. Doch dies hielt Friedhelm Boginski nicht für nötig, er könne das trennen, war seine Reaktion. Doch seine Wähler konnten das nicht trennen, meinte zumindest der Vorsitzende der Stadtfraktion und Landtagsabgeordneter der Linken SEBASTIAN WALTER gegenüber dem RBB mit einem bübischen Grinsen im Antlitz.

\* Unter dem »Eberswalder Bürgermeisterzyklus« verstehen wir die empirische Regel, wonach der von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Bürgermeister nach seiner ersten Wahlperiode mittels triumphalem Wahlsieg wieder ins Rathaus einzieht, seine zweite Wahlperiode jedoch vorzeitig beendet. Nach Dr. Hans Mai und Reinhard Schulz, die jeweils von den Bürgerinnen und Bürgern innerhalb der zweiten Wahlperiode abgewählt wurden, beendete auch Friedhelm Boginski seine Zeit als Eberswalder Rathauschef vorzeitig, womit er den »Eberswalder Bürgermeisterzyklus« fortsetzte.

## Amadeu-Gedenken 2021

Die Barnimer Kampagne Light Me Amadeu hat auch in diesem Jahr wieder zum Gedenken an die Ermordung von Amadeu Antonio aufgerufen. Er wurde am 25.11.1990 brutal von mehreren Tätern zusammengeschlagen und erlag am 06.12.1990 seinen Verletzungen. Die Täter kamen auf Grund ihres jugendlichen Alters zum großen Teil mit milden Strafen davon.

Die Erinnerung an diejenigen die, wie Amadeu Antonio in Eberswalde, auf tragische Weise, von rassistisch motivierten Gewalttätern unmittelbar nach dem Beitritt der DDR zur BRD aus dem Leben gerissen wurden, ist in der Nachbetrachtung zur »Deutschen Einheit« nicht mehr wegzudenken.



Foto: JÜRGEN GRAMZOW

»Wir sind hier, Bruder Amadeu, um dir zu sagen, daß wir dich nicht vergessen werden.« heißt es in einem von Familienangehörigen, Freunden und Unterstützern verfaßten Gedicht.

Angesichts Corona ging es wie im Vorjahr darum, in der Zeit zwischen dem 25. November (Tag nach dem Angriff) und dem 6. Dezember 2021 (Tag des Todes) mit digitalen und dezentralen Gedenkaktionen Haltung zu zeigen. In diesem Zeitraum kamen viele einzeln oder in kleinen Gruppen zur Gedenktafel in der Eberswalder Straße, um Blumen, Kerzen und Botschaften niederzulegen sowie Video-Botschaften, Texte und Fotos zu streamen.

Die Botschaften sind wieder auf der digitalen Gedenkwall auf der Internetseite [www.light-me-amadeu.org](http://www.light-me-amadeu.org) zu finden.

»Die engagierten Menschen in Eberswalde werden nie müde. Sie werden dieses Jahr und immer wieder Amadeu Antonio gedenken. Weil 'wir immer um gleiche Rechte für alle kämpfen müssen', und 'weil wir uns nicht damit abfinden, daß die Saat von Ausgrenzung, wächst, daß uns Haß und Gewalt, offen oder verdeckt, täglich begegnet', heißt es im Gedicht. Damit setzt die Initiative, setzen wir zusammen ein Zeichen für Solidarität und für ein menschliches Miteinander.«

Barnimer Kampagne Light Me Amadeu

## Außen- oder Kriegsministerin?

# Baerbock setzt Prioritäten

Am 7. Dezember stand im Deutschen Bundestag die Wahl des Bundeskanzlers OLAF SCHOLZ (SPD) auf der Tagesordnung. Die Koalition von SPD, Grünen und FDP verfügt über eine komfortable Mehrheit, so daß das glatt über die Bühne ging. Im unmittelbaren Anschluß wurden die Minister seiner Regierung berufen und vereidigt. Seit dem SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder steht das Außenministerium den Bündnisgrünen zu, die ihre Spitzenkandidatin ANNALENA BAERBOCK dafür ausersehen hatten. Annalena Baerbock fügte sich den Traditionen und reiste noch am gleichen Tag nach Paris, um dort beim engsten Verbündeten und zugleich größten Konkurrenten innerhalb der Europäischen Union ihren Antrittsbesuch zu machen. Normalität also, zunächst.

Bemerkenswert und bezeichnend ist die zweite Station ihrer ersten Antrittsbesuchsreise, Brüssel. Dort traf sie sich mit dem NATO-

Generalsekretär JENS STOLTENBERG und dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik JOSEF BORELL.

Wichtige Themen sollen unter anderem die Sicherheit der östlichen EU-Mitgliedsstaaten sowie die »Sicherheitslage in der Ukraine« gewesen sein. Die dritte Station war schließlich am 10. Dezember bezeichnenderweise Warschau. Polen übernimmt, heißt es in einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes ab Beginn 2022 den Vorsitz in der OSZE, dem »zentralen Forum für Sicherheit, Stabilität und Menschenrechte in Europa – auch und gerade in Bezug auf Rußland, die Ukraine und Belarus«.

Die anderen Nachbarländer müssen noch warten. Sie sind zu unbedeutend für die Kriegsdiplomatie der neuen Außenministerin. Die Prioritäten sind gesetzt. Kampf für die Menschenrechte bei anderen, Sicherheit durch Säbelrasseln, Stabilität durch Krieg.

GERD MARKMANN

## Unterstützung für Amadeus Mutter

**Amadeu Antonio\* hätte ohne Rassismus am 12. August 2022 seinen 60. Geburtstag feiern können. Wäre er – wie beabsichtigt – in der BRD geblieben, hätte er vermutlich immer wieder seine Mutter und seine Geschwister in Angola unterstützt. Bei monatlich nur 25 Euro wären das über die Jahre etwa 10.000 Euro. Amadeu Antonios Mutter HELENA AFONSO (74) lebt bis heute in Luanda im Armenviertel Rocha Pinto, angewiesen auf die Unterstützung ihrer anderen Kinder, die selbst arm sind. Dies bei extrem hohen Lebenshaltungskosten dort.**

Wir möchten Helena Afonso ein Zeichen solidarischer Menschen aus dem Barnim senden: »Ihr Schicksal und das Ihres Erstgeborenen, Ihres geliebten Sohnes ist uns nicht gleichgültig. Wir bedauern sehr, daß Ihr Sohn hier Opfer rassistischer Gewalt wurde, so daß er Sie und Ihre Familie nicht unterstützen konnte.«

Darum bitten wir um Spenden für eine nötige Augenoperation von Helena Afonso sowie für Reparaturarbeiten an ihrem kleinen Haus in Angolas Hauptstadt Luanda. Unsere Spenden-

sammlung haben wir am 6. Dezember (Amadeu Antonios Todestag) begonnen und wir wollen sie am 21. März 2022, dem weltweiter Antirassismustag, abschließen. Überweisen Sie ihre Spende bitte auf dieses Konto bei der Sparkasse Barnim:

Kontoinhaber: Barnim für alle  
IBAN: DE 78 1705 2000 1110 0262 22  
Verwendungszweck: Helena Afonso

Spendenquittungen können wir als zivilgesellschaftliche Initiative leider nicht ausstellen.

DIETER GADISCHKE

\* **Amadeu Antonio (12.08.1962 – 06.12.1990)** starb nach einer gezielten Hetzjagd auf Schwarze in Eberswalde. Zusammen mit anderen ehemaligen Vertragsarbeitern aus Angola wollte er die Verabschiedung mosambikanischer Kollegen feiern. Dieser rassistische Mord wurde bundesweit und international durch die Brutalität der Täter und die Passivität zuschauender Polizisten bekannt. Groß war das Entsetzen über die Tat, die Begleitumstände und die milden Gerichtsurteile gegen nur wenige der Täter. Gegen Haß, Gewalt und Gleichgültigkeit stieß zivilgesellschaftliches Engagement vieler aktiver Menschen eine Reihe von Veränderungsprozessen an.

1997/98 bildete sich in Eberswalde das Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde, das damals einen Prozeß zur Veränderung des gesellschaftlichen Klimas in Gang setzte, später von neuen Initiativen ergänzt und schließlich abgelöst wurde und weitgehend aus der öffentlichen Erinnerung verschwunden ist.

Die Amadeu-Antonio-Stiftung in Berlin stärkt seit 1998 bundesweit Aktivitäten für Demokratie und Menschenrechte, gegen Nazis und Rassismus.

Die Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« engagiert sich seit 2007, Rassismus wahrzunehmen, zu thematisieren und zu überwinden, auch in seinen weniger offensichtlichen Formen. Sie organisiert u.a. die jährliche Mahn- und Gedenkveranstaltung am 6. Dezember in Eberswalde.

Die Initiative Barnim für alle engagiert sich mit Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung gegen Rassismus und Diskriminierung und für die Rechte geflüchteter Menschen im Landkreis Barnim.

Die Initiative SOS Rassismus Barnim erfaßt und dokumentiert rassistische Vorfälle und rechtsextreme Aktivitäten.

# Kampf um Europa?

**Im August endete der Zwanzigjährige Krieg der NATO gegen Afghanistan mit der schmachvollen Niederlage der größten und modernsten Kriegsmacht der Welt. Die BRD war aktiv beteiligt. Vier Monate nach der blamablen Flucht ist das Thema nahezu vollständig aus Öffentlichkeit verschwunden. Mit Akribie werden neue Kriege vorbereitet. Und der Feind steht wie so oft mal wieder im Osten. Mit dem nachfolgenden Beitrag schließen wir unsere Folge mit leider immer noch brandaktuellen Texten von vor 20 Jahren ab. Hier werden Zusammenhänge aufgezeigt zwischen dem Krieg am Hindukusch und der damals realisierten Euro-Umstellung. Auch das ist 20 Jahre her.**

In einem Monat werden wir die Deutsche Mark in Euro umtauschen. Ungestüm drängt sich die Deutsche Bundesrepublik in den Krieg um Afghanistan. Besteht da ein Zusammenhang?

Die Deutsche Mark wird am Ende des Jahres zum abgeschlossenen numismatischen Sammelgebiet. Der ganze Stolz der Bundesbürger verschwindet im Nirwana. Mit dieser an Symbolik reichen Aktion wird die europäische Währungsunion vollzogen. Eigentlich gelten feste Wechselkurse in West- und Mitteleuropa schon seit gut zwei Jahren. Bereits damals gab die Bundesrepublik die staatliche Hoheit über die eigene Währung an die europäische Zentralbank ab. Am Ende des Jahres wird dieser Schritt mit der Verwendung des neuen Geldes im Zahlungsverkehr nur noch für alle sichtbar vollzogen. Mit dem Verlust der eigenen Währung ging ein wesentlicher Teil der staatlichen Selbstbestimmung der Bundesrepublik an die europäische Union über. Wie wichtig die eigene Währung für einen Staat ist, erkennt man an der sehr schnellen, fast hektischen Verdrängung der DDR-Mark durch die Deutsche Mark oder an dem Bemühen der Balkanstaaten um ihre Währungen. Man muß kein Prophet sein, um festzustellen, daß mit der europäischen Währungsunion der Weg der Bundesrepublik in ein größeres staatliches Gebilde vorgezeichnet ist. Auf diesem Weg gibt es auch keine Möglichkeit zur Umkehr. Zumindest entstünde großer volkswirtschaftlicher Schaden.

Noch weiß kaum einer so richtig, wie die neuen Apparate, Verwaltungen und Ideologien des neuen Europa funktionieren werden. Sicher hingegen ist, daß die jetzigen Staaten ihre nationalstaatlichen Kompetenzen, wie eben die Währungshoheit, die Wirtschaftspolitik oder die Außenverteidigung verlieren werden. Aber wer wird diese Kompetenzen übernehmen?

Für die Bürger der Europäischen Union ist die Einführung des EURO und das Zusammenwachsen Europas vorerst mit mancher Erleichterung verbunden. Aus diesem Grunde mag man sich gegenwärtig auch nicht bewußt mit den Folgen des Verlustes eines Teils der staatlicher Identität befassen. Scheinbar vergessen ist, daß noch vor gar nicht langer Zeit auch die Deutschen Krieg um ihren Nationalstaat und dann um die Vorherrschaft in Europa geführt haben und die Albaner und Afghanen heute noch mit der Waffe für ihren Staat kämpfen. Es scheint so, daß dieser unabhängige Nationalstaat mit all seinen Kompetenzen

für unsere Vorfahren sehr wichtig war. Doch gegenwärtig müssen wir feststellen, daß er für uns kaum noch Bedeutung hat. Die Preisgabe der staatlichen Hoheit vollzieht sich sang- und klanglos, sozusagen in den Hinterzimmern des Reichstages. Wir geben sie ohne große Auseinandersetzung auf und freuen uns darüber, in ganz Europa das gleiche Geld zu benutzen.

Aber was kommt nach dem deutschen Nationalstaat? Europa mit den Brüsseler Bürokraten? Oder bestimmt die Volkswagen AG? Wie wird der Nationalstaat verschwinden? Streiken die überflüssigen Bürokraten um ihren Arbeitsplatz, oder machen sie Dienst nach Vorschrift? Welche Gebilde bleiben bestehen? Werden die Amtsdirektoren zu Landvögten? Mit welchen Kompetenzen werden die jeweiligen Verwaltungen ausgestattet? Wer bestimmt die Politik? Verselbständigen sich die einzelnen Verwaltungen? Wo bleibt die nationale Identität? Werden wir alle Europäer? Was bedeutet das für den einzelnen? Werden wir europäisch sprechen oder wenigstens denken und handeln? Und nicht zuletzt: **Ist Europa friedlich?**

Diese Fragen kann man nicht so einfach beantworten. Selbst der dafür zuständige Außenminister Fischer kennt sich da nicht aus und kümmert sich lieber um Afghanistan.

Es ist schon bemerkenswert, wie schnell und mit welcher Begründung zur gleichen Zeit die NATO zum erstenmal in ihrer Geschichte den Bündnisfall feststellt und Krieg in Afghanistan führt. Fast alle Mitglieder der Europäischen Union sind zugleich Mitglieder im Nordatlantikpakt. Der Nordatlantikpakt bündelt damit ganz bestimmte nationale Interessen der Europäer. Bestimmt jetzt die NATO die Außenpolitik in Europa? Oder machen das die Amerikaner für uns? Nach einer kurzen Kampagne in den Medien findet sich die Bundesrepublik an der Seite ihrer Verbündeten im Krieg gegen Afghanistan wieder. Wie am Anfang des Jahres beim Ritual um den Rinderwahnsinn sind wir jetzt vollgestopft mit Informationen. Diesmal über die Taleban, den Bin Laden und den alten König, über islamischen Fundamentalismus und die Armut der Afghanen und daß sie ihre Frauen nicht lernen lassen und wie man Musik-CDs nach Kabul bekommt.. Bald wird man sich an die Bilder von den Kampfhandlungen gewöhnt haben Und die Kriegshelden werden ausgezeichnet. Und ganz bestimmt bekommen die Afghanen auch die Freiheit und natürlich Demokratie. Sie bekommen etwas zu essen und müssen den Opiumanbau

lassen. Natürlich Coca-Cola in Hülle und Fülle oder Nestlé Kindermilchpulver und eine neue Erdölpipeline. Jedenfalls wird das so in der Zeitung stehen und im Fernsehen zu bestaunen sein. In zwanzig Jahren erscheint dann ein Buch, in dem steht, was wirklich war.

Wird das jetzt immer so werden? Irgendwer bemächtigt sich der Macht in Europa und der Medien. Dann wird ein Feind festgelegt und Krieg geführt. Und alle machen mit. Ganz Europa ist dabei. Was sagt denn eigentlich die Europäische Kommission dazu? Hat das europäische Parlament auch eine Meinung? Haben die Eurobürokraten das verlangt? Wer fragt eigentlich die Menschen in Europa?

Haben wir in Deutschland nicht sehr, sehr heidvolle Erfahrungen mit Kriegen gemacht? Haben die beiden Weltkriege den Menschen genutzt? Ich glaubte, wir Deutschen hätten unsere Lektionen gelernt. Aus gutem Grund wurde in der Vergangenheit viel getan, um die riesigen Armeen abzurüsten. Deutschland und Europa konnten über fünfzig friedliche Jahre erleben. Wir haben Verträge mit allen unseren Nachbarn. Die DDR wurde friedlich und ohne Gewalt übergeben. Wie kommt es nun, daß wir quasi über Nacht im Krieg stehen? Wollen wir jetzt alle sterben?

Ist dieser Verlust an demokratische Kompetenz mit der europäischen Einigung notwendigerweise verbunden oder sieht unsere Regierung bloß nicht durch? Ist das Solidarität, wenn man sich den Amerikanern als bedingungslose Kriegshelfer aufdrängt? Muß man die Bevölkerung nicht mehr fragen? Bestimmt die NATO die europäische Politik?

Die Menschen in Deutschland brauchen keinen Krieg. Wir haben gelernt, wie man Konflikte auf friedlichem Wege löst. Das sollte sich die Regierung und vor allem die Sozialdemokratische Partei und Bündnis 90/Die Grünen hinter die Ohren schreiben. Ihre Pflicht wäre es, den Amerikanern und Engländern diese unsere speziellen Erfahrungen nachdrücklich mitzuteilen und für Frieden zu sorgen. Mit Grips. Ohne Waffen.

In Zweifel könnten die reichen Europäer und Nordamerikaner den Taleban und der Nordallianz ihren ganzen Krempel abkaufen. Eins zwei drei aus der Portokasse. Mehr Geld braucht man für deren Plunder nicht. Oder aus Spenden. Es reichen auch die eingesparten Kriegskosten. Und wenn unsere Regierung unbedingt wissen will, wie Krieg geht, dann könnten sie mal vier Wochen auf dem Lieberoser Sander zelten fahren.

Deutschland und die Menschen brauchen keinen Krieg. Der Krieg gegen Afghanistan führt nur zu unsäglichem Leid und wird viele Menschen gegen uns aufbringen. Und genau das will ich nicht. Aber wer will das denn eigentlich? Geht es in Afghanistan nicht auch um die Selbstbestimmung von Europa? Deshalb, liebe Leute, denkt nach, was Ihr machen könnt. Wer kämpft eigentlich um Europa?

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof  
(aus: BBP 12/2001, Seite 14)

## Bedrohungen

Während die NATO nach 1990 entgegen ursprünglicher Zusagen ihr Gebiet bis an die russische Grenze ausgedehnt hat und dabei ihre Truppen »rotierend« – also dauerhaft – auch in Ländern der einstigen Sowjetunion stationiert und zugleich immer größere Kriegsmanöver in unmittelbarer Grenznähe zu Rußland abhält<sup>1</sup>, zeigen die USA und ihre Verbündeten ungeniert mit dem Finger auf Rußland, das angeblich mit der Verlegung von Truppen an die ukrainische Grenze einen Angriff auf das Nachbarland vorbereite.

Vor einiger Zeit publizierten US-Zeitungen unter Berufung auf US-Geheimdienste und als angeblichen Beweis Satellitenbilder, die solche russischen Truppenmassierungen im Raum Jelnja in Grenznähe zur Ukraine zeigen sollten. Wahrscheinlich sind die undatierten Bilder sogar echt. Seit dem Umsturz in der Ukraine und der Stationierung von US-Truppen im Baltikum und in Ostpolen, hat Rußland die Truppenpräsenz an seiner Westgrenze erhöht. Im Raum Jelnja ist seit 2015 die 144. motorisierte Schützendivision stationiert, gemeinsam mit der 3. Motschützendivision in Bogutschar gehört sie zur 20. Gardearmee in Woronesh<sup>2</sup>, die bis 1993 in Eberswalde stationiert war.

Eine russische Motschützendivision besteht aus 2 Motschützen-, 1 bis 2 Panzer-, 1 Artillerie- und 1 Flugabwehrregiment sowie diversen Unterstützungseinheiten. Voll ausgerüstet verfügt eine Division über etwa 14.000 Soldaten. Die 144. Division ist auch sechs Jahre nach ihrer Aufstellung nicht fertig aufgestellt. Die Satellitenaufnahmen könnten somit davon zeugen, daß die Auffüllungen noch nicht in Kasernen untergebracht werden können und daher in Feldlagern biwakieren.<sup>3</sup>

Von Jelnja, einer Kleinstadt im Oblast Smolensk, bis zur ukrainischen Grenze sind es rund 260 Kilometer. Zum Vergleich: Die Entfernung zur russischen Hauptstadt Moskau beträgt mit etwa 300 Kilometern nur wenig mehr.

Was im westlichen Propagandakrieg ebenfalls unerwähnt bleibt ist die Tatsache, daß die Hälfte der 250.000-Mann-Armee der Ukraine, einschließlich schwerer Waffen, in unmittelbarer Nähe zu den beiden Volksrepubliken im Donbass konzentriert wurde.

Wenn in diesem Zusammenhang in bewährter Methode »Haltet den Dieb!« gerufen wird, so bietet das zumindest für die USA und ihre Verbündeten den Vorwand, die Ukraine als östlichen Vorposten der NATO weiter aufzurüsten und die eigene Militärpräsenz an der russischen Grenze weiter auszubauen.

GERD MARKMANN

1 – Allein im Frühjahr 2021 boten die NATO im Rahmen von »Defender Europe 21« rund 28.000 Soldaten aus 26 Staaten auf, um den Krieg gegen Rußland zu üben.

2 – Wolfgang Richter: Moskau zieht zusätzliche Truppen nahe der Ukraine und auf der Krim wieder ab, SWP-Aktuell 2021/A 39, 11.05.2021

3 – Reinhard Lauterbach: Wer will was?, in: Junge Welt v. 26.11.2021

Eine Initiative der Bürgerstiftung Barnim Uckermark:

## »Spuren jüdischen Lebens in Eberswalde«

**Eberswalde (bbp).** Am 9. November jährte sich die Pogromnacht zum 83. Mal. Aus diesem Anlaß gab KATHARINA WALTER eine Stolpersteinführung, um an das Schicksal der jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt zu erinnern. Am gleichen Tag stellte im Rahmen der Gedenkveranstaltung am Synagogendenkmal die Initiative der Bürgerstiftung Barnim Uckermark »Spuren jüdischen Lebens in Eberswalde« die Familie Steinhardt vor.

Erst vor wenigen Monaten hatten ELLEN GRÜNWARD und ihre Mitstreiter im Archiv des »United States Holocaust Memorial Museum« einen Film entdeckt, der die Ankunft brandenburgischer Juden im Warschauer Ghetto zeigt.



FOTO: ELLEN GRÜNWARD

Im Beisein von Schülern der Montessorischule wurden am 10. November an der Eisenbahnstraße 36 drei neue Stolpersteine für die überlebenden Kinder von Erna und Siegmund Steinhardt verlegt. Ein weiterer Stolperstein erinnert künftig in der Rudolf-Virchow-Straße 1 (hinter der Kita »Kinderland«) an das Euthanasieopfer Walter Hanisch.

## Bürgerbudget in Brüssel

**Eberswalde/Brüssel (prest-ew).** Am 1. Dezember 2021 fand sich die Stadt Eberswalde auf der großen europäischen Bühne wieder. Im Rahmen der »Innovation in Politics Awards« war das Bürgerbudget der Stadt einer von zehn Beiträgen, die in das Finale an diesem Tage gewählt worden waren. In der Kategorie »Demokratie« konkurrierte das Eberswalder Teilnahmegesuch mit Beiträgen aus ganz Europa. Am Ende gewann das Projekt »SHE – See Her Elected« aus Irland, welches mehr Frauen für die irische Politik gewinnen möchte. Alle Finalbeiträge sind unter <https://innovationinpolitics.eu/awards/awards-2021-finalists/> zu finden.

»Es freut uns natürlich sehr, daß unser Eberswalder Bürgerbudget nicht nur stadtweltweit große Aufmerksamkeit erregt, sondern auch von einer Jury aus 1.032 Europäerinnen und Europäern unter die zehn besten Beiträge gewählt wurde«, so Verwaltungsdezernent Maik Berendt. »Ein großer Dank dafür geht an alle, die sich bei dieser Form gelebter Demokratie aktiv einbringen und das Format seit 10 Jahren zum Erfolg machen.«

Unter den Menschen befanden sich auch Erna Steinhardt und ihre 5jährige Tochter Margot. Sie wurden von ihren Verwandten in Israel zweifelsfrei identifiziert. Dieser Film wurde auf der Gedenkveranstaltung gezeigt und bewegte die Teilnehmer sehr.

Das war auch der Beigeordneten und amtierenden Bürgermeisterin Anne Fellner anzumerken, als sie in der Stadtverordnetenversammlung am 23. November davon berichtete: »Mit den Bildern, Worten und dem Film ist das historische Geschehen aus der Abstraktheit der Zahlen in die Konkretheit des persönlichen Schicksals gekommen«, sagte Anne Fellner. »Das Bild des kleinen Mädchens an der Hand seiner Mutter, das Kuschteltier an sich gedrückt, das in die Deportation und in den sicheren Tod geht, hat mich zutiefst betroffen gemacht und hat sich mir eingebrannt. Solche Bilder brauchen wir, um wachsam für eine tolerante, weltoffene Stadt einzustehen und dieses Gut zu vertreten und zu verteidigen.«

Am 10. November wurden dann in Anwesenheit des Künstlers GUNTER DEMNIG drei Stolpersteine für die überlebenden Kinder von Erna und Siegmund Steinhardt verlegt. Die Schülerinnen und Schüler der Freien Montessorischule Barnim hatten in einem Projekt zum Schicksal der Familie geforscht und die Ergebnisse vorgetragen.

Am 14. November führte Ellen Grünwald über die beiden jüdischen Friedhöfe der Stadt. In mehreren Aktionen, unter anderem zum Freiwilligentag, konnten auf dem Alten Jüdischen Friedhof in Nordend Wildwuchs beseitigt und Wege angelegt werden. Im kommenden Frühling soll in weiteren Aktionen diese Arbeit abgeschlossen werden.

»Betroffen haben wir vom Tod Martin Appels erfahren«, heißt es im Dezember-Newsletter der Bürgerstiftung. Martin war Gründungsmitglied unserer Initiative und hat unsere Arbeit mit großem Engagement unterstützt. Bereits zu DDR Zeiten setzte er sich für den Erhalt des Alten Jüdischen Friedhofs ein. Dank seiner Erfahrung und Mithilfe hat er einen wichtigen Teil dazu beigetragen, das ehemalige jüdische Leben in Eberswalde sichtbar und erfahrbarer zu machen.

Letzte Meldung:

## »Wohltäter« Franco A.

Unter der Überschrift »Wer hat's bezahlt?« berichtet die Süddeutsche Zeitung vom 9.12.2021 über die Namen auf der Spendenliste für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses. Unter den Spendern für den einstigen Hohenzollern-Sitz finden sich viele alte und neue Nazis, viele getarnt durch Fördervereine. Auf der Spendenliste steht auch der »Preußenabend München« zu dessen Mitgliedern der Oberleutnant der Bundeswehr Franco A. zählt. (hl)

# Den Dingen auf den Grund gehen!

Schweyk zum Prozeß gegen Franco A., den suspendierten Oberleutnant, vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main

**Schweyk stiert im Einstein in seine Kaffeetasse, rührt scheinbar abwesend mit dem Löffel im Kaffeesatz und murmelt vor sich hin: »Den Dingen auf den Grund gehen? Ja, den Dingen auf den Grund gehen. Aber wie...« Da reißt ihn die TAZlerin aus seiner Grübelelei, indem sie ihn überschwänglich begrüßt:**

*Das ist ja schön, daß ich Sie hier treff, Herr Schweyk! Ich sitz nämlich grad an einer Recherche über den Prozeß gegen den Franco A. und sammle Berichte von Prozeßzeugen. Was sind denn Ihre Eindrücke von dem Mann, Sie haben ihn ja erlebt, in den ersten sechs Tagen des Prozesses!*

Wissens, über den Franco A. möchte ich eigentlich nicht reden. Der Mann hat immerhin Abitur und eine exzellente Offiziersausbildung an der Militäarakademie Saint-Cyr, das ist eine Eliteinstitution, da nehmen sie nicht jeden Trottel. Er ist ein Leutnant, sogar ein Ober- und ich habe in meiner aktiven Zeit bei der k.u.k. Armee gelernt, daß man als einfacher Soldat besser nicht über seine Vorgesetzten und höhere Offiziere allgemein spricht. Das gehört sich für die unteren Dienstgrade einfach nicht. Da hat es der Richter Koller vom Oberlandesgericht Frankfurt, in dem Prozeß, den Sie hier ansprechen, schon leichter. Er ist immerhin Reserveoffizier, hör ich, und kennt sich aus im Militär. Das kann nicht schaden in diesem Verfahren.

*Ich hab ja gehört, der Franco A. soll recht sprachig sein, aber doch nichts Greifbares aussagen. Das versteh ich nicht. Normalerweise schweigen die Angeklagten. Das ist ihr gutes Recht. Der Franco A. aber redet unentwegt? Stimmt das?*

Sie wundern sich? Wenn es um weltanschauliche Fragen geht und um die große Politik, da hat der Franco A ein großes Mitteilungsbedürfnis, denn da kennt er sich aus, das hat er in seiner Masterarbeit ausgiebig beackert, das Feld der Verschwörungstheorien, da hat er ein unglaubliches Wissen angesammelt, so daß Ihnen der Kopf schwirrt, wenn er da mal loslegt und aus dem Nähkästchen plaudert, wie zum Auftakt des Prozesses. Der weiß Sachen, die sind unglaublich. Der geht den Dingen rücksichtslos auf den Grund, der stellt Ihnen luzide Zusammenhänge her, da wären Sie nie im Leben draufgekommen, daß das möglich wär'. Da kommen Sie aus'm Staunen nicht mehr raus, wenn Sie ihm zuhören.

Und auf diesem Gebiet ist er auch heute noch wissenshungrig und möchte den Dingen weiter auf den Grund gehen. Man muß schon sagen, es ist erstaunlich, wie der Mann immer noch an seiner politischen Bildung arbeitet, selbst nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft, ja vielleicht gerade deshalb. Der will sich z.B. durch einen Bundestagsbesuch politisch weiterbilden, in Sachen Parlamentarismus. Das ist schon einmalig. Aber daß er, der ja unbescholten ist, noch gilt die Unschuldsvermutung, von der Bundespolizei vom Bun-

destag ferngehalten wird, ist doch bedenklich. Ist das Demokratie? So sollte man mit einem Beschuldigten, selbst wenn der Verdacht der Planung eines staatsgefährdenden Verbrechens im Raum steht, nicht umgehen. Noch ist ja nichts bewiesen. Man sollte den Sachen auf den Grund gehen. Leben wir in einem Rechtsstaat oder nicht? Die Frage drängt sich ihm da auf, unabweisbar.

Warum sollte darüber nicht auch ein Gespräch mit dem Richter und der Bundesanwaltschaft hilfreich sein? Solche einflußreichen und klugen Leute trifft man ja nicht alle Tage. Also konfrontiert er sie mit seinen Fragen und legt so manche seiner Ansichten dar, um zu prüfen, ob sie nicht doch auch in besseren Kreisen auf Zustimmung stoßen. Hat die Frau Merkel nun 2015, als sie die vielen Flüchtlinge ins Land ließ, ihren Amtseid gebrochen oder nicht? Man muß dem ja nicht zustimmen, aber man darf doch mal die Frage stellen? Warum nicht auch im Strafprozeß?

Ach so, Sie glauben, da haben nur der Richter und die Anklage das Fragerecht? Das wär' nicht fair. Und das Verfahren muß fair sein, sonst kann das Urteil, egal wie es ausfällt, seine Frieden stiftende Funktion nicht erfüllen. Also bitte, lassens den Mann ausreden, fallens ihm nicht ins Wort, auch wenns ein bißl anstrengend ist und neben der Sach liegt, um die es geht. Ich fands ganz unterhaltsam, was ich da im Gerichtssaal gehört habe. Glauben muß ichs ja nicht, aber amüsieren konnt ich mich da glänzend.

*Amüsant finden Sie es, daß er das Gericht nicht für voll nimmt, sondern als Bühne benutzt, um seine kruden Ansichten zu verbreiten, aber wenn es zur Sache geht, nichts zu sagen. Das ist doch eine sehr durchsichtige Strategie. Das kennen wir doch aus anderen Verfahren auch.*

Mit einer Prozeßstrategie hat das gar nichts zu tun, das ist sein unstillbarer Wissensdurst. Ja, der ist ungewöhnlich stark ausgeprägt bei ihm. Deshalb hat er sich auch an der Frankfurter Universität in Jura eingeschrieben, was den ASTA zu leidenschaftlichen Protesten veranlaßt hat. Der ASTA hält den Franco A nämlich für einen bewaffneten Terroristen, übersieht aber, daß die Polizei ihn schon lange abgerüstet hat. Der ASTA sollte den Dingen eben besser auf den Grund gehen.

Der Franco A. aber läßt sich bei schwierigen Fragen nicht mit einfachen Erklärungen abspeisen. Wie war das eigentlich mit dem Tod vom Haider Jörg? Sie erinnern sich? Ein Auto-unfall? Als Folge von Alkohol- und Drogenkonsum? Wer wird da gleich von Mißbrauch



Zeichnungen ©: Marek KATNER

oder Exzeß reden? Ein Selbstmord? Der Franco A. glaubt das nicht. Auch der tödliche Fallschirmsprung des Herrn Möllemann war kein Selbstmord. Wer hatte da die Hand im Spiel?

Sind nicht beide wegen ihrer Kritik an dem Einfluß von Juden auf die Politik und in unserer Gesellschaft angefeindet worden? Hat man sie nicht als Antisemiten diffamiert? Ist das nicht ein Fingerzeig? Unsichtbare Mächte, über die man nicht sprechen darf! Na, wer fällt Ihnen da ein? Da möchte man der Sache schon auf den Grund gehen. Solche Fragen stellte der gute Mann vor Gericht und in seiner Masterarbeit, die vom Gutachter als »radikalnationalistisches und rassistisches Pamphlet« bezeichnet und deren Annahme verweigert wurde. Aber keiner fragt, was ihm, dem Franco A. auf der Militäarakademie Saint-Cyr wirklich vermittelt wurde, wenn so etwas als Masterarbeit eingereicht wird. Na schön, der Gutachter hat die Arbeit abgelehnt und der Absolvent mußte eine neue schreiben. Für ihn kein Problem und es hat seiner Karriere nicht geschadet! Er muß ein schlaues Kerlchen sein, das genau weiß, wie weit es gehen kann. Aber das sind alte Geschichten, die liegen sieben Jahre zurück, das war 2014, da war Franco A. 25 Jahre alt, ein Waisenknabe, aber wissensdurstig.

*Herr, Schweyk, kommen wir zu den Tatsachen, warum hat er denn nichts ausgesagt über die Herkunft der Waffen und der Munition, die er gebunkert hatte?*

Der Franco A., ich sagte es schon, ist ein schlaues Kerlchen. Er kennt die Strafprozeßordnung und weiß, daß er als Angeklagter sich nicht selbst belasten muß. Er muß nicht sagen, daß er die Pistole, eine halbautomatische Browning, Kaliber 7,65 mm aus französischer Produktion in Paris gekauft hat, die er in der Flughafentoilette in Wien deponiert hatte, was am 3. Februar 2017 zu seiner Festnahme ge-

## Fortsetzung von Seite 19: **Schweyk zu Franko A.: Den Dingen auf den Grund gehen**

führt hat. Das müssen die Ermittler schon selbst herausfinden. Haben sie schließlich auch, wie später im Prozeß herausgekommen ist. Aber die Geschichte, die der Franco A. dem Gericht aufgetischt hat, von der Pinkelpause im Gebüsch beim Ball der Offiziere in Wien, bei der er die Pistole gefunden habe, die war schon so phantastisch, daß sie ihm sowieso keiner geglaubt hat. Das war eine gute erzählerische Einlage, ganz plastisch geschildert, geradezu lebensecht, aber eben eine Geschichte aus Tausendundeiner Nacht, besser aus einer Ballnacht der Wiener Offiziere.

Was, die 1090 Schuß abgezwiegter Munition und diverse Sprengstoffe angeht, da führt uns der Hinweis des Richters: »Wenn Sie jemanden durch Ihr Schweigen schützen wollen, dann schadet das Ihrer Glaubwürdigkeit«, schon auf die richtige Spur. Wen könnt der Franco A. wohl schützen wollen? Dieser Sache sollte man mal auf den Grund gehen! Natürlich, die Leute aus seiner Clique. Bei den einfachen Mannschaften wäre das leicht zu ermitteln, da nimmt man die Stubenkameraden unter die Lupe und ins Gebet. Bei den Offizieren ist das schwieriger, die Herren schlafen ja nicht im Massenquartier in der Kaserne, die leben privat. Na schön, sie sitzen im Casino. Da könnt man mal nachfragen, auf welchem Tisch. Und dann gibt es auch noch sein Handy. Also ganz so blind sind die Ermittler da nicht. Die haben schon Möglichkeiten, den Dingen auf den Grund zu gehen und da einiges auszuloten.

Die abgezwiegten Platzpatronen und Rauchgranaten, die »nicht letale Munition« wie der Franco A. sachkundig aussagt, so 75 % der im Keller der Mutter gelagerten Bestände, die dienten offenkundig für ein Feuerwerk bei einem Kompanieabend oder beim Umtrunk nach einem Manöver oder bei der Feier anlässlich der feurigen Verabschiedung eines verdienten Kommandeurs.

Natürlich wird auch gefeiert in der Bundeswehr, das ist nicht verboten, das hebt die Stimmung und stärkt die Kameradschaft. Vielleicht diente die Munition für ein geplantes Silvesterfeuerwerk. Und schon wird klar, weshalb sich der Franco A. in der Tiefgarage der Frau Kahane umgeschaut hat, denn er wollte sich davon überzeugen, daß die Garage gut belüftet ist, so daß das Abbrennen des Feuerwerks hier keinen größeren Schaden anrichten könnte.

Man sollte ihm aus dieser umsichtigen Vorsichtsmaßnahme keinen Strick drehen. Das kann doch nicht strafbar sein! Und wenn er ihr in der Tiefgarage begegnet wäre, dann hätt er sie halt gerne angesprochen auf ihre Bemerkung hin, daß es im Osten noch zu wenig Fremde gibt, denen man ihre Fremdheit an der Hautfarbe ansieht. Da wollte er gerne mal der Sache auf den Grund gehen, wie das gemeint war. Natürlich ist das grober Unfug. In einer Tiefgarage ein Feuerwerk abzubrennen, aber es kommt vor, gar nicht mal so selten und in den besten Kreisen – fragen Sie mal am Tag der Of-



fenen Tür bei Ihrer Feuerwehrwache nach. Da können Sie noch haarsträubendere Geschichten hören.

Schweyk, was soll das? Sie überziehen, Sie verharmlosen, was dieser gefährliche Mann geplant hat.

Erinnerns Ihnen wie seinerzeit, ja, das ist schon viele Jahre her, ein Kaffeehaus am Kudamm abgebrannt ist? Das war an einem Silvesterabend, da sind ein paar Feuerwerkskörper auf die Markise gefallen und haben alles in Brand gesteckt. Ein Feuerwerk ist kein Spaß. Da ist so ein Ortstermin schon sinnvoll und zeugt von einer gewissen Umsicht, wie man es auch von einem Offizier erwarten kann. Das muß er ausschließen können, daß da unwillentlich eine Markise in Brand gerät, in der Tiefgarage der Frau Kahane.

Fazit: Ja, der Mann beteiligt sich, typisch Militär, am groben Unfug, aber in ausgesprochen verantwortlicher Weise. Es geht also um eine Ordnungswidrigkeit bei mildernden Umständen, eine Petitesse, wie man sagt, in die er seine Kameraden nicht hineinziehen will. Sind ja alles tadellose junge Offiziere mit besten Karriereaussichten, die will er nicht ruinieren.

Aber daß er darüber nicht sprechen will, hat noch einen anderen Grund. Es war nicht seine Idee, die Sache mit dem Feuerwerk in Kahanes Tiefgarage, er hatte vielleicht was ganz anderes vor, das aber war der Vorschlag eines anderen, eines wackeren Kameraden, den darf er nicht belasten und in dieses unglückliche Verfahren hineinziehen. Gerade jetzt, wo die Bundesverteidigungsministerin ganz offen davon gesprochen hat, es gebe in der Bundeswehr ein Haltnungsproblem. Soll er der Ministerin zur Seite springen und seine Kameraden anschwärzen?

Das ist doch nur der Beweis für einen falschen Korpsgeist, der sich in Teilen der Truppe entwickelt hat, das ist das Haltnungsproblem, das die Verteidigungsministerin seinerzeit so mutig angesprochen hat?

Was heißt hier falscher Korpsgeist. Wenn sie ein Korps haben, da stellt sich auch der Korpsgeist ein, ganz von selbst, ohne Ihr Zutun, das ist ganz natürlich. Das könnens mir glauben, ich habe gedient. Die Natur kennt kein richtig

oder falsch, die kennt nur krank oder gesund. Wollen Sie über einen Kranken den Stab brechen?

Lassen Sie uns zur Sache kommen: Was hat er denn ausgesagt über seine falsche Identität bei BAMF – als Flüchtling aus Syrien David Benjamin. Immerhin hat der 15 Monate eine Doppelexistenz geführt und war in Erding ein Jahr lang als Flüchtling gemeldet und hat auch Geldzahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen, knapp zehntausend Euro. Warum macht er das, ein Oberleutnant, der gut verdient? Dem geht es doch nicht um Geld? Was bewegt ihn dazu? Kann man dem auf den Grund gehen?«

Das war eine Irreführung der Behörden und ich verstehe sehr gut, daß die BAMF-Leute gereizt darauf reagieren, weil sie hier böse vorgeführt werden. Dabei hätten sie die Geschichte auch anders akzentuiert kommunizieren können, nämlich aus Ausdruck ihrer, ihnen oft abgestrittenen Menschenfreundlichkeit, denn sie haben einem Schutzsuchenden aus dem Kriegsgebiet Syrien, einem guten Christen allzumal, der vor der Verfolgung durch die Islamisten geflohen ist, Schutz gewährt.

Das ist doch löblich und gerade in dieser Behörde nicht alltäglich. Niemand hätte das erwartet. Das hört man ja eher selten. Ich kenne das Amt nur aus Berichten – auch in Ihrer Zeitung – über verweigertes Asyl und forcierte, meist rechtswidrige Abschiebungen, daß einem die Haare zu Berge stehen. Nun war man einmal großzügig und schon ist man auf einen Betrüger reingefallen, auf einen polyglotten Verwandlungskünstler, einen Getriebenen mit einer Mission, die sie zwar nicht verstehen, aber sie spüren das Charisma. Dem konnten sie sich nicht entziehen. Humanität, wenn auch geübt am falschen Objekt, ist doch Humanität und menschlich ist das allzumal. Da hätte das BAMF besser punkten müssen in dieser Geschichte, aber den Leuten ist eben nicht mehr zu helfen. Der Sache sollte man mal auf den Grund gehen.

Das hat der Richter versucht und man hat sogar den Sachbearbeiter beim BAMF, der die Anhörung durchgeführt hat, ausfindig gemacht und den heimlichen Mitschnitt der Anhörung und der Übersetzung, den der Franco A damals mit seinem Handy aufgenommen hat.

Das ist ein angenehmer Angeklagter, der die Beweise für seine Überführung auf dem Handy gespeichert hat. Da freut sich die Bundesanwaltschaft. Handys auslesen, das können sie schon. Da kam also heraus, der Anhörer war ebenfalls ein Bundeswehrsoldat, der 2015 im Zuge der Amtshilfe in einem 14tägigen Lehrgang angelernt worden war. Da stand Landeskunde nicht auf dem Lehrplan, so daß ihm die zweifelhafte Geschichte, die Franco A sich ausgedacht hatte, er sei ein syrischer Christ mit einem jüdisch klingenden Namen David Benjamin, dem in Syrien die Verfolgung der Islamisten drohe, nicht haben hinterfragen können.

Fortsetzung von Seite 20:

## Schweyk zu Franko A.: Den Dingen auf den Grund gehen

Er habe täglich bis zu sieben Anhörungen absolvieren müssen, da hatte er keine Zeit, Fragen zu stellen. Die Französischübersetzerin sei zwar auch zeitweise überfordert gewesen, aber der Antragsteller habe schon einhelfen können. Kurz, seine Geschichte sei korrekt aufgeschrieben worden. Da sei jeder Zweifel ausgeschlossen.

*Herr Schweyk, Sie wissens, ich bin keine Freundin des BAMF, aber was sich der Herr Oberleutnant da geleistet hat, das ist doch ein richtig böses Bubenstück. Er wollte politische Attentate verüben, die so geplant waren, daß man sie den Flüchtlingen aus dem arabischen Raum, den Muslimen, zurechnen mußte. Und für diese Perfidie hat er die Gutgläubigkeit und Unerfahrenheit der BAMF Mitarbeiter ausgenutzt. Geradezu teuflisch, sein Plan!*

Ich versteh Sie nicht, der Franco A hat doch nichts anderes gemacht als der berühmte Günter Wallraff, der investigative Journalist, dessen 13 unerwünschte Reportagen, das wette ich, noch heute in Ihrem Bücherregal stehen, dieser alte Schinken. Sie kennen doch noch den Herrn Esser, den erfolgreichen Redakteur bei Bild, der als Insider die dortigen Praktiken aufgedeckt hat, das war der Herr Wallraff, der Herr Esser.

Und wer gewährte uns Einblick in das Innenleben des Gerlingkonzerns, der als Pförtner und Hausbote getarnte Günter Wallraff. Zwei Jahre lang malochte er als türkischer Gastarbeiter bei McDonalds, Thyssen und auf diversen Baustellen, perfekt camouffiert, mit getönten Kontaktlinsen und nach türkischer Mode gestutztem Schnurrbart, um die Ausbeutung und Ausgrenzung und auch den ihm widerfahrenen Rassismus zu dokumentieren. Das Buch »Ganz unten« war ein Bestseller! Aufklärung pur, das war ein ganz anderes Bild von der Bundesrepublik, das Sie da gewinnen konnten, wenn Sie das gelesen haben. Der Franco A. hat das nicht gelesen, der Mann ist, wie seine Freunde sagen, eben konservativ, der faßt den Wallraff nicht an.

Aber er hat ganz spontan das getan, was der Wallraff auch gemacht hat, nun ja mit ganz anderem Vorzeichen, das will ich gerne einräumen. Die Aufdeckung von Ausbeutung, Ausgrenzung und Rassismus war nicht auf seiner Agenda. Solche Begriffe lehnt er ab, so etwas gibt es nicht in seiner Welt. Ihm geht es um angeblichen Asylbetrug und von geheimen Mächten geplante Umvolkung. Er wollte Behördenversagen dokumentieren und eine härtere Gangart gegenüber den betrügerischen Flüchtlingen, die er erfunden hat, provozieren.

Kann gut sein, daß er noch Ärger mit dem Günter Wallraff bekommt, weil er dessen Methode plagierte und umgepolt hat.

Sein Verteidiger hat sich ja auch dankenswerterweise nicht auf Wallraff berufen, sondern gemeint, daß der Franco A. eine Köpenickiade hingelegt hätte. Das wollte der Richter aber nicht gelten lassen. Der Mann ist bele-

sen und kennt seinen Zuckmayer. Dem Schuster Voigt ging es um saubere Papiere, nicht um Waffen und Sprengmittel, belehrt er den dem Angeklagten willfährigen Verteidiger. Der Schuster Voigt war zwar auch ein Gedienter, aber dennoch ein friedfertiger Mensch, der keiner Fliege etwas zuleide tun konnte. Der Säbel, den er umgeschnallt hatte, gehörte zur Uniform. Den hat er nicht auf der Bahnhofs-Toilette versteckt, auf der er sich umgezogen hat, den hat er offen getragen. Er war ein falscher Offizier, aber der Franco A. ist ein richtiger, das sollten wir nicht vergessen – und auch ein falscher Asylbewerber, das paßt schlecht zusammen, oder doch? Das Gericht wird der Sache auf den Grund gehen.

Ich bin ja froh, daß ich nicht auch noch in diesen Prozeß hineingezogen wurde, in dem der Verteidiger vielleicht von einer gelungenen Schweykiade gesprochen hätte. Das wollte der Franco A. doch nicht, daß man ihn, den Offizier des Jägerbattalions 291, mit einem von der Musterungskommission superbitrierten Halbidioten vergleicht, da bin ich ganz unbesorgt.

*Schweyk, ich bitt Sie, redens ernsthaft mit mir, es geht um ernste Dinge: Wie ist das mit der Todesliste, auf der die Namen von Annette Kahane, der Vorsitzenden der Amadeu-Antonio-Stiftung, von der Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth und von Heiko Maas, dem damaligen Justizminister, stehen?*

Da übernehmen Sie die Interpretation der Bundesanwaltschaft, wenn Sie von einer Todesliste sprechen. Was es mit dieser Liste auf sich hat, dem wird das Gericht schon auf den Grund gehen, das kann unsere Sache nicht sein. Daß die Dinge nicht so einfach sind, wie sich das die Bundesanwaltschaft wünscht, können Sie schon daran sehen, daß im Jahr 2018 das Landgericht es abgelehnt hat, das Verfahren mit dem Tatvorwurf eines geplanten Terroranschlags zu eröffnen. Das Gericht hat damals dem Zettel keine besondere staatsgefährdende Bedeutung beigemessen, denn seit der Abfassung dieseszettels hatte der Herr A. sieben Monate Zeit, um etwas gegen die auf dem Zettel verzeichneten Personen zu unternehmen, es ist aber nichts geschehen. Der Zettel hatte wohl eine andere Bedeutung. Man weiß es nicht. Ja, auch dieser Sache muß man auf den Grund gehen, wie so vielem in diesem vertrackten Prozeß.

*Schweyk, Sie weichen mir aus, was ist mit den 33.500 Chatnachrichten und Videos und Selbstgesprächen, auf denen er schwadroniert und davon spricht, Ausländer ermorden zu wollen?*

Also ich bitt Sie, Sie schlagen mir gegenüber einen Ton an, als ob ich der Angeklagte wäre, wenn Sie sagen, ich wiche Ihnen aus. Das kann ich ja gar nicht von Ihnen, diese inquisitorischen Züge. Ich bin doch nur einer von vielen Prozeßbeobachtern, ich sag Ihnen, ganz frei, wie ich das in Frankfurt erlebt habe und jetzt wollen Sie von mir die Zustimmung zur Sicht-

weise der Bundesanwaltschaft? Ich denk, Sie sind Journalistin und machen eine unabhängige Recherche? Aber das sieht mir nicht danach aus! So werden Sie der Sache nie auf den Grund gehen! Haben Sie die 33.500 Chats gelesen? Nein? Ich auch nicht. Also kann ich nichts dazu sagen und Sie können, wenns seriös sein wollen, nichts darüber schreiben usw. Verstehens mich?

*Sie müssen mich nicht belehren, was unvoreingenommene Recherche angeht. Ich arbeite bei der TAZ und nicht bei Bild. Ich bin nicht Herr Esser. Aber mich interessiert schon, wie Franco A. auf den Vorhalt der Aussage des Waffenhändlers reagiert hat.«*

Sie meinen die Sache mit der Montageschiene für ein Zielfernrohr, das er bestellt hat, aber auf der Rechnung sollte sein Name nicht erscheinen. Da hat er mit den Schultern gezuckt. Ich nehm an, er hat keine Möglichkeit gesehen, diese Ausgabe steuerlich abzusetzen und deshalb dem Waffenhändler gesagt hat, daß die Rechnung nicht auf seinen Namen ausgestellt werden muß, daß ihm der Kassenbon als Beleg, daß er bezahlt hat, reicht. Mich würd nicht so sehr die Abfassung der Rechnung interessieren, sondern der Grund, weshalb er so eine Schiene gekauft hat. Das Gericht sollte dieser Sache auf den Grund gehen und sich nicht im Dickicht der Steuerabschreibungsregeln verlieren. Da würde das Verfahren bodenlos.

*Wie war das mit den drei weiteren Schußwaffen, die er in seinem Besitz hatte, die aber verschwunden sind?*

Das hat der Franco A. eingeräumt, daß er drei weitere Waffen gehabt hat, aber er hat sich ihrer entledigt, wie er sich ausdrückte, und wise nichts über ihren Verbleib.

Ich find es schon bemerkenswert, daß er nicht gesagt hat, daß er abgerüstet habe, was er ja faktisch getan hat. Er hat ja nicht länger Zugriff auf diese Waffen. Freilich hätt er sich dann mit der Frage auseinandersetzen müssen, wen er denn da aufgerüstet hat?

Und da hätten wir dann wieder die Sendepause gehört. Aber das Programm, das er vorher abgespult hat, als er gefragt wurde, weshalb er auf einem Zettel »Schrotflinte – Berlin« notiert habe, das war sehr interessant. Es ging da nämlich um eine historische Waffe aus französischer Produktion eine »Flaubert«, die manchmal noch auf Trödelmärkten wie z.B. auf der Straße des 17. Juni in Berlin angeboten wird. Eine »Flaubert« – Sie kennen wahrscheinlich nur den Dichter, der Franco A. kennt aber auch noch das namensgleiche Schießweissen und weiß auch, wie und wo man es beziehen kann. Ich geh ja ab und zu auch über diesen Trödelmarkt, habe aber da noch nie eine »Flaubert« gesehen.

Der Franco A, ist uns einfach in allem überlegen. Das ist mein ganz persönlicher Eindruck, Gnädigste, das könnens ruhig schreiben. Wir sehen uns, spätestens am Freitag nachm Krieg um 6, in Prag im Kelch.

## Dienstagsdemos

**Eberswalde (bbp).** Zum 7. Dezember hatte die Initiative »Barnim für Alle« zu einer weiteren Kundgebung vor der Barnimer Ausländerbehörde aufgerufen. Die Gruppe, in der sich vor allem Geflüchtete aus dem Landkreis organisieren, kündigte an, diese Demonstrationen jeden ersten Dienstag im Monat (12-14 Uhr fortzusetzen, solange die Probleme nicht beseitigt wurden. Die wichtigsten Forderungen sind:

**Keine Abschiebungen!**

**Keine Ausstellung von Duldungen mehr!**

**Keine Arbeitsverbote! Kein Rassismus!**

Bislang gebe es keinerlei Anzeichen, daß diese Probleme gelöst werden. In ihren Redebeiträgen thematisieren die Aktivistinnen und Aktivisten die Angst vor Abschiebung und über das perspektivlose Leben mit Duldung. Insbesondere die sogenannte »Duldung light« (Duldung für Personen mit ungeklärter Identität) bedeutet ein grundsätzliches Arbeitsverbot und Kürzungen der Sozialleistungen auf etwa 170 Euro pro Monat. Aber auch eine »normale« Duldung, die alle drei Monate oder häufiger neu zu beantragen ist, bedeutet, daß die Betroffenen in stetiger Unsicherheit leben. Auch in diesem Jahr fanden aus dem Barnim wieder Abschiebungen statt, unter anderem nach Pakistan.

Von der Ausländerbehörde fordert die Gruppe, keine Duldungen mehr auszustellen und allen den Zugang zu Arbeit und Aufenthalt zu ermöglichen. Menschen mit Duldung oder Gestattung, die kein generelles Arbeitsverbot haben, müssen zur Jobaufnahme eine Zustimmung der Ausländerbehörde beantragen. Die Bearbeitung solcher Anträge dauert aktuell im Barnim zwei bis drei Monate oder mehr. Häufig sind die Jobangebote dann wieder verloren – frustrierend sowohl für Jobsuchende wie Unternehmen. »Ich finde es sehr auffällig, daß die Barnimer Ausländerbehörde für Arbeitserlaubnis und Aufenthaltstitel viele Monate braucht, aber andererseits Kapazitäten hat, Abschiebungen zu organisieren oder Menschen zügig vorzuladen, wenn es um Verschlechterungen für die Betroffenen geht«, sagt eine betroffene Person, die ihren Namen hier nicht nennen möchte. Sie beruft sich damit auf die Berichte vieler Bekannter, aus denen sich ein solches Bild ergibt.

Auch die Bedingungen, die Menschen zur Flucht zwingen bzw. ihnen eine Rückkehr unmöglich oder lebensgefährlich machen – deutliche Beispiele sind aktuell der Militärputsch im Sudan und die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan – kamen zur Sprache.

Dienstag ist der Tag, an dem alle Menschen mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung zur Ausländerbehörde müssen, um ihre Ausweise verlängern zu lassen.

Die Kundgebungen am 13. April und 8. Juni hatten den Selbstmord des Geflüchteten SALAH TAYAR aus dem Tschad und die Abschiebung eines Mannes nach Nigeria (nach 22 Jahren in der BRD) zum Anlaß genommen.

## Bilanz und Neubeginn verschoben

**Eberswalde (bbp).** Die Eberswalder Regionalgruppe der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. wollte eigentlich am 8. Dezember feiern, und zwar ihren Jahresabschluß, der zugleich ein Neubeginn sein sollte. Der langjährige Vorsitzende WALDEMAR HICKEL wollte altersbedingt das Zepter an einen etwas jüngeren Mitstreiter übergeben. Doch Corona, bzw. die Schutzmaßnahmen gegen die Ausbreitung der Viren, machten mal wieder einen Strich durch die Rechnung.

Die geplante Veranstaltung im *Café am Weidendamm* mußte abgesagt werden. Damit fiel nicht nur das geplante gemütliche Beisammensein aus, sondern auch die Bilanz, die der scheidende Vorsitzende vor seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern ziehen wollte. Daneben wollte KARL DIEDRICH den Freunden über den 17. Landesverbandstag am 18. November in Potsdam berichten, an dem er teilgenommen hatte. Die Arbeit der Freundschaftsgesellschaft steht angesichts der zunehmenden Ag-

gressivität der USA und ihrer NATO-Verbündeten gegenüber Rußland, Belorußland und zunehmend auch China vor neuen Aufgaben. Mit der neuen Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Grüne) gelangte eine ausgesprochen russophobe Politikerin in dieses wichtige Amt. Es besteht die Gefahr, daß die Hetze in der BRD gegen die Staaten und Völker auf dem Territorium der einstigen Sowjetunion sich nun auch von oberster staatlicher Ebene aus weiter verstärken wird.

Die Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft stehen vor der Aufgabe, anhand der eigenen Erfahrungen sich gegen diese Verschärfung der Situation und den damit verbundenen Gefahren für den Weltfrieden einzusetzen.

Sobald es die äußeren Bedingungen zulassen, will die Regionalgruppe nun im kommenden Jahr ihre Bilanz ziehen und den Neubeginn organisieren. Natürlich sollen dann auch die bisherigen kulturellen Aktivitäten weitergeführt werden.

## Sozialistische Partei im Wiederaufbau

*Linkspartei will »ein sozialgerechtes und klimagerechtes Brandenburg für alle«*

Im März und April dieses Jahres sahen uns Umfragen bundesweit noch bei neun Prozent, also nur leicht unter unserem Ergebnis von 2017. In Brandenburg sahen uns Ende 2020 Umfragen noch bei einer Zustimmung von zumindest zwölf Prozent, Anfang September dieses Jahres noch bei elf Prozent. Das Ergebnis mit 8,5 Prozent der Zweitstimmen fällt noch mal deutlich niedriger aus. Das ist bitter. Lag der Landesverband Brandenburg in der Vergangenheit im Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer, teils sogar mit an der Spitze, stürzt er jetzt ab auf den letzten Platz. Was ist also geschehen in dieser Zeit?

Die Antworten sind nicht nur auf Bundesebene zu suchen, wengleich dort sicherlich ein erheblicher Teil der Verantwortung liegt, weil diese die mediale Präsenz unserer Partei mit am meisten prägt. Und sie sind vielschichtig. Doch die Ergebnisse in Brandenburg zeigen, daß wir auch einen Blick auf die Landesebene werfen müssen. Und ja, auch vor Ort müssen wir Fragen beantworten.

Natürlich haben solche kurzfristigen Entwicklungen auch immer längerfristige Ursachen. Die Nachwahlbefragungen weisen aus, daß unsere Partei nur noch zu zehn Prozent aus Bindung zur Partei gewählt wurde. Das ist insbesondere für eine sozialistische Partei ein Problem, die sich nicht auf eine (wohlwollende) Widerspiegelung in den Medien verlassen kann, wie wir es im Wahlkampf bei uns erlebt haben. Wir können uns nur auf unsere eigene strukturelle Stärke wirklich verlassen. Diese Zahl kann nicht überraschen, reiht sie sich doch ein mit dem Verlust an gesellschaftlicher Verankerung unserer Partei in Brandenburg,

aber auch konkret bei uns vor Ort. Zwischen 2017 und 2020 verloren wir landesweit 14 Prozent unserer Mitglieder. Für den Barnim dürften die Zahlen nicht viel besser sein. Trauriger Aspekt dabei: bundesweite Wählerwanderungsmodelle weisen aus, daß 250.000 Menschen, die uns 2017 noch wählten, mittlerweile verstorben sind. Angesichts der altersmäßigen Zusammensetzung unserer Wählerschaft im Westen ist davon auszugehen, daß ein Großteil davon dem Osten zuzuordnen ist.

Doch es gibt Hoffnung. Trotz allem ist der Anteil unserer Wählerinnen und Wähler in der Altersgruppe bis 29 Jahren am höchsten. Auch spontane Eintritte in unsere Partei trotz des desaströsen Ergebnisses am und nach dem Wahlabend zeigen, ein Wiederaufbau kann gelingen. Dafür müssen wir einen strukturellen und inhaltlichen Aufbruch hinbekommen, der unseren spezifischen Ansatz in den sozialen Fragen, wie beim Thema Klimaschutz, deutlich macht. Wir wollen weder Bildung, Gesundheit noch Wohnen dem Markt und der Profitlogik überlassen, weil es Bildungsungerechtigkeit, Zweiklassenmedizin und Mietenwahnsinn bedeutet. Wir wollen den Kapitalismus nicht grün anmalen, sondern wollen, daß sich niemand zwischen seinem Job und der Zukunft seiner Kinder und Enkel entscheiden muß. Wir nennen es Klimagerechtigkeit. Viele unserer Themen haben große Sympathien bei vielen Menschen. Es muß uns gelingen, einen Teil davon aktiv zu organisieren, dann werden wir bei klarer Programmatik auch wieder besser bei Wahlen abschneiden.

DIE LINKE wird gebraucht.

MARTIN GÜNTHER

## Der Corona-General

**Der neue Kanzler der BRD Olaf Scholz (SPD) hat schon vor seiner Wahl verkündigt, zur Bekämpfung der Corona-Pandemie einen Krisenstab einzurichten. Sein Vizekanzler in spe Christian Lindner (FDP) verriet auch, wer diesen Krisenstab leiten soll, nämlich »ein deutscher General«.**

Ganz neu ist das nicht, denn auch die alte Bundesregierung, zumindest ihr Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte einen Krisenstab mit einem General an der Spitze. Nur war das bloß ein Generalarzt, ein militärischer Mediziner also, der freilich auch auf diverse Kriegserfahrungen in Kroatien, im Kosovo, im Irak, in Afghanistan und in Dshibuti zurückblicken konnte. Immerhin verfügte der Generalstabsarzt HANS-ULRICH HOLTHERM über epidemische Erfahrungen, da er bereits 2014 dem damals eingerichteten ressortübergreifenden Ebola-Krisenstab angehörte.

Nun wird mit Carsten Breuer ein richtiger General an die Spitze der Coronakämpfer des Landes gestellt. Ein Mann mit Kampferfahrung. Er kommandierte schon mal eine Panzergrenadierbrigade und durfte richtige Kriege führen. So befehligte er die KFOR-Kontingente im Kosovo und war ISAF-Kommandeur in Afghanistan. Auf der Grundlage seiner Kampferfahrungen schrieb er seiner damaligen Kriegsministerin URSULA VON DER LEYEN Leitlinien zur militärischen Untermauerung der weltpolitischen Ansprüche der BRD in das Weißbuch der Bundeswehr von 2016.

Aktuell befehligt Generalmajor Breuer das Kommando Territoriale Aufgaben der Bundes-

wehr, das unter anderem für die allgemeine Einbeziehung ziviler Strukturen in die Kriegsvorbereitung verantwortlich ist. Daneben gehört zu den »territorialen Aufgaben« die logistische Unterstützung diverser NATO-Großmanöver, wie *Defender Europe*, sowie die Organisation der regelmäßigen Truppentransporte der NATO-Verbündeten an die Ostfront, wofür regelmäßig auch die Straßen und Schienenwege Brandenburgs mißbraucht werden.

Die Voraussetzungen, daß der neue Corona-General die an ihn gestellten Erwartungen erfüllen kann, sind durchaus gut. Breuer ist bereits jetzt für die Organisation der inzwischen rund 9.000 Amtshilfeersuchen an die Bundeswehr, von denen etwa 8.000 bewilligt wurden, verantwortlich. Die Aktivitäten der Militärs reichen vom Aufbau der Impfzentren über Beiträge zur Kontaktnachverfolgung bis zur Mitarbeit in der Seniorenpflege.

Auch der Barnimer Landrat DANIEL KURTH (SPD) meinte, bei der Corona-Bekämpfung nicht auf Militärhilfe verzichten zu können. Seither laufen regelmäßig Menschen in Kampfuniform durch die Eberswalder Innenstadt. Zum Höhepunkt Anfang 2021 waren bis zu 25.000 Soldaten zum Corona-Kampfeinsatz im Innern der BRD abgestellt. Zuletzt wurde ihre

Zahl wieder von 3.000 auf rund 8.000 erhöht. Letztens standen insbesondere die Hubschraubereinsätze der Luftwaffe zum Transport von Covid-19-Intensivpatienten in Krankenhäuser, in denen noch Intensivbetten frei sind, in der öffentlichen Aufmerksamkeit. Im Gegenzug landeten bereits vor einem Jahr 3,2 Milliarden Euro des Corona-Konjunkturpakets im 46,9 Milliarden umfassenden Rüstungsetat 2021.

Die zivilen Hilfseinsätze des Militärs im Innern der BRD gelten in Militärkreisen als gutes PR-Mittel, um Sympathien in der Bevölkerung zu gewinnen. Zumindest im Osten erstes und wohl auch bekanntestes Beispiel dafür ist der Einsatz der Bundeswehr beim Oder-Hochwasser im Sommer 1997. Nach dem Ende des Kalten Krieges war das Ansehen und die Einsicht in eine angebliche Notwendigkeit des Militärs in weiten Kreisen der Bevölkerung, vor allem auf dem Gebiet der einstigen DDR, stark gesunken. Der Kreistag Eberswalde hatte am 6. Oktober 1990 sogar einen Beschluß »Für einen militärfreien Kreis« gefaßt. Nicht zufällig wurde dieser Beschluß einige Zeit nach dem Oder-Hochwasser in einer windigen Aktion vom Kreistag Barnim aufgehoben (BBP 8/1999). Aber da war auch schon der erste Angriffskrieg mit direkter BRD-Beteiligung gegen Jugoslawien über die Bühne gegangen.

Dem Corona-General bietet sich nun eine neue Chance, sich an prominenter Stelle in zivilen Strukturen zu profilieren und damit die gesellschaftliche Normalisierung des Militärischen voranzutreiben. **GERD MARKMANN**

## Frieden mit China statt neuem kalten Krieg

Am 1. Oktober feierte die Volksrepublik ihre Gründung vor 72 Jahren. Es war ein großer Feiertag für das Land und für das gesamte chinesische Volk. Das Volk in China hat in den vergangenen Jahren großartige aber auch schwierige Perioden durchgemacht und erlebt. China mit fast zehn Milliarden Quadratkilometern und einer Bevölkerung von über 1,4 Milliarden ist überwältigend. Die Hauptstadt beherbergt 21,5 Millionen Einwohner (2016).

In den gut 70 Jahren seit der Gründung der Volksrepublik und vor allem seit Ende der 1970er Jahre hat sich China stark entwickelt. Von einem zurückgebliebenen Agrarland entwickelte sich das Land zu einer führenden Industrienation, die auf fast allen Gebieten, ob wirtschaftlich, kulturell, bei der Versorgung der Veteranen, der Förderung des Sports und vieles mehr, Spitzenleistungen erreicht. Das Lebensniveau der Menschen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten spürbar verbessert.

Mit der Entwicklung zur zweitgrößten Wirtschaftsnation auf der Welt hat sich auch die internationale Ausstrahlung der von einer Kommunistischen Partei regierten Volksrepublik China erhöht. Die Weltwirtschaft ist heute ohne die vielen Produkte aus China nicht mehr denkbar. Die chinesische Volkswirtschaft expandiert und baut die Beziehungen mit vie-

len Ländern in der Welt aus. Aber nicht mit Waffengewalt, wie das bei anderen üblich ist, sondern durch Handel und wirtschaftliche Hilfe. Die Chinesen sind ein friedfertiges Volk.

Das provoziert bei jenen, die einst konkurrenzlos in weiten Teilen der Welt schalten und walten konnten, wie sie wollten, Neid und Mißgunst. Nachdem die USA und ihre NATO-Verbündeten seit dem Ende des Kalten Krieges mit ihren heißen »Weltordnungskriegen« weite Gebiete in Asien und Afrika in Trümmer legten und dann vielerorts den sich gegenseitig befehdenden Warlords überließen, orientieren sich die USA seit einigen Jahren auf China als neuen Hauptfeind und bereiten sich immer unverhohlener auf einen Krieg gegen das große Land vor.

Leider bewegt sich auch die BRD zunehmend in diesem Fahrwasser, wie erst kürzlich die Irrfahrt des Zerstörers »Bayern« vor die chinesische Küste zeigte (BBP 10 und 11/2021).

Wenn wir wollen, daß uns der Frieden in Europa und der ganzen Welt erhalten bleibt, dann müssen wir jetzt etwas gegen die aggressiven Kriegsvorbereitungen einschließlich der zunehmenden Aufrüstung und der Militarisierung der Politik tun. Wenn Bomben fallen, ist es zu spät!

**NORBERT GLASKE**

## Lieber KONTAKT reduzieren



Um es vorneweg zu sagen: ich bin geboostert und kann nur jedem empfehlen, sich auch impfen zu lassen. Aber ich halte es für falsch, friedlich protestierende Impfkritiker in eine Ecke zu stellen mit Extremisten und Gewalttätern. Wir sind ein liberaler und offener Staat, und wir müssen es aushalten können, daß es Menschen mit anderer Meinung gibt und die sich freiwillig dafür entscheiden, sich einem erhöhten Sterberisiko auszusetzen. Raucher und Biertrinker werden ja auch nicht kriminalisiert ...

**Leser G. aus Eberswalde**

Zur Erinnerung, die Coronastatistik ist zum einen wichtig, damit jeder Bürger sein individuelles Risiko abschätzen kann, an Corona zu erkranken, zweitens, damit Entscheidungsträger einen Überblick zum Ausmaß der Katastrophe haben und drittens, damit auch eine gewisse propagandistische Wirkung entsteht, was den Erfolg der Bekämpfungsstrategie mißt. Und schließlich werden die Daten der Statistik für die *Mathematische Statistik* benötigt, um Ansteckungsmodelle und Ausbreitungsmodelle zu entwickeln.

Bleibt man bei den Tatsachen, so spricht das RKI noch am 5. Dezember 2021 von einer Dunkelziffer der Infizierten. Das ist offiziell. Dunkelziffer heißt, sie ist völlig unbekannt. Man weiß nicht, ob sie kleiner ist als die Menge der Infizierten oder ein Vielfaches davon.

Tatsache ist, Vorschläge von Fachleuten der Fachgebiete *Statistik* und *Mathematische Statistik* wurden von der alten und dann geschäftsführenden Bundesregierung wie auch der künftigen Hampelkoalition ignoriert. Bei Existenz einer Dunkelziffer ist eine effektive Bekämpfung der Coronakatastrophe nicht möglich.

Als Steuerungsgröße wird, den Qualitätsmedien nach zu urteilen, der Inzidenzwert benutzt. Dabei wird speziell die Zahl der Infizierten pro 100.000 Einwohner bestimmt. Das setzt erstmal voraus, daß die Bevölkerungszahlen bekannt sind. Bemerkung dazu: Bei der letzten Volkszählung waren plötzlich 1,5 Millionen Menschen zu wenig vorhanden. Auch die Zahl der Neuinfizierten ist fraglich. Nach über zwei Jahren Corona weisen die täglichen Infektionsbalken einen Wochentagstrend auf. Es ist aber unlogisch, daß sich das Virus an gewissen Wochentagen mit der Ansteckung zurückhält. Hinzu kommt noch folgender Effekt: Die Anzahl der Infizierten wird durch eine Beurteilungstichprobe und nicht durch eine Zufallsstichprobe bestimmt, so daß das wahre Infektionsgeschehen nicht abgebildet wird. Verwendet man Zufallsstichproben, so haben diese einen Fehler, der aber abgeschätzt werden kann. Man weiß dann, wie viele Infektionen durch die Zufallsstichprobe nicht erkannt werden. Dadurch entsteht keine Dunkelziffer.

Außerdem wird auch folgender Effekt nicht angezeigt. Am 10. März diesen Jahres stiegen die gezählten Infektionen um zirka 30 % an. Hintergrund: Ab 8. März gab es in den Apotheken kostenlose Schnelltests. Wenn diese positiv waren, dann wurde dringend zu einem PCR Test aufgerufen. Dadurch wurde mehr getestet und folglich wurden mehr Infizierte erkannt. Diese Erkenntnis ist in zwei Sätzen in einem Forschungsbericht der Universität München vom 19. März zusammengefaßt: »Der Blick auf die reinen Inzidenzen ist nur bedingt aussagefähig. Ihre Aussagekraft ist stark beeinflusst von der Dunkelziffer (die man nicht kennt – der Autor) und insbesondere deren Änderung durch aktuelle Teststrategien.«

24 | Aber nicht nur Zufallsstichproben liefern den Überblick auf das Infektionsgeschehen. Es

## Die Dunkelziffer bestimmt unser Leben

von Dr. Ulrich Pofahl

**In der Barnimer Bürgerpost 7-8/2020 erschien der Artikel »Coronastatistik in der BRD«. Inzwischen sind 17 Monate vergangen und es soll hier einmal dargestellt werden, wie sich die Übersicht über das Infektionsgeschehen mit Covid 19 möglicherweise entwickelt hat.**

wäre ein Leichtes, Longitudinal-Studien durchzuführen. Dazu werden bestimmte Personen ausgewählt, so wie es bei den Wahlen geschieht, um das Wahlverhalten nachzufragen. Bei der Longitudinalstudie werden jedoch diese Personen in einem bestimmten Zeitintervall mehrfach nacheinander befragt und getestet. Diese Ergebnisse sind dann repräsentativ für den Infektionsverlauf. Es ist sicherlich in der Anfangsphase leichter, die Longitudinalstudie zu erstellen als die Wählerbefragung auszuwerten. Man beachte, bei der Wahl gibt es so circa acht Möglichkeiten, wie das Ergebnis der Befragung aussehen kann. Bei der Longitudinalstudie in Sachen Corona nur zwei, nämlich infiziert oder nicht infiziert. Trotzdem wird auf diese Möglichkeit verzichtet. Verzichtet wird auch auf die Angabe des 7-Tage-Inzidenzwertes getrennt für Geimpfte und Ungeimpfte. Österreich macht das.

Als weitere Kritik ist überhaupt die Verwendung eines Wertes zu nennen. Auch die Verwendung der Hospitalisierungsrate ist aus mehreren Gründen ungeeignet, das Infektionsgeschehen abzubilden. Diese zählt nur Patienten, die innerhalb von 7 Tagen wegen einer Coronainfektion in einem Krankenhaus aufgenommen wurden. Wenn der Patient abgewiesen wurde oder stirbt, zählt das nicht. Hinzu kommt, um den 19. November herum hat Sachsen keine Daten gemeldet.

Richtig wäre, zu mehrdimensionalen Merkmalen überzugehen. Diese Verfahren der *Mathematischen Statistik* sind bekannt. Sie sind veröffentlicht und wurden erfolgreich in der Statistischen Qualitätskontrolle und zur Beschreibung der letzten Finanzkrise eingesetzt.

Immerhin, es gibt auch BRD-Wissenschaftler, die Beiträge zur Coronastatistik veröffentlichen. So gelangten zum Beispiel in der dritten Novemberwoche BRD-Wissenschaftlern der Universitäten Jena und Bielefeld zu der Erkenntnis, daß es einen Zusammenhang zwischen der Zahl von AfD-Wählern in den Ländern und den Coronainfektionen gibt.

Diese Art der Unsinnforschung wirft einige Fragen auf. Interessiert das Coronapatienten und deren Ärzte, die sie behandeln? Wie ist dieser Zusammenhang als Ursache-Wirkungs-Beziehung zu erklären? Wurden dabei AfD-Wähler nach ihrer Wahlentscheidung mit Corona belohnt? Oder haben Corona-Infizierte AfD gewählt, falls sie nicht zuvor gestorben sind? Warum benötigt man für diese Erkenntnis BRD-Wissenschaftler? Die Zahl der AfD-Wähler kann jederzeit im Netz eingesehen werden, ebenso können bei den Online-Ausgaben der Nachrichtendienste und Tageszeitungen Inzidenzwerte eingesehen werden. Damit hat jeder gebildete Bürger die Möglichkeit, diesen eventuell existierenden Zusammenhang mit Hilfe eines einfachen Taschenrechners festzustellen. Bleibt dann noch die Frage, welche von den sich täglich ändernden Inzidenzwerten verwendet wurden? Ergäbe sich mit den bisher beobachteten Höchstwerten der Inzidenz ebenfalls dieser Zusammenhang?

Einen Beitrag zur Bekämpfung der Coronapandemie leisten jedenfalls solche Forschungen nicht. Das ist eben richtige BRD-Wissenschaft. Warum die BRD, die sich gerne als Wissenschaftsland bezeichnet, unfähig ist, die Ansteckungslage durch Corona aufzuklären, kann nicht erklärt werden.

## Allgemeine Impfpflicht gefordert

**Eberswalde (bbp).** Der Vorsitzende der Linksfractionen in der Stadt Eberswalde und im Landtag Brandenburg SEBASTIAN WALTER forderte am 7. Dezember in einem Interview im RBB Inforadio: »Es ist an der Zeit für eine allgemeine Impfpflicht«. Er verweist darauf, daß die Landesregierung seit Beginn der Corona-Pandemie immer wieder die gleichen Fehler mache und demzufolge Brandenburg im Vergleich der Bundesländer Schlußlicht bei den Impfungen und von der aktuellen 4. Corona-Welle besonders betroffen sei.

Im Interview erzählt er von seinen Beobachtungen, daß sich dort, wo Impfungen ohne vorheriger Terminvergabe angeboten werden, regelmäßig lange Schlangen bilden, darunter auch viele Ungeimpfte. Aufgrund der Fehlplanungen der Landesregierung stehe zu wenig

Impfstoff zur Verfügung und es gibt zu wenige Impfstellen im Land.

Er sei lange gegen eine Impfpflicht und stattdessen für mehr Aufklärung gewesen, sagte Walter. Er spreche mit ganz vielen Menschen und habe festgestellt, daß darunter einige sind, die trotz der auch von ihm betriebenen intensiven Aufklärung weiterhin Angst vor möglichen Langzeitfolgen einer Impfung haben.

Daher hat er seine Meinung zur Impfpflicht geändert. Obgleich die 2G- und 3G-Regelungen vor allem Nichtgeimpfte einschränken, die von lästigen und für sie kostenpflichtigen Tests betroffen sind, findet Walter: »Doppelt Geimpfte sollten sich nicht immer wieder einschränken müssen«. Dafür müsse man diejenigen, die sich aus »unsolidarischen Gründen« gegen eine Impfung entschieden, zur Impfung zwingen.

BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg:

## Kritik an Corona-Beschlüssen

*Neue Maßnahmen sind weder verhältnismäßig noch effizient*

Die Landesregierung hat zahlreiche Maßnahmen beschlossen, die Brandenburgs Bürger erheblich einschränken. Die Statistiken zeigen jedoch, daß viele dieser Maßnahmen wenig zielführend sind. Unbestritten sind die Inzidenzen seit Anfang November steigend. Dies war jedoch jahreszeitbedingt absehbar und die Landesregierung konnte sich analog zum Winter 20/21 darauf vorbereiten. Die Infektionen treten überproportional bei jüngeren Personen auf. Vor allem Schülerinnen und Schüler sowie Kita-Kinder, die kaum geimpft sind, sind besonders stark betroffen. In dieser Personengruppe nimmt allen bisherigen Erfahrungen zufolge Corona extrem selten einen schweren Verlauf. Dennoch könnte man die Ausbreitung in den Schulen vermeiden, ohne den Bildungsauftrag zu vernachlässigen. Eine Lösung wäre unter anderem der Distanzunterricht. Doch die Landesregierung hat die notwendige technische Ausstattung für einen tauglichen Online-Unterricht in sträflicher Weise unterlassen.

Die Maßnahmen in den Schulen werden an den Hauptproblemen jedoch kaum etwas ändern. Denn die Patienten in den Intensivstationen sind disproportional häufig Hochbetagte oder Vorerkrankte. Das Median-Alter der im Zusammenhang mit Corona Verstorbenen liegt bei 83 Jahren.

Ein effizienter Weg zur Entlastung der Intensivstationen und Reduktion der Todesfälle ist folglich der Schutz dieser Risiko-Gruppen. Etwa durch Booster-Impfungen – bei denen Brandenburg jedoch bundesweit schlußlicht ist. So räumte selbst Ministerpräsident Woidke ein, daß die Nachfrage nach Impfungen derzeit höher ist als die Impfkapazitäten. Die von uns kritisierte vorzeitige Schließung der meisten Impfzentren durch die Landesregierung rächt sich nun.

Ein weiterer Weg, die Ausbreitung unter Risikogruppen schnell und ohne erhebliche Grundrechtseinschränkungen zu reduzieren, sind Tests auch der Geimpften und genesenen Mitarbeiter und Besucher in den Alten- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern und der Mitarbeiter der Pflegedienste. Deren Durchimpfung dauert lange und wird Einschleppungen in die Einrichtungen kaum verhindern. Massenausbrüche nach 2G-Veranstaltungen etwa in Berlin zeigten dies deutlich. Die Tests aller Kontaktpersonen zum Schutz der Risikogruppen wären jedoch sofort möglich.

Doch selbst freiwillige Tests wurden künstlich erschwert. Bund und Länder entschieden sich für kostenpflichtige Tests, in der vergeblichen Hoffnung, die Impfquote zu erhöhen. Die sinnvolle freiwillige Testung wurde so für jeden – einschließlich der Geimpften – zum teuren

Privatunterfangen. Die Regierungskoalition unterstützte die Abschaffung der kostenlosen Tests gegen die ausdrückliche Kritik von BVB/Freie Wähler. Dies begünstigte ein Ausweichverhalten oder das komplette Auslassen der Tests und trug so zur 4. Welle bei. Ein schwerer Fehler, wie selbst die Gesundheitsministerin jüngst zugab.

Viele der nun beschlossenen Maßnahmen der Landesregierung sind kontraproduktiv. Hierzu gehört etwa die 2G-Vorschrift für Freiluftsportarten sowie das Verbot aller Weihnachtsmärkte. Es ist faktisch auszuschließen, daß sich die Vorerkrankten und Hochbetagten in nennenswerter Zahl an diesen Orten anstecken. Das Infektionsrisiko im Freien ist um Größenordnungen geringer als in schlecht belüfteten Räumen. Dies zeigen auch die Auswertungen der Luca-App. Auf Festivals und Feste im Außenbereich gehen demnach nur 1,1 % der Ansteckungen zurück, auf Sport sogar nur 0,75 %.

Die Reaktion vieler Bürger auf derartige Verbote ist zudem vorhersehbar. Statt Sport im Freien zu treiben oder über den Weihnachtsmarkt zu schlendern, treffen sie ihre Freunde zu Hause. Also in geschlossenen, schlecht belüfteten Räumen unter deutlich erhöhtem Infektionsrisiko.

Wer menschliche Bedürfnisse und Ausweichverhalten ignoriert, bringt am Ende mehr Schaden als Nutzen. Viele Corona-Maßnahmen im Kabinettsbeschluss sind zudem ineffizient und unverhältnismäßig, etwa die Ausgangsbeschränkungen und Quasi-Lockdowns für Ungeimpfte.

Die derzeitige Debatte auf Bundesebene kritisieren BVB/Freie Wähler ebenfalls deutlich. Wir waren immer für möglichst niedrigschwellige Impf- und Testangebote, aber gegen verfassungsrechtlich bedenkliche Grundrechtseinschränkungen. Alle Menschen haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Dies wurde in den vergangenen Monaten auch von allen Parteien so gesehen. Nun wird für den Fall einer Entscheidung gegen die Impfung über Geldstrafen oder gar den Entzug des Versicherungsschutzes debattiert. Derartige Vorschläge wecken kein Vertrauen in die Politik und werden nur zu Trotz und einer Spaltung der Gesellschaft führen.

Deswegen plädieren wir für eine Sonderinvestition in ein schnelles Hochfahren der Impfkapazitäten statt sich verschärfende Einschränkungen für jedermann. Vielmehr müssen Vorkehrungen für die Steuerung und Entzerrung von Gruppenzusammenkünften geschaffen werden.

PÉTER VIDA

## Zutritt nur für 2G



Foto: THOMAS TOBLER

Wegen der Gefahren, die von Ungeimpften in Innenräumen ausgehen, hat die Regierung anordnen lassen, daß ein Zutritt nur unter 2G-Bedingung Pflicht ist für alle »Luxus-Geschäfte«, in denen also keine Lebensmittel oder Schnaps oder andere Grundnahrungsmittel angeboten werden. Damit wird seit der letzten Novemberwoche die Gesellschaft vor freiwillig Ungeimpften geschützt. Nur wundert mich, daß eine solche Bedingung nicht für sämtliche öffentlichen Räume gilt, wie z.B. Behörden.

THOMAS TOBLER

## Informationsbedürfnis?

*Wer nur auf die Zahlen guckt,  
Die täglich ins Gehirn gespuckt.  
Wer sich nur daran orientiert,  
Wer nicht tiefer recherchiert.  
Dem ist der Blick total verstellt,  
Für die Geschehnisse der Welt.*

*Der denkt nur an die schlimmen Sachen,  
Die täglich ihre Runden mache:  
Infektionsgeschehen, Krankheit, Sterbefälle,  
Erste, zweite, dritte oder vierte Welle.  
Erzeugt durch Viren und Mutanten,  
Die wir bisher gar nicht kannten.*

*Dann, oh je, du dummer Fratz,  
Hat dein Gehirn für nichts mehr Pfalz!  
Genauso ist das auch gewollt.  
Also brav der Obrigkeit Respekt gezollt.  
Auf keinen Fall mal weiter gucken  
Und Planern in die Suppe spucken.*

RAINER KROBOTH

**Reaktionen auf den »Offenen Brief«:**

Der Brief war am 27. November im Online-Kiezmagazin MAXE erschienen. Nun widmete sich auch die lokale Tageszeitung, die zuvor einen Abdruck abgelehnt hatte, diesem Thema. Deren Redakteur schrieb am 1.12.: »Sabine Preuß lehnt die Corona-Maßnahmen konsequent ab«, sie »wettert gegen Maßnahmen«, habe den Brief »lanciert« und ihre Argumentation erinnere »an Querdenker-Aufrufe«. Darauf meldeten sich mehrere MAXE-Leser zu Wort, um ihrem Unmut gegen diese »Rufmordkampagne der MOZ«, wie es Elisabeth B. ausdrückte, Luft zu machen. Einseitige Polemik sei in Kommentaren ja erlaubt, schrieb Walter K. zum MOZ-Kommentar »Zeit für eine Impfpflicht«. Wenn es jedoch hieße, es sei »nicht mehr vertretbar, die Freiheit der breiten Mehrheit zu beschränken, um einer Minderheit ein selbstgefährdendes und sozial-schädliches Verhalten zu ermöglichen«, dann fühle er sich der fast 90jährige an Parolen aus seiner frühesten Jugend erinnert. Als »Sozial-schädlinge« oder »Assoziale« bezeichnete Menschen seien damals in speziellen Lagern »konzentriert« worden.

**Leichtathletik-Trainer machen nicht mit!**

Die aktuellen politischen Entscheidungen zu den Corona-Maßnahmen können wir als Trainer des Leistungsstützpunktes Leichtathletik beim SV Motor Eberswalde e.V. nicht mehr mit unserem Gewissen vereinbaren. Die Trainer haben sich teilweise jahrzehntelang für die gesunde Entwicklung der Kinder und Jugendlichen eingesetzt und würden es weiter tun. Jetzt werden die Ungeimpften unter ihnen kriminalisiert und diskriminiert, obwohl auch die Geimpften nachweislich genauso am Infektionsgeschehen beteiligt sind. Wir können es auch deshalb nicht mit unserem Gewissen vereinbaren, weil wir einem Teil unserer Sportler das gemeinschaftliche Sporttreiben untersagen müßten. Es wird ein Sündenbock gesucht für nicht richtig wirkende Impfungen, für ein Gesundheitssystem, das schon vor Corona an Personalmangel litt und einen weiteren Niedergang erfuhr durch viele Krankenhausschließungen, den Abbau von tausenden Intensivbetten und die Abwanderung von Fachkräften. Dagegen haben die 30 größten DAX-Unternehmen im Corona-Jahr 2020 89% mehr Gewinn gemacht als davor!

An dieser Situation haben die Ungeimpften keine Schuld. Und wie paßt das alles zusammen? Bei uns soll jeder Sport machen dürfen. Gesunde Ernährung, gesunde Lebensweise sind die Alternative. Wir haben es schon immer so gehandhabt, wer krank ist und sich nicht fit fühlt, macht eine Pause.

Die gegenwärtige Politik, die Politik der Dif-famierung anderer Meinungen, die Politik des Hasses und der Ausgrenzung mit der dazu passenden Propaganda dient nicht der Gesundheit der Menschen, auch nicht der Vermeidung von Krankheit oder Tod, im Gegenteil.

Da machen wir nicht mit.

Meine ehrenamtliche Tätigkeit als Abteilungsleiter Leichtathletik lasse ich ruhen, da ich nicht Handlanger dieser menschenfeindlichen Politik sein will.

SABINE PREUß

Sabine Preuß ist Abteilungsleiter Leichtathletik beim SV Motor Eberswalde. In ihrem Anliegen wird sie unterstützt durch die Trainer Michaela Anders, Sabine Wilke, Carmen Kluge-Postier, Frank Preuß und anderen.

Fast jeder Leser hat in seiner Kindheit im Sandkasten gespielt und dabei Sandburgen gebaut. Leider waren diese Bauwerke nicht von Dauer. War es nun Regen, Wind oder Trockenheit, die Sandburg verschwand durch Umwelteinflüsse. Was zur Kindheit noch ein Spiel war, ist aber eine wichtige Anwendung beim Anlegen von Böschungen. Sie müssen so gebaut werden, daß sie Umwelteinflüssen standhalten, und nicht abrutschen.

Noch wichtiger sind sie bei der Anlage eines Braunkohlentagebaus. Bekanntermaßen ist hierbei eine erhebliche Menge von Abraum abzubaggern, und dabei zu entscheiden, wie der Böschungswinkel zu gestalten ist. Wird er zu steil gewählt, dann droht die Böschung einzustürzen, wählt man diesen Winkel zu flach, dann muß unnötig viel Abraum abgebaggert werden, und dadurch verschlechtert sich die Energiebilanz. Auch wenn ein Tagebau ausgekohlt ist, muß für stabile rutschfeste Böschungen gesorgt werden. Nun entsteht aber die Frage, wie kann beispielsweise eine Rutschfestigkeit gemessen werden? Ähnliche Fragen ergeben sich für Abbruchgefahr, Wetterfestigkeit, oder die Fließgeschwindigkeit, falls sich das Böschungsmaterial wie bei einer Mure zu einer Suspension entwickelt. Vereinfacht kann man sich das vorstellen, wenn man den Ernährungszustand eines Menschen beschreibt. Was ist das genau? Ist es ein Mensch, der viel ißt, und dabei trotzdem schlank erscheint, oder sich Reserven angeeignet hat, um eine Fastenzeit zu überstehen? All so etwas ist mitunter schwer zu messen.

Relativ einfach sind jedoch einzelne bodenmechanische Merkmale zu messen. Dazu werden vor der Anlage eines Tagebaus viele Bo-

**Die Bodenmechanik**

*Eine interessante Anwendung der Mathematik*

denproben aus dem zukünftigen Abraum gezogen. Die Auswertung dieser Bodenproben erfordert wegen der großen Menge solcher Analysen viel Rechentechnik. Untersucht werden beispielsweise Korngrößen, Rauigkeit der Kornoberfläche, kolloides Verhalten von Bodenproben (Kolloide Stoffe quellen bei Wasserzusatz auf). Bedingt durch die dann ebenfalls große Anzahl von Einflußgrößen verliert ein Fachmann die Übersicht, welches Merkmal eventuell für die Stabilität der Böschung wichtig ist. Hinzu kommt noch, alle in den Bodenproben erfaßten Merkmale mit deren Meßwerten hängen irgendwie zusammen, und dadurch wird die Bestimmung eines wesentlichen Merkmals zusätzlich erschwert.

Einen Ausweg aus solcher Datenansammlung hat der deutsche Mathematiker WALTER JAHN an der Karl-Marx-Universität Leipzig Ende der 1970er Jahre aufgezeichnet und auch angewendet. Er hat als Auswerteverfahren die Faktorenanalyse eingesetzt. Dabei handelt es sich um ein mehrdimensionales Verfahren der mathematischen Statistik. Es wurde Anfang des vorigen Jahrhunderts von dem britischen Psychologen Charles Spearman erfunden, also zu einer Zeit, als es noch keine mathematische Statistik gab. Die Mathematische Statistik wurde erst später im Jahre 1933 durch den russischen Mathematiker Glivenko begründet. Spearman verwendete dieses Verfahren bei Intelligenztests. Später, so um 1940, hat dann der englische Mathematiker Vic Barnett das Verfahren der Faktorenanalyse vervollkommnet.

Bei der Faktorenanalyse geht man von einer Matrix aus, die die gegenseitige Abhängigkeit der gemessenen Variablen darstellt. Dann wird in einem zweiten Schritt versucht, durch Multiplikation von gewissen Vektoren diese Abhängigkeitsmatrix zu reproduzieren. Falls dieses gelingt, dann werden diese Vektoren als Faktoren bezeichnet und mit den gewünschten fachlichen Bezeichnungen versehen. Dann kann man diese Faktoren fachwissenschaftlich und anwendungsbezogen interpretieren. Genau diesen Lösungsweg hat Walter Jahn beim Problem der Tagebauböschung gewählt.

Es bleiben noch drei Bemerkungen: 1. Das Verfahren der Faktorenanalyse hat seinen Höhepunkt in der Anwendung überschritten und ist aktuell in Lehrbüchern nur noch selten zu finden. Mathematisch ist dieses Verfahren abgeforscht. 2. Es gibt einen regionalen Bezug. Offensichtlich sind am Frankfurter Helenesee Erkenntnisse über das Rutschen von Böschungen nicht beachtet worden. Durch Austrocknung in drei niederschlagsarmen Jahren hat sich dort das Verhalten der Böschung verändert. 3. Ein weiterer regionaler Bezug: Walter Jahn war Ende der 60er Jahre am Forstinstitut Eberswalde in der Abteilung Ertragskunde tätig. Er hat das einzige in der DDR erschienene Buch zur FAKTORENANALYSE geschrieben. Er arbeitete bis 1991 an der Universität Leipzig, und betrieb danach seine eigene Firma. Walter Jahn war bis 1990 der Vorsitzende der IG Mathematische Statistik der DDR.

Dr. ULRICH POFAHL

Der Verein Kunstbrücke Panketal e.V. präsentierte:

## Jazz international in Panketal

Am 26. November gastierten drei ganz besondere und international renommierte Musiker in Panketal. Matheus Jardim, Misha Piatigorsky und Peter Inagawa, die aktuell in Berlin ein Album mit Fanny Krug aufnehmen, waren ab 19.30 Uhr im Forum der Grundschule Zepernick live zu erleben.



FOTO: INMGARD REIBEL

Das kleine und intime Konzertereignis war gekennzeichnet durch einen Wechsel aus Musik und kurzen, humorigen Wortbeiträgen von Misha Piatigorsky, einem Großneffen des bedeutenden russisch-jüdischen Cello-Virtuosens Gregor Piatigorsky. Der Pianist übernahm auch gleich die einleitenden Worte und machte den Vereinsvorsitzenden der Kunstbrücke, Niels Templin, zugleich sprach- und arbeitslos. Im Verlaufe des Konzertes kommentierte Misha Piatigorsky u.a. auch recht witzig die Entstehungsgeschichte einiger Musikstücke. Bis auf drei Stücke von Consuelo Velazques, Eric Clapton und Charlie Chaplin stammten alle Stücke des Konzerts aus seiner Feder.

So wie der Jazz um 1900 in den amerikanischen Südstaaten aus einer Vielzahl verschiedener Musikstile, vor allem aus der Musik der afroamerikanischen Musiktradition von Gospels, Negro Spirituals, Blues und Worksongs entstanden ist, so saugt er bis in die heutige Zeit zahlreiche Musikrichtungen in sich auf und entwickelt sich damit weiter. Bestimmendes Element der Jazzmusik ist der Rhythmus. Das Trio des Abends bildete den nahezu perfekten Ausdruck dieser Verschmelzung der verschiedenen Musikstile.

Beeindruckt zeigten sich die drei Profi-Musiker von der professionellen Vorbereitung der Veranstaltung und von dem in Panketal angebotenen kulturellen Programm, welches sie in einem Ort dieser Größe eher nicht vermutet hatten.

### Zu den Personen

**Matheus Jardim**, geboren in Brasilien, startete seine musikalische Laufbahn als Schüler seines Vaters, den Multi-Instrumentalisten Antônio

de Pádua im Alter von 11 Jahren, bereits mit 12 spielte und arbeitete er im Studio. 2013 ging er nach Graz und studierte Drums in der Jazzabteilung der Kunst Universität Graz bei Prof. Howard Curtis, seit 2015 lebt er in Wien. Jardim arbeitete mit verschiedenen Künstlern wie z.B. Gerald Preinfalk, Georg Vogel, Alegre Corrêa, Michael Pipoquinha, Gabriel Grossi, Misha Piatigorsky, Daniel Holzleitner, Jatobá Big Band, etc.. 2019 tourte er mit der Posanenlegende Raul de Souza, mit dem er auch ein Album aufnahm.

Der energetische Pianist, Komponist und Produzent **Misha Piatigorsky**, Gewinner des »Thelonious Monk Composers Competition«, vom »the Boston Globe« bejubelt (»beautifully merges the worlds of serious jazz and pop«), mixt kraftvolle Melodien mit einer ungewöhnlichen harmonischen Sensivität. Der Sound ist als sehr persönlich, ja kosmopolitisch zu bezeichnen und widerspiegelt seine Erfahrungen als russisch-jüdischer Immigrant, aufgewachsen im urbanen Amerika. Der Großneffe des legendären Cellisten Gregor Piatigorsky lebt und arbeitet in New York City, wo er einige Projekte leitet wie u.a. »The Sketchy Orchestra«, sein innovatives Ensemble mit bis zu 20 Musikern. Er war für 8 Jahre Bandleader von Marc Murphy.

Der in Oranienburg lebende Bassist **Peter Inagawa** spielt sowohl Kontrabaß als auch Baßgitarre und arbeitete u.a. mit: dem Glenn Miller Orchestra, Gregor Meyle, Uschi Brünning, Veronika Fischer, Manfred Krug, Sketchy Black Dog, Herb Geller, Marc Murphy, Ari Hoenig, Eric Harland, Toots Tielemans, Lee Konitz, Paddy Kelly, Jiggs Wigham, Matt Wilson und Harry Allen.

**THORSTEN WIRTH**, Kunstbrücke Panketal e.V.

## Schulgesundheitskräfte

**Eberswalde (bbp).** Der Kreistag beschloß am 1. Dezember auf Vorschlag von BVB/Freie Wähler die Kostenübernahme von zwei Stellen für Schulgesundheitsfachkräfte für ein Jahr, weil das Land dieses Modellprojekt nicht weiterführt. Zuvor hatte die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 23. November kontrovers darüber diskutiert. Die Sellheimschule in Westend war an dem Modellprojekt beteiligt. Die Linksfraktion hatte vorgeschlagen, daß die StVV »sich klar zu einer langfristigen Verankerung der bestehenden Stellen von Schulgesundheitsfachkräften« bekennt und »die Absicht, den Einsatz der Schulgesundheitsfachkräfte zu beenden, ... abgelehnt« wird.

Der Linksfraktionsvorsitzende SEBASTIAN WALTER informierte, daß es bei der Weiterführung des landesweiten Projektes gar nicht um eventuell einzusparendes Geld geht. Lediglich 800.000 Euro wären im Land nötig, das Projekt weiterzuführen. Problem seien vielmehr Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Bildungs- und dem Gesundheitsministerium.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD/BFE HARDY LUX, zugleich Landtagsabgeordneter der SPD, sah sich stark in Bedrängnis gebracht. Er verstehe das Anliegen, aber »sollen wir das aus städtischen Mitteln weiterführen?«. Zugleich moniert er, daß es der Stadt nicht zustehe, dem Land eine »perspektivisch flächendeckende Etablierung« der Gesundheitsfachkräfte vorzuschlagen. Wieso es der Stadt nicht zustünde, dem Land Vorschläge zu machen, erklärte er nicht. Gleichwohl gingen die Einreicher darauf ein und strichen den entsprechenden Passus.

DIETMAR ORTEL (CDU) erklärte sein Unverständnis, wieso dem »Ministerium die Kinder so egal sind«. Die Kürzungen könne niemand verstehen. Er möchte, daß die Stadtverordneten ein starkes Signal an das Land senden. Das veranlaßte den fraktionslosen Stadtverordneten CARSTEN ZINN, darauf hinzuweisen, daß auch die CDU in der derzeitigen »Kenia«-Koalition sitze. Zugleich ordnete er die Vorlage der »Abteilung Fassaden- und Symbolpolitik« zu.

Für die FDP signalisierte der Fraktionsvorsitzende GÖTZ TRIELOFF Zustimmung: »So ein Beschluß ist völlig unschädlich«. Auch KAREN OEHLER (B90/Grüne) findet einen »Appell aus den Kommunen« gut und fand hier Unterstützung bei FRANK BANASCIEWICZ (FDP/BfB): »Die Sellheimschule ist eine kreisliche Schule. Wir können hier nichts falsch machen. Wenn es künftig um eine eventuelle Finanzierung durch die Stadt geht, dann ist das eine neue Diskussion«. Jetzt gelte es, »Druck auf den Landtag« zu machen.

HEINZ-DIETER PARYS, (AfD-Abspaltung Die Mitte), konnte ebenfalls noch einen konstruktiven Beitrag beisteuern: Die StVV solle »sich nicht vor den Karren der Linken spannen lassen«. Er fühle sich »so langsam verarscht«. Trotzdem ließ sich die Mehrheit der Stadtverordneten letztlich vor den Karren spannen (14 Ja-, 9 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen).

# Schulranzenhersteller hat neuen Eigentümer

Insolvenzverwalter: 70 Arbeitsplätze in Eberswalde gesichert. Standort in Hessen muß schließen.

**Eberswalde (bbp).** Die Thorka GmbH auf dem Technologie- und Gewerbepark Eberswalde (TGE) hat nach ihrem Insolvenzantrag seit dem 17. September mit der CADEJU GmbH aus Essen einen neuen Eigentümer, der alle Mitarbeiter am Eberswalder Standort übernommen hat und hier die traditionsreiche Produktion von Schulranzen der Marke McNEILL fortsetzt. Darüber informierte der Eberswalder Sozialdezernent PROF. DR. JAN KÖNIG am 23. November die Eberswalder Stadtverordneten. Am Vortag, so König, habe der Investor auch eine Einigung mit der Gläubigerversammlung herbeiführen und so die bisherigen Zulieferbeziehungen sichern können.

Die THORKA GMBH THORSTEN H. KRAUSE mit Standorten in Hainburg (bei Frankfurt am Main) und Eberswalde hatte am 21. Juni 2021 einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beim Insolvenzgericht Offenbach am Main gestellt. Dort wurde das Verfahren am 1. September eröffnet. Zum Insolvenzverwalter wurde der Frankfurter Sanierungsexperte DR. JAN MARKUS PLATHNER von der bundesweit tätigen KANZLEI BRINKMANN UND PARTNER bestellt. Dr. Plathner hatte die Thorka GmbH auch schon als vorläufiger Verwalter begleitet.

Thorka war ein internationaler Hersteller von Schulranzen und Rucksäcke, der unter verschiedenen Marken u.a. der Traditionsmarke McNeill Schulranzen vertrieben hat. Kunden der Thorka sind neben großen Warenhausketten zum Großteil kleinere Einzelhandelsgeschäfte im Leder- und Taschenbereich.

Insbesondere durch die Auswirkungen der Corona Krise war das Unternehmen in Schieflage geraten. Aufgrund der angespannten Liquiditätssituation mußten Dr. Plathner und sein Team unter Leitung der Rechtsanwältin Kathrin Brockmeyer (ebenfalls Brinkmann & Partner) bereits im Laufe der vorläufigen Verwaltung die Produktion weitgehend einstellen.

»Der Verkauf eines Unternehmens nach einer Einstellung des Geschäftsbetriebs ist immer schwierig bis unmöglich. Um so mehr freue ich mich, daß wir es geschafft haben« freut sich der Insolvenzverwalter. »Ein großer Dank gilt den Mitarbeitern, die sehr geduldig waren«, betont er. Wobei die Geduld der Mitarbeiter im hessischen Hainburg umsonst war. Der Standort in Hainburg konnte nicht gerettet werden, was für Dr. Plathner »deutlich mehr ist als ein Wermutstropfen«.

Im Rahmen eines Asset-Deals\* konnte der Insolvenzverwalter mit dem Investor CADEJU GmbH einen Kaufvertrag über den Produktionsstandort der Thorka in Eberswalde schließen. Über den Kaufpreis wurde Still-schweigen vereinbart. CADEJU wird den Standort in Eberswalde mit seinen aktuell 70 Mitarbeitern und die Marke McNeill weiterführen.



Foto: CADEJU GmbH

Die CADEJU GmbH wurde im Mai 2021 zunächst als VORRATA 243 VERWALTUNGS GMBH mit Sitz in Essen gegründet. Wie der Name andeutet, handelte es sich um eine Vorrats-GmbH, die dann von dem professionellen GmbH-Gründer an den Eigentümer übertragen wurde. Als geschäftsführender Gesellschafter wird fortan MARKUS OESTMANN die Geschicke des Betriebes lenken. Er beabsichtigt, das Unternehmen um weitere Produktlinien im Bereich der Schreib- und Kreativwaren zu erweitern. Markus Oestmann kann auf verschiedene Führungsfunktionen in der deutschen Schreibwarenbranche zurückblicken (u.a. Leitz, Herlitz, umixx). Der Fertigungsstandort von Thorka in Eberswalde soll unverändert fortgeführt und um weitere zentrale Funktionen erweitert werden, so Oestmann.

»Die vor fünf Jahrzehnten etablierte Marke McNEILL steht für hohe Qualität, verantwortungsbewußten Umgang mit Ressourcen, Nachhaltigkeit und dem eindeutigen Bekenntnis zu ‚Made in Germany‘«, sagt Markus Oestmann.

Die jüngsten Entwicklungen hätten gezeigt, wie anfällig die Lieferketten durch die einseitige Fernost-Orientierung sind. Die explosionsartig gestiegenen Frachtkosten und damit häufig verbundene Lieferverzögerungen bestätigten die Entwicklung zur lokalen Fertigung.

Im Vorfeld der Übernahme, heißt es in einer Mitteilung des neuen Unternehmens, hätten Mitarbeiter und maßgebliche Lieferanten ihre volle Unterstützung zugesagt. Die Auslieferung der 2022 McNeill-Kollektion erfolgt ab sofort und die Entwicklung der Kollektion 2023 ist weitgehend abgeschlossen. »Nun wird es wichtig, daß der Fachhandel Solidarität zeigt und McNeill weiterhin seine Unterstützung zukommen läßt, damit das Unternehmen schnell wieder zur Normalität zurückfindet«, so der neue Chef.

\* Asset-Deal = Unterart des Unternehmenskaufs, bei dem die Wirtschaftsgüter (engl. Assets) eines Unternehmens einzeln an den Käufer übertragen werden. So können einzelne »Filetstücke« aus einem maroden Gesamtunternehmen herausgepickt und weiter profitabel bewirtschaftet werden.

## Langfristige Finanzierung der Barnimer Tafeln

Mit einem fast einstimmigen Beschluß, bei nur einer Gegenstimme, hat der Kreistag Barnim auf seiner Sitzung am 1. Dezember dem Antrag der Kreistagsfraktion BVB/Freie Wähler zugestimmt, die langfristige Unterstützung der beiden Barnimer Tafeln fortzusetzen.

Ab dem Haushaltsjahr 2022 bekommt die Tafel Bernau e. V. eine jährliche finanzielle Unterstützung in Höhe von 30.000 Euro, der Brot & Hoffnung e.V. in Eberswalde in Höhe von 10.000 Euro. Die Finanzierung läuft bis Ende 2024. Wie erinnerlich, hat der Kreistag Barnim Anfang Dezember 2019 nach einer langen Debatte mit großer Mehrheit die Bewilligung von je 30.000 Euro für die Tafel Bernau. für die Jahre 2020 und 2021 beschlossen. Auch damals war es ein Antrag von BVB/Freie Wähler.

Um frühzeitig eine dauerhafte Bereitstellung von Haushaltsmitteln und eine Unterstützung der beiden Einrichtungen zu sichern, hatte die Fraktion BVB/Freie Wähler schon in der September-Kreistagssitzung den neuen Antrag eingebracht. Nach intensiver Ausschlußberatung wurde er nun vom Kreistag verabschiedet. Die Tafel Bernau, die einen Großteil des Landkreises abdeckt, wie auch Brot & Hoffnung werden über die Mittelverwendung nun jährlich dem Kreistag berichten. So ist eine Kontrolle der Mittelverwendung gewährleistet.

Für BVB/Freie Wähler Barnim sind diese beiden ehrenamtlich geführten Einrichtungen ein leider unverzichtbares Gut zur Unterstützung von vielen Barnimer Bürgern. Vorwiegend Ältere und Familien mit Kindern sind auf diese wichtige Hilfe angewiesen.

SVEN WELLER und PÉTER VIDA

[www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

Bl »Radwege in Eberswalde«:

## Bürgerbegehren und Datenschutz

*Vor Gericht tut sich nichts – aber Kreismitarbeiterin wurde aktiv*

**Eberswalde (bbp).** In Sachen »Radschutzstreifen« in der Heegermühler Straße gibt es Neuigkeiten (BBP 10/2021). Überraschenderweise kamen diese nicht vom Verwaltungsgericht in Frankfurt (Oder), wo seit mittlerweile zwei Jahren und neun Monaten die Klage der Bürgerinitiative gegen den Unzulässigkeitsbescheid des Barnimer Landrates anhängig ist – also vor sich hinschmort. Vielmehr meldete sich die Brandenburgische Landesbeauftragte für Datenschutz und Akteneinsicht (LDA) bei der Bürgerinitiative und informierte über eine Beschwerde einer Mitarbeiterin der Kreisverwaltung Barnim, »hinsichtlich der Verarbeitung von personenbezogenen Daten auf der Internetseite 'http://radwege.alternative-eberswalde.de/'«. Sie bezog sich dabei auf die Stellungnahme des Landkreises zur Klage, welche als Dokument auf der Seite veröffentlicht wurde.

**Zur Erinnerung:** Im Sommer 2016 wurde zum Abschluß der Arbeiten an dem neuen Westendcenter an der Heegermühlerstraße in Eberswalde die Zufahrt neu gestaltet. Die Bauarbeiten waren – für alle nachvollziehbar – mit Beeinträchtigungen für den Fahrzeugverkehr auf der Heegermühler Straße verbunden. Dabei wurde die Verkehrsführung provisorisch von bisher zwei auf eine Fahrspur je Richtungsfahrbahn eingengt.

Für alle Verkehrsteilnehmer überraschend, blieb es dabei auch nach Ende der Bauarbeiten. Vielmehr wurden die provisorischen Markierungen für die Einengungen durch dauerhafte ersetzt und zugleich auf beiden Richtungsfahrbahnen jeweils ein Radstreifen markiert. Die Leiterin des Stadtentwicklungsamtes SILKE LEUSCHNER hatte darüber etwa zeitgleich im damaligen Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) informiert und damit rein formal die Forderung aus dem StVV-Beschluß zum Radnutzungskonzept von 2015 erfüllt, die einzelnen Maßnahmen vorab im zuständigen Ausschuß zu behandeln.

Die schon unmittelbar nach der Etablierung der Radstreifen aufkommende Kritik wurde mit dem Hinweis auf das Radnutzungskonzept abgewimmelt, denn dort sei die Maßnahme ja aufgeführt und somit beschlossen. Unerwähnt blieb die im damals gültigen Verkehrsentwicklungsplan als dem übergeordneten Konzept festgeschriebenen Bedingung, daß die Radschutzstreifen und damit die Reduktion des übrigen Fahrzeugverkehrs auf eine Fahrspur je Richtung erst dann umzusetzen wären, wenn der Verkehr auf der Heegermühler Straße durch die geplante B167neu oder ähnliche Umgehungsstraßen entlastet würde.

Wider Erwarten gewöhnten sich die Eberswalderinnen und Eberswalder nicht an die veränderte Verkehrsführung. Die Proteste kulminierten schließlich in einem Bürgerbegehren. Die 626 Listen mit 4.336 Unterschriften wurden am 14. September 2018 dem Wahlleiter der Stadt Eberswalde übergeben. Am 22. November 2018 stellte die Stadtverordnetenversammlung das Zustandekommen des Bürgerbegehrens fest. Über die formale Zulässigkeit hatte nun gemäß der Brandenburger Kommunalverfassung der Barnimer Landrat als untere Kommunalaufsicht zu entscheiden. Für seine Entscheidung benötigte der Landrat sodann mehr als zweieinhalb Monate. Sein auf den 19. Februar 2019 datierter Bescheid erklärte dann das Bürgerbegehren für unzulässig. Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« erhob am 12. März 2019 beim Verwaltungsgericht Klage gegen den Bescheid. Damals noch mit der Hoffnung auf eine zügige Bearbeitung, um den Bürgerentscheid am Tag der Kommunalwahl am 26. Mai 2019 durchführen zu können. Diese Hoffnung zerstob schnell. Denn der Landrat benötigte schonmal anderthalb Monate für ihre Klageerwidlung, die auf den 29. April 2019 datiert ist.

Um diese Klageerwidlung des Landrates geht es nun in der Beschwerde vor der LDA.

Die Bürgerinitiative hatte die Erwidlung zusammen mit weiteren Materialien auf der Dokumentenseite ihrer Internetseite [radwege.alternative-eberswalde.de/dokumente.html](http://radwege.alternative-eberswalde.de/dokumente.html) veröffentlicht. Wie nun anhand der Beschwerde herauskam, wurde diese Erwidlung nicht, wie das von einem offiziellen Schriftstück zu erwarten war, vom Barnimer Landrat Daniel Kurth unterschrieben, sondern von einer juristischen Sachbearbeiterin der unteren Kommunalaufsicht, der dazu offenbar die notwendige Bevollmächtigung fehlte. Wie die LDA im Juli 2021 der Bürgerinitiative mitteilte, habe die Beschwerdeführerin dargelegt, daß die Klageerwidlung ihren Vor- und Nachnamen sowie ihre Unterschrift enthält. Das sei eine »Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten«. Sie habe einer Veröffentlichung der Klageerwidlung des Landrates auf der Internetseite der Initiative nicht zugestimmt.

Inzwischen hat sich ein reger Schriftverkehr zwischen LDA und Bürgerinitiative entwickelt. Auf das bislang letzte Schreiben der LDA vom 15. November antwortete die Bürgerinitiative wie folgt:

*»Vielen Dank für Ihre umfangreichen und komplexen Ausführungen, die wir aufmerksam gelesen haben. Dem 6seitigen in teilweise schwer verständlicher Ausdrucksweise verfaßten Schriftstück können wir leider nicht entnehmen, worin Ihr Anliegen besteht und was Sie von uns erwarten. Insofern halten wir folgende Sachverhalte fest:*

*Die Beschwerdeführerin hat offensichtlich als Sachbearbeiterin der unteren Kommunalaufsicht unbefugt ein Dokument des Landrates des Landkreises Barnim unterzeichnet und versucht nun die Verfehlung mit Ihrer Hilfe zu vertuschen. Sie haben erklärt, daß Sie dafür nicht zuständig sind. Dennoch wollen Sie prüfen, ob Sie der Beschwerdeführerin bei ihrem Vertuschungsbegehren unter Beachtung des Grundsatzes eines transparenten Verwaltungshandelns helfen können.*

*Bitte teilen Sie uns das Ergebnis Ihrer Prüfung mit. Wir werden dann darüber mit unseren Unterstützerinnen und Unterstützern beraten und falls erforderlich dazu Stellung nehmen.«*

## »Eberswalde genießen« in der Vorweihnachtszeit

**Eberswalde (prest-ew/bbp).** Vom 6. bis 17. Dezember wurde das vor einem Jahr und nochmal im Mai des Jahres erfolgreich realisierte Projekt »Eberswalde genießen« wiederholt. Betreut und koordiniert von dem beim Sozialdezernenten Prof. Dr. Jan König angesiedelten REFERAT FÜR WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG wurden durch die insgesamt fünf Ausgabestellen erneut kostenlose Mahlzeiten an Menschen in Not oder in schwieriger Lage ausgereicht.

Nicht nur den in Armut lebenden Menschen konnte so geholfen werden. Vielmehr hatten auf diese Weise auch die beteiligten gastronomischen Einrichtungen einen kleinen Ersatz für den Umsatzausfall infolge der

coronabedingten Einschränkungen ihres Geschäftsbetriebs. Nachdem im Mai knapp 2000 Portionen angeboten worden waren, ist das aktuelle Angebot noch einmal an den Bedarf angepaßt und erhöht worden.

*»Ich freue mich sehr, daß wir mit der tatkräftigen Unterstützung der Ausgabestellen und der verschiedenen Gastronomen in der Lage sind, diese Aktion ein weiteres Mal in diesem Jahr umzusetzen«,* so Simone Kolbe, die kommissarische Leiterin des Referats für Wirtschaftsförderung.

Finanziert wird die Aktion wieder aus den dafür von der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Coronahilfen bereitgestellten Haushaltsmitteln der Stadt.

### Rentensprechstunde

*»Brandenburgische Rentnerinitiative«*

Fragen zum Rentenbescheid? Hier ist Klärung möglich: Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt kostenfreie Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen. Die nächsten Termine bei der Volkssolidarität Barnim:

**Eberswalde,** Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 12.1. und 9.2. 2022, 10-12 Uhr.

**Biesenthal,** Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 12.1. und 9.2. 2022, 13-15 Uhr.

**Bernau,** Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 19.1. und 16.2. 2022, 10-15 Uhr.

Bitte unbedingt anmelden bei Frau Nikitenko unter Tel. 03338/8463. Änderungen vorbehalten.

ANDREA HOEHNE

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 15): Pfarrer Erich Schuppan

## Offiziell geehrt mit einem Straßennamen

**Erich Schuppan zählt nicht unbedingt zu den Eberswalder Originalen, hatte jedoch einige Eigenschaften, die es durchaus zulassen, ihn in diese Riege aufzunehmen. Anfang der 50-er Jahre hatte die evangelische Kirche in der Eberswalder Innenstadt zwei Pfarrer.**

Einer davon war Pfarrer Bochow, zuständig für die Johanniskirche. Er war eine gütige, vertrauensvoll wirkende Person mit einem auffallend weißem langen Kopfhaar und dem dazugehörigen weißen Rauschbart. Auch seine Stimme wirkte wohlklingend. Wenn man Kindern irgendeine Vorstellung vom lieben Gott vermitteln wollte, so kam Pfarrer Bochow diesem Bild schon recht nahe.

Etwas im Gegensatz dazu sein Kollege von der Maria-Magdalenen-Kirche, Erich Schuppan. Dieser war oft mit einem Fahrrad unterwegs und trug einen grauen Igelit Regenmantel. Später fuhr er dann einen PKW Typ Wartburg 312. Er war, wie bei Pfarrern üblich, stets freundlich. Aber er wirkte immer etwas streng und erziehend. Der erhobene Zeigefinger und der etwas drohende Klang in seiner Stimme waren Begleiterscheinungen, wenn er über Gott sprach oder predigte.

Äußerlich war Erich Schuppan ein mittelgroßer hagerer Mann, stets eine Brille tragend und eine gepflegte Erscheinung, immer ordentlich gekleidet. Eine Besonderheit war, daß man fast nie bei ihm ein buntes Kleidungsstück sah. Die Farben seiner Kleidung variierten zwischen schwarz und weiß mit den vielen dazwischen liegenden Grautönen. Irgendwie hat sich sein Äußeres nie verändert.

Viele Jahre lang erteilte Erich Schuppan Konfirmandenunterricht. Dieser fand in einem Zimmer des evangelischen Gemeindehauses in der Eisenbahnstraße 84 statt. Die Einrichtung bestand aus einem großen Tisch in der Mitte des Zimmers, umringt von mehreren Polsterstühlen sowie von Schränken und Bücherregalen und einem alten Sofa am Rand. Das Zimmer bot so um die 20 Konfirmanden Platz. In der ersten Stunde teilte er seinen Konfirmanden mit, daß sie nach dem Konfirmandenunterricht mehr wußten als ihre Schulkameraden, die ohne Konfirmandenunterricht auskommen mußten. Pädagogisch war er auf gleichem Niveau wie die meisten Lehrer zu dieser Zeit. Er gestaltete seinen Unterricht durchaus interessant und erweckte die Aufmerksamkeit seiner Schüler. Er vermittelte umfangreiche Kenntnisse über Theologie, Religion, speziell der evangelischen, über die Struktur der evangelischen Kirche und über die Rechte und Pflichten eines Mitglieds der evangelischen Kirche. Das war natürlich ein Gegensatz zum Staatsbürgerkundeunterricht.

Trotzdem, obwohl er den Beruf eines Pfarrers ausübte, kann man ihn zu den Geistesschaffenden zählen. Wenn man in den 60er Jahren sehr früh zum Zug oder zur Arbeit mußte, dann brannte in seinem Arbeitszimmer in der Eisenbahnstraße 84 das Licht. Die Kommunisten sprachen immer bei viel Schreibtischarbeit da-



FOTO: ALBRECHT TRILLER

Am 20. März 2003 hatten die USA und ihre Verbündeten unter Gründen, die sich später als Lügen offenbarten, den Irak überfallen. Das BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN EBERSWALDE hatte für diesen Tag zur Antikriegsdemonstration auf den Eberswalder Marktplatz aufgerufen. Auf der Kundgebung ergriff auch Pfarrer Erich Schuppan das Wort. (Sonderbeilage zur BBP 4/2003)

von: »Bei Lenin brennt noch Licht«. Bei Erich Schuppan mußte man sagen: »Bei Pfarrer Schuppan brennt schon Licht«.

Seine Predigten waren wirkungsvoll, was man auch als nichtkirchlicher Mensch anerkennen muß. Erich Schuppan betete während des Gottesdienstes im Jahre 1961 auch, daß die Mauer in Berlin einfallen soll. Das war mutig. War deshalb Erich Schuppan ein Gegner der DDR? Sicherlich erzeugte ein solcher Vorgang nicht das Wohlwollen der sozialistischen Staatsmacht. Die Sicherung der Staatsgrenze verhinderte einen neuen Krieg. Aber 60 Jahre später muß man diese Tat von Erich Schuppan anders interpretieren.

Deutschland hat den 2. Weltkrieg verloren. Ein Friedensvertrag mit den Alliierten scheidete. Die Sowjetunion wollte daraufhin mit der DDR einen separaten Friedensvertrag abschließen, so wie es die Westalliierten mit Japan taten. Als Problem erwies sich die Situation von Westberlin. Dorthin hätten dann die Westalliierten keinen freien Zugang mehr, sie wären auf die Zustimmung der DDR-Organe angewiesen. US-Präsident Kennedy drohte für diesen Fall mit einem Kernwaffenschlag gegen sowjetische Militärobjekte in der DDR.

Durch die nun erfolgte Sicherung der Staatsgrenze war der Zugang der Alliierten nach Westberlin weiter offen. Die Westalliierten waren mit diesem Zustand einverstanden. Aber für Teile der deutschen Bevölkerung war es eine einschneidende Maßnahme, die bis in

die Familien hineinwirkte, und die vielen Bürgern nicht zu vermitteln war. Das Ganze hatte nicht unbedingt die Zustimmung der Staatsführung der DDR, und von westlicher Seite gab es nur Propagandalügen. Natürlich verlangt man dann von einem Pfarrer, daß er die richtigen Worte für diese Situation findet. Das hat Erich Schuppan getan, indem er betete.

Auch in einer anderen Situation geriet er zwischen politische Fronten. Sein dienstlicher Vorgesetzter war der Bischof Otto Dibelius. Dieser hatte sich selbst zum Bischof ernannt, und hielt am Tag von Potsdam (21.03.1933) die Festpredigt. Hermann Göring schüttelte ihm danach die Hand und kommentierte: »Das war die beste Predigt, die ich in meinem Leben gehört habe«. Otto Dibelius begrüßte den Machtantritt der Faschisten. Am 4. April 1933 besuchte Otto Dibelius den inhaftierten Ernst Thälmann, und verkündete danach im Rundfunk, daß an den Schauermärchen über die grausame und blutige Behandlung von Kommunisten kein wahres Wort sei. Es ist daher durchaus verständlich, daß eine solche Person nicht in die DDR einreisen durfte.

Später bin ich aus der evangelischen Kirche ausgetreten und dann sogar zum Parteisekretär der SED gewählt worden. Trotzdem hatte ich oft Kontakt zu Erich Schuppan. Als Hundehalter begegneten wir uns häufig auf dem Weidendamm, damals noch Hans-Ammon-Park. Sein Hund war wesentlich größer als meiner, und die Hunde ignorierten sich, ganz im Gegensatz zu deren Herren. Hundehalter sind immer kommunikativ, so sprachen wir oft über Gott und die Welt. Es waren stets sehr interessante Gespräche. Differenzen hatten wir bei unseren Gesprächen eigentlich nie. Trotzdem stand auf der einen Seite immer Gott und auf der anderen die Materie als objektive Realität. Beides kann man irgendwie nicht so richtig erklären, aber es ist wichtig.

Aber mit dem Ableben meines Hundes endeten damals auch meine Abendspaziergänge. Weitere Kontakte gab es dann noch, als Erich Schuppan schon im Ruhestand war. Ich erlebte ihn als Trauerredner bei vielen Beerdigungen, darunter auch bei Trauerreden für Angehörige aus der eigenen Familie. Nicht nur einmal erhielt ich anerkennende Worte für die Qualität der Trauerrede des ausgewählten Pfarrers – irgendwie eigenartig.

Erich Schuppan hat als Pfarrer seinen Beruf sehr professionell und in hoher Qualität ausgeübt. Eine Frage interessiert mich dennoch, nach neuesten Statistiken glauben nur 30% aller evangelischen Pfarrer an Gott. Ob wohl auch Erich Schuppan zu diesen zählte? Aber es gibt Dinge zwischen Himmel und Erde ...

Dr. ULRICH POFAHL

# Wider das Vergessen!

Buchvorstellung und Gespräch mit Walter Seger

**Als am Donnerstag, den 11. November um kurz nach 19 Uhr die ersten Takte von Barbara Kaszuba »Remembrance Janusz Korczak« für Solo-Violine erklangen, wurde es still im Auditorium der Aula der Grundschule Zepernick.**

Zahlreiche Anwesende, allen voran aus den USA, England, der Schweiz und Süddeutschland angereiste Angehörige der Familie Benning aus Zepernick sowie Wolfgang Rakitin, Sohn von Margot Rakitin, geb. Meitner, hatten sich gemeinsam mit etwa 50 Interessierten aus Panketal eingefunden, um dem Vortrag von Walter Seger zum Thema »Die jüdischen Bewohner in Zepernick von 1933 bis 1945« zu folgen. Eindrucksvoll interpretierte der Panketaler Musiklehrer und Vorsitzende des Kulturvereins »Kunstbrücke Panketal e.V.« das hochemotionale und auch sperrige Musikstück aus der Feder der bedeutenden polnischen Gegenwartskomponistin Barbara Kaszuba, und bot damit den perfekten Auftakt für eine Veranstaltung in Panketal, die mehr als 75 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur längst überfällig war: **Ein öffentliches Erinnern, ein ernsthaftes Eintauchen in die Verbrechen, die Deutsche ihren deutschen Nachbarn jüdischer Herkunft hier vor Ort in Zepernick angetan haben!**

Es war der Panketaler ROLF GERLACH, der als Ortschronist und Historiker in den 1990er Jahren begann, die Geschichte jüdischen Lebens in Zepernick zu erkunden. Seine unermüdlischen Forschungen bildeten die Grundlage für das Wirken von MARTIN JEHL und WALTER SEGER und mündeten in die Veröffentlichung mehrerer Bücher zum Thema. Und so las Jehle aus dem noch kurz vor Gerlachs Tod erschienenen Buch »Zepernick. Rückblicke ins 20. Jahrhundert« das Kapitel »Juden in Zepernick? Na ja, wohl schon« und beschrieb damit die Genese der Aufarbeitung dieses schwärzesten Kapitels unserer Ortsgeschichte.

Der Hauptvortrag des Abends kam von Walter Seger, der nach langen Recherchen in nationalen, internationalen und regionalen Ar-

chiven und ebenso langen persönlichen Gesprächen mit Betroffenen und Angehörigen von rassistisch verfolgten Zepernicker Bürgerinnen und Bürgern zwei Bücher zur Thematik vorgelegt hat, die zwar nicht alle Lücken schließen, aber einen bedeutsamen Einblick in das Leben und die Sorgen zahlreicher jüdischer Mitbürger bieten.

Anhand von vier exemplarischen Familienschicksalen stellte Seger zum einen die seelischen Nöte der von Verfolgung Betroffenen dar und machte zum anderen deutlich, mit welcher perfiden Amtslogik die deutsche Verwaltung die Pläne Hitlers willfährig und gnadenlos umzusetzen half. So wurde, kaum daß der Bankier Moritz Löwenthal in Auschwitz ermordet worden war, sein Vermögen inklusive Haus und Grundstück als »an das Reich verfallen« von der Oberfinanzdirektion Berlin-Brandenburg »eingezogen«. Seger zitiert zudem aus der Eingabe eines Bürgers, doch bitte den defekten Badeofen (aus jüdischem Besitz) durch einen funktionierenden aus einem anderen jüdischen Haushalt zu ersetzen. Unterstützt und bereichert wurde der Vortrag durch eine PowerPoint-Präsentation, welche das Gehörte durch zahlreiche persönliche Fotos und Zeitdokumente bildlich verdeutlichte.

Nach einem weiteren musikalischen Intermezzo – Charlotte und Niels Templin brachten Grazyna Bacewicz 6. Satz aus der »Suite für zwei Violinen« aus dem Jahr 1943 zu Gehör, bot sich den Anwesenden Gelegenheit, Fragen zu stellen und miteinander ins Gespräch zu kommen. So berichtete ein sichtlich bewegter MIKE BENNING auf Nachfrage unter anderem von den bewegenden Momenten, das erste Mal nach vielen Jahrzehnten wieder vor seinem ehemaligen Elternhaus in der Goslarer Straße zu stehen. Einige Anwesende brachten auch ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß diese wenn auch späte Form der Aufarbeitung nun auch in Panketal stattfindet.

In seinen abschließenden Worten stellte THORSTEN WIRTH, der als Moderator durch den Abend führte, klar, daß diese Veranstaltung kein Schlußpunkt, sondern »allenfalls Etappe« sein könne für die weitere Aufarbeitung dieses »dunkelsten Kapitels der Ortsgeschichte«. Mit viel Beifall verabschiedete das Panketaler Publikum die sichtlich gerührten Ehrengäste aus den Familien Benning und Rakitin. Zahlreiche kleinere und größere Gespräche im privaten Kreis rundeten den gelungenen und würdigen Abend ab.

Das Buch »Die jüdischen Bewohner in Zepernick 1933 - 1945« (ISBN: 9 783 752 644 487) ist zum Preis von 10 Euro in jeder Buchhandlung oder online zu bestellen.

Kunstbrücke Panketal e.V.

## Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressgesetz (BbgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

### 1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

### 2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

### 3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht.

Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

### 4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

### 5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.





Foto: JURGEN GRAMZOW

**Frohe Weihnachten, einen besinnlichen Jahreswechsel sowie einen gesunden Rutsch in ein erfolgreiches Jahr 2022 wünschen**  
 Verein und Redaktion der Barnimer Bürgerpost

## Ein Vierteljahrhundert »Streifzüge« *In eigener Sache*

Feiern konnten wir unser Jubiläum angesichts der aktuellen Ereignisse nicht, unerwähnt darf es nicht bleiben: 25 Jahre gibt es die Streifzüge nun schon. Das ist eine lange Zeit und wir haben sie durchaus produktiv genutzt, unsere Kritik zu äußern und unsere Anliegen und Vorbringungen zu verschriftlichen. Sowohl in der Zeitschrift als auch für die Homepage, wo sämtliche Artikel seit 1996 nachzulesen sind. Die Website umfaßt darüber hinaus aktuell an die 2600 Beiträge. Diese sind selbstverständlich kostenlos zugänglich und werden das auch bleiben.

Erstellung und Pflege unsere Produkte verschlingen doch einiges an Ressourcen, Geld gehört da leider auch dazu. Zur Erinnerung: Wir erhalten keine öffentliche Förderung, wir lukrieren kaum bezahlte Inserate, wir verfügen auch über keinen akademischen Rückhalt oder gar Einfluß. Trotzdem gibt es uns und es wird uns auch weiter geben. Das allein ist schon ein abseitiger Erfolg. Insbesondere ist das den Leuten zu verdanken, die sich entschlossen haben,

uns regelmäßig zu fördern. Und das sind doch einige, wenn auch zu wenige.

Wir kommen gerade so durch, nicht mehr. Wir sind nicht am Absaufen, aber am Aufsteigen sind wir ebenfalls nicht, da wollen wir dem Publikum gar nichts vormachen. So können wir noch immer (außer in dringenden Ausnahmefällen) keine Honorare zahlen. Über unsere publizistische Tätigkeit hinausgehende Aktivitäten sind überhaupt kaum zu bewerkstelligen. Das macht gelegentlich unfroh.

Was die Streifzüge bräuchten, ist eine außerordentliche Intensivierung und Ausweitung der Unterstützung, auf daß sie gedeihen: Abos, Trafos und jede Menge Transspension (Details hier: [www.streifzuege.org](http://www.streifzuege.org)). Fein wäre es auch, wenn Interessierte sich bei uns melden, zwecks Mitarbeit, sei es in der Redaktion, sei es auf technisch-organisatorischer Ebene. Außerdem müssen wir jünger werden und den Kreis unserer Leserinnen und Leser erweitern. Wir können jede Hilfe gebrauchen.

FRANZ SCHANDL

Leider treibt in unserer Redaktionsstube weiterhin ein unangenehmer Zeitgenosse namens Langer Covid sein Unwesen und sorgt für verschiedenliche Verzögerungen. Im Resultat liegt die aktuelle Doppelausgabe für Dezember und Januar nun erst eine Woche später als ursprünglich geplant vor.

Leider haben die dafür Verantwortlichen – oder besser DER Verantwortliche – sich einer Verschiebung des anstehenden Weihnachtsfestes strikt verweigert. Angeblich seien irgendwelche Veranstaltungen in verschiedenen Kirchen schon so fest gebucht, daß eine Verschiebung nicht mehr möglich sei. Auch könnten die Weihnachtsmannvermietungen nicht mehr umdisponieren. Also hat sich der Redakteur dazu durchgerungen, eine unverrückbare Deadline festzusetzen und alles, was bis dahin fertig ist, zum Druck zu bringen. Am Ende sind doch wie geplant alle 32 Seiten fertig geworden und liegen nun vor.

Da dies vollbracht ist, wünschen nun Redaktion und Vereinsvorstand der »Barnimer Bürgerpost« Ihnen allen ein besinnliches Weihnachtsfest, ein paar erholsame Tage zum Jahreswechsel und ein gutes, möglichst gesundes und vor allem für alle Menschen auf der Welt friedliches neues Jahr.

GERD MARKMANN,  
 Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

### Barnimer Bürgerpost

**Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«**

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
 Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN \_\_\_\_\_ BIC \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Datum, 1. Unterschrift Abonent/in \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: \_\_\_\_\_ Datum, 2. Unterschrift Abonent/in \_\_\_\_\_

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden: \_\_\_\_\_

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

**Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde**  
 (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

[www.maxe-eberswalde.de](http://www.maxe-eberswalde.de)

### impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.  
**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
**telefon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)  
**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)  
**internet:** [www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)  
**redaktion:** Gerd Markmann  
**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088  
**redaktions-schluß:** 5. Dezember 2021

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.*  
 Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26. Januar 2022.